



# ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER



NO  
JOBS  
ON  
A  
DEAD  
PLANET



## INHALT

Brief der Ko-Vorsitzenden i

Teilnehmer und Mitwirkende iii

### I. ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER 1

Die Krise der liberalen Demokratie 1

Das neue Paradigma: Demokratie der Bürger 5

### II. DAS PROJEKT 8

Über das Projekt der Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter 8

Abschnitt eins: Erneuerung des sozialen Zusammenhalts 12

Abschnitt zwei: Wiederaufbau des öffentlichen Raums im digitalen Zeitalter 16

Abschnitt drei: Renovierung demokratischer Institutionen 22

### III. FAZIT 25

### IV. ANHANG 26

#### A: Erneuerung des sozialen Zusammenhalts

Jugendumweltdienst (YES) 27

von: Martin Moore

Renovieren der Demokratie durch eine bürgerliche Ethik 29

von: Mary Scudder

#### B: Wiederaufbau des öffentlichen Raums im digitalen Zeitalter

Implementierung einer Sorgfaltspflicht für Social-Media-Plattformen 31

von: William Perrin

Finanzierung rechenschaftspflichtiger Medien durch eine reformierte Besteuerung von Internet-Giganten 33

von: Tom Steinberg

Eine öffentliche Option zur Finanzierung von Journalismus des öffentlichen Interesses 35

von: Emily Bell & Karen Kornbluh

Die Zukunft der Kartelle 37

von: Francis Fukuyama

#### C: Renovierung demokratischer Institutionen

Korrektur des Bruchs zwischen Institutionen der Selbstverwaltung und der Öffentlichkeit 39

von: Nathan Gardels

Die europäische Bürgerinitiative/Das Bürgerhaus des EU-Parlaments 55

von: Michael Cottakis

Digitale Technologie und Regierung 56

von: Jamie Susskind



## BRIEF VON DEN KO-VORSITZENDEN

Lieber Leser,

In den letzten Jahren wurde der angebliche Tod der liberalen Demokratie von Kritikern sowohl innerhalb als auch außerhalb der demokratischen Welt gefeiert. Die Werte, die die liberale Demokratie definieren—offene, diverse und tolerante Gesellschaften, individuelle, Minderheiten- und Mehrheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Machtbeschränkungen—werden in Friedenszeiten als Luxus wohlhabender Gesellschaften beklagt. Wenn wir heute durch die Turbulenzen des 21. Jahrhunderts stolpern, zwingt die Anziehungskraft „starker Männer“, die eine effektive Regierung versprechen, eine desillusionierte und verängstigte Öffentlichkeit dazu, die hart umkämpften Errungenschaften der liberalen Demokratie aufzugeben, und erlaubt diesen autoritären Führern, ihre Institutionen abzubauen. Die zur Bewältigung der Covid 19-Pandemie erforderlichen Maßnahmen, wie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Absage von Wahlen und die Einführung von Technologien, die die Privatsphäre der Menschen beeinträchtigen, sind gefährliche Instrumente für Diktatoren, können aber sogar die wohlmeinendsten politischen Entscheidungsträger auf einen schlüpfrigen Weg zum Autoritarismus bringen.

Es ist richtig, dass Demokratien und andere Formen der Regierungsführung bereits vor der Covid 19-Pandemie vor großen Herausforderungen standen, um sich an die dramatischen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte anzupassen. Wenn viele demokratische Systeme in den Augen ihrer Bürger bessere Leistungen erbringen würden, insbesondere in den zentralen Fragen nach Möglichkeiten, Gleichheit und Identität, wäre ihre Legitimität größer und wären ihre Institutionen eher in der Lage, die Krise zu bewältigen. In Folge der aktuellen Krise wird die Leistung verschiedener Formen von Regierungsformen bewertet und verglichen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, um zu sagen, wie es mit der Demokratie weitergeht.

Wir sind jedoch sowohl prinzipiell als auch auf der Grundlage langjähriger historischer Erfahrung der Meinung, dass die liberale Demokratie als Regierungsform nicht-demokratischen Systemen in mindestens drei wichtigen Punkten grundlegend überlegen ist:

1

**WERTE** – Rechtsstaatlichkeit, Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit, Achtung der Vielfalt und andere demokratische Werte sind wesentliche Merkmale gesunder Gesellschaften.

2

**PROZESS** - Demokratische Prozesse und Institutionen, einschließlich dem universellen Zugang zum Stimmzettel, repräsentativer gesetzgebender Körperschaften, unabhängiger Justiz, freier Presse und einem zugänglichen öffentlichen Raum ermöglichen ein transparenteres und inklusiveres politisches System, das sowohl notwendigerweise beratend als auch letztendlich wirksamer ist als autoritäre Regime.

3

**ERGEBNISSE** - Demokratische Systeme schaffen Wohlstand, der insgesamt größer und in der Gesellschaft weiter verbreitet ist. Außerdem sind sie auch sowohl nach innen als auch nach außen friedlicher untereinander.

Alle drei Achsen werden zunehmend und oft fälschlicherweise in Frage gestellt. Ob es darum geht, Stärke aus innerer Schwäche oder zunehmender Ungleichheit zu schöpfen, die von weißen Nationalisten oder Internet-Trollen geschürt werden, oder durch die Einmischung Russlands in politische Angelegenheiten oder das chinesische Politikmodell ermutigt werden, die Gegner der Demokratie scheinen auf dem Vormarsch zu sein.

Währenddessen scheinen die Bevölkerungen demokratischer Gesellschaften sowohl gegenüber ihren Institutionen als auch ihrer kollektiven Zukunft entmutigt und zunehmend skeptisch zu sein. Tatsächlich stehen demokratische Gesellschaften vor großen Herausforderungen, wenn es darum geht, sowohl Wachstum als auch Gerechtigkeit in der Wirtschaft anzugehen, sich an neue Technologien, Normen und Denkweisen anzupassen, durch den starken sozialen, kulturellen und demographischen Wandel zu navigieren und auf die zunehmenden globalen Herausforderungen zu reagieren, die von der nuklearen Verbreitung bis zum Klimawandel reichen. Viele dieser Herausforderungen gehen natürlich weit über die Kontrolle des Nationalstaates hinaus, und Demokratie an sich ist weder ein Allheilmittel noch ist ihr Erfolg oder ihre Stabilität garantiert.

Der offensichtliche Pessimismus von 2019 und jetzt 2020 scheint allerdings ebenso fehl am Platz zu sein wie die Euphorie 1989, vielleicht sogar noch deutlicher. Demokratien sind bemerkenswert widerstandsfähige politische und wertorientierte Systeme, die zu erheblichen Veränderungen fähig sind, und wir glauben, dass demokratische Reformen dazu beitragen können, inklusivere, gleichberechtigte und prosperierende Gesellschaften aufzubauen, die stärker auf die Anliegen ihrer Bürger eingehen können. Das Future of Democracy-Programm des Berggruen-Instituts hat eine dreijährige umfassende Studie und eine Reihe von Konferenzen zu Wegen für demokratische Reformen durchgeführt, mit denen demokratische Werte, Institutionen und Ergebnisse gestärkt werden können. Unser besonderer Fokus lag auf der Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse als Ausdruck demokratischer Werte, gerade weil Institutionen das Umfeld bilden, das die öffentliche Ordnung benötigt, um auf die großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu reagieren.

Dieser Exekutivbericht enthält eine Diskussion sowohl über den Kontext der scheinbaren Krise in der Demokratie als auch über einen Rahmen für die „staatsbürgerliche Demokratie“, um auf wachsende Forderungen nach Veränderung, Stärkung der Bürger und Inklusion zu reagieren, die letztendlich bessere Ergebnisse für die Bürger ermöglichen. Konkrete Reformen, um die Fähigkeit der Demokratie zu stärken, ihren Werten gerecht zu werden und für ihre Völker zu liefern, werden in Abschnitten zum Wiederaufbau des sozialen Zusammenhalts, zur Erneuerung des öffentlichen Raums im digitalen Zeitalter und zur Erneuerung demokratischer Institutionen näher erläutert. Verbundene Vorschläge werden im Anhang detaillierter entwickelt.

Damit repräsentiert dieser Bericht sowohl einen Abschluss eines transnationalen Multi-Stakeholder-Projekts als auch den Beginn eines neuen Gesprächs über Reformen in kritischen Bereichen innerhalb diverser Gesellschaften. Die hier vorgestellten Ideen und Empfehlungen spiegeln nicht unbedingt einen Konsens aller wieder, die an dem Projekt teilgenommen haben, und wir glauben auch nicht, dass sie eine umfassende Agenda für die Erneuerung der liberalen Demokratie bilden. Wir bieten sie als Beiträge zur aktuellen Debatte über den Schutz und die Reform unserer Demokratien an, in der Überzeugung, dass sie den dringend benötigten Prozess der Innovation und Reformen beeinflussen werden. Wir hoffen, dass Sie sich uns bei diesem Gespräch und diesem grundlegenden Arbeitsprogramm 2020 und darüber hinaus anschließen.

Mit freundlichen Grüßen,



Nathan Gardels



Anthony Giddens



Helle Thorning-Schmidt

#### KO-VORSITZENDE

**Projekt der Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter**

März 2020

## TEILNEHMER UND MITWIRKENDE

### KO-VORSITZENDE

**Nathan Gardels**  
Executive Advisor,  
Berggruen-Institut;  
Chefredakteur, *The WorldPost*

**Anthony Giddens**  
Mitglied des britischen  
Oberhauses; Ehemaliger  
Direktor, London  
School of Economics

**Helle Thorning-Schmidt**  
Ehemalige Premierministerin  
von Dänemark

### MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

**Emily Bell**  
Gründungsdirektor, Tow Center  
for Digital Journalism, Columbia  
University

**Michael Cottakis**  
Gründer und Direktor,  
89 Initiative

**Francis Fukuyama**  
Mosbacher Direktor,  
Freeman Spogli Institute's  
Center on Democracy,  
Development, and the Rule of  
Law, Stanford University

**Philip Howard**  
Direktor, Oxford Internet  
Institute

**Bruno Kaufmann**  
Direktor, Internationale  
Kooperation, Swiss Democracy  
Foundation

**Karen Kornbluh**  
Direktor, Digital Innovation  
and Democracy Initiative,  
German Marshall Fund

**Rocío Martínez-Sampere**  
Geschäftsführer,  
Fundación Felipe González

**Mario Monti**  
Ehemaliger Premierminister von  
Italien

**Martin Moore**  
Direktor, Centre for the Study  
of Media, Communication and  
Power, King's College London

**Beth Noveck**  
Direktor, Governance Lab,  
Columbia University

**Philip Pettit**  
Universitätsprofessor für  
menschliche Werte, Princeton  
University

**Jamie Susskind**  
Ehemaliger Fellow, Berkman  
Klein Center for Internet and  
Society, Harvard University

### PROJEKTTEAM

**Matthew Browne**  
Ko-Direktor,  
Future of Democracy Project;  
Senior Fellow, Center for  
American Progress;  
Gründer, Global Progress

**Dawn Nakagawa**  
Ko-Direktor,  
Future of Democracy Project;  
Executive Vice President,  
Berggruen-Institut

**Ariel Ratner**  
Gründer und CEO,  
Inside Revolution

**Jody Sadornas**  
Programmmanager, Future of  
Democracy, Berggruen-Institut

**Ola Tjornbo**  
Prinzipal,  
Archipelago Consultants

## LISTE DER SITZUNGEN

**25.-26. MÄRZ  
2019**

**Sozialer Zusammenhalt +  
Öffentlicher Raum**  
**Sitzung der Arbeitsgruppen**  
London, United Kingdom

**1. MAI  
2019**

**Social Media + Sitzung der  
Demokratie-Arbeitsgruppe**  
Palo Alto, Kalifornien, USA

**12.-14. MAI  
2019**

**Sozialer Zusammenhalt +  
Öffentlicher Raum**  
**Sitzung II der Arbeitsgruppe**  
Madrid, Spanien

**30. JUNI - 3. JULI  
2019**

**Zukunft der Demokratie**  
**Sitzung der Arbeitsgruppe**  
Bellagio, Italien

---

**TEILNEHMER & MITWIRKENDE**

<b>Morgan Ames</b> Vorläufiger stellvertretender Direktor für Forschung, Wissenschaft, Technologie, Medizin und Gesellschaft, University of California, Berkeley	<b>Wael Ghonim</b> Senior Fellow, Ash Center for Democratic Governance, Harvard University	<b>Raina Kumra</b> Senior-Berater, Omidyar Network	<b>Alejandro Romero</b> Gründer und CEO, Alto Data Analytics
<b>Timothy Bartlett</b> Chefredakteur, St. Martin's Press	<b>Nils Gilman</b> Vizepräsident für Programme, Berggruen-Institut	<b>Guillaume Liegey</b> CEO, Liegey Muller Pons	<b>Roger Scruton</b> Vorsitzender, Building Better, Building Beautiful Commission
<b>Nicolas Berggruen</b> Vorsitzender, Berggruen-Institut	<b>John Haldane</b> Vorsitzender, Royal Institute of Philosophy	<b>Colin MacLay</b> Forschungsprofessor für Kommunikation, University of Southern California	<b>Mary Scudder</b> Assistenzprofessor, Purdue University
<b>David Blankenhorn</b> Mitbegründer, Better Angels	<b>Jeremy Heimans</b> CEO, Purpose	<b>Caroline Mehl</b> Mitbegründer und Geschäftsführer, OpenMind	<b>Elif Shafak</b> Schriftsteller und Politikwissenschaftler
<b>Paul Collier</b> Professor für Ökonomie und Staatswissenschaft, Blavatnik School of Government, Oxford	<b>Toomas Ilves</b> Ehemaliger Präsident von Estland; 2018-19 Berggruen Fellow beim CASBS	<b>Ignacio Molina</b> Senior-Analyst, Instituto Elcano	<b>Samuel Sommers</b> Autor, <i>Situations Matter</i> ; Forschungsdirektor, Diversity and Intergroup Relations Lab, Tufts University
<b>William Davies</b> Ko-Direktor, Political Economy Research Centre, University of London	<b>Henry Jenkins</b> Provost Professor für Kommunikation, Journalismus, Filmkunst und Erziehung, University of Southern California; Projektleiter, Civic Imagination Project	<b>Nathaniel Persily</b> James B. McClatchy Professor für Recht, Stanford Law School	<b>Tom Steinberg</b> Gründer, My Society
<b>Tim Dixon</b> Mitbegründer, More in Common	<b>Stephen Kinnock</b> Labour-Abgeordneter für Port Talbot	<b>William Perrin</b> Kurator, Indigo Trust, Goodthings Foundation, 360Giving, Carnegie U.K. Vertrauen	<b>Mario Tascón</b> Gründungspartner und Generaldirektor, Prodigioso Volcán
<b>Eloise Duvillier</b> Programmmanager, Project on Democracy and the Internet, Stanford Center on Philanthropy and Civil Society	<b>Eric Klinenberg</b> Direktor, Institute for Public Knowledge, New York University	<b>Ryan Pouigales</b> Senior-Analyst für Politik, Third Way	<b>José Ignacio Torreblanca</b> Leiter des Büros in Madrid und Senior Fellow für Politik, European Council on Foreign Relations
<b>Ismaël Emelien</b> Mitbegründer, <i>En Marche!</i>	<b>Muthoni Wambu Kraal</b> Vizepräsident für nationale Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung, Emily's List	<b>Rachel Pritzker</b> Gründer und Präsident, Pritzker Innovation Fund	<b>Zeynep Tufekci</b> Faculty Associate, Berkman Klein Center for Internet and Society, Harvard University
<b>Matthew Goodwin</b> Professor für Politik und internationale Beziehungen, University of Kent		<b>Jennifer Roberton</b> Geschäftsführer, Respondi U.K.	<b>Jochen Wegner</b> Chefredakteur, <i>Zeit Online</i>

## ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER

# DIE KRISE DER LIBERALEN DEMOKRATIE

Dass es im Westen eine Krise der liberalen Demokratie gibt, ist fast zu einem Axiom geworden.<sup>1</sup> Je nach Kontext und Politik wird dieses weit verbreitete Gefühl oft instinktiv mit einem einzigen Namen oder Begriff ausgedrückt. Für die Linke - und was von der Mitte übrig ist - kann es sich um ‚Populismus‘, ‚Nationalismus‘, ‚Rechts-außßen‘, ‚Brexit‘, ‚Boris‘, ‚Trump‘, ‚Bolsonaro‘, ‚Orban‘ und so weiter handeln. Für die Rechte zählen ‚Sozialismus‘, ‚Globalismus‘, ‚Elitismus‘, ‚Bernie‘, ‚Corbyn‘, ‚AOC‘ und so weiter zu den üblichen Begriffen.

Natürlich kann diese Krise der Demokratie an weit mehr als Parteienrhetorik gemessen werden. Von Studie<sup>2</sup> zu Studie wurden die langfristigen Trends einer abnehmenden demokratischen Beteiligung, die Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien und ihre abnehmenden Mitgliederzahlen<sup>3</sup>, zunehmend festgefahrenen gesetzgebende Kammern<sup>4</sup>, zunehmende Polarisierung<sup>5</sup>, das abnehmende Vertrauen in Politik und Politiker<sup>6</sup> (und natürlich Autoritäten aller Art) und ein insgesamt abnehmender Glaube in die Demokratie<sup>7</sup> dokumentiert.

Die Krise hat eine Reihe von komplexen und miteinander verbundenen Gründen, von denen viele von außerhalb der demokratischen Politik einwirken. Diese Gründe beinhalten die Fehlplatzierungen (und Fehlanpassungen) von Globalisierung, Deindustrialisierung, Technologiewandel, regionale ökonomische Unterschiede, Demographiewandel und Immigration, rascher sozialer und kultureller Änderung<sup>8</sup>, den Aufstieg Chinas und Asiens, die globale Finanzkrise

und die äußerst globale Natur des heutigen Systems. Es gibt komplexe Stressfaktoren in Bezug auf das System.

Das Versäumnis, auf die Herausforderungen ausreichend zu reagieren - sei es bei der Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze, bei der Bewältigung kritischer sozialer Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen, Einwanderung und dem Zusammenbruch der Familie oder bei der Reaktion auf aufkommende Krisen wie die Covid 19-Pandemie und den Klimawandel - hat zu starker Unzufriedenheit beigetragen und zu Fragen nach der Lebensfähigkeit der repräsentativen Demokratie selbst geführt. Die Situation wäre nicht so akut und die Spaltungen in unserer Gesellschaft wären nicht so tief, wenn unsere Demokratien in den letzten Jahrzehnten bessere Ergebnisse für die Bürger erzielt hätten.<sup>9</sup>

Wirtschaftliche Störungen haben zur Aushöhlung der Arbeiterschaft und der ländlichen Gemeinden sowie in jüngerer Zeit der Mittelschicht geführt. Wir sehen auch Einkommens- und Vermögensunterschiede, wie sie seit dem Goldenen Zeitalter nicht mehr zu beobachten waren.

<sup>10</sup> Wachsende Ungleichheit und die Konzentration von Wohlstand sind zu offensichtlichen Merkmalen des gegenwärtigen Modells des Kapitalismus geworden, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wo der Gini-Koeffizient zwischen 1980 und 2016 um 20% gestiegen ist.<sup>11</sup> Das ist teilweise auf das moderate Einkommenswachstum der Mittelschicht in den letzten 30 Jahren im Vergleich zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückzuführen.<sup>12</sup> Während des Zeitraums

<sup>1</sup> Siehe zum Beispiel: Yascha Mounk, *The People vs Democracy* (Cambridge MA: Harvard University Press, 2018); Larry Diamond, "The Global Crisis of Democracy," *Wall Street Journal*, 17.05.2019; David Runciman, *How Democracy Ends* (New York: Basic Books, 2018).

<sup>2</sup> Freedom House, *Freedom in the World 2019 Report, Democracy in Retreat* (Februar 2019), S. 1-9, 16-23; Michael A. Weber, *Global Trends in Democracy: Background, U.S. Policy, and Issues for Congress*, Congressional Research Service, S. 6-30 (Aktualisiert 17. Oktober 2018).

<sup>3</sup> Nienke Derkzen et al., *Increasing Youth Voter Turnout*, London School of Economics and Political Science (Dezember 2018), S. 4, <http://www.lse.ac.uk/PBS/assets/documents/Increasing-Youth-Voter-Turnout.pdf>; R. S. Flickinger und D. T. Studlar, "The Disappearing Voters? Exploring Declining Turnout in Western European Elections," *West European Politics*, 15 Nr. 2 (1992), 1-16; Miki Caul und Mark Gray, "The Effects of Declining Group Mobilization," *Comparative Political Studies*, 33 Nr. 9 (2000), 1091-1122.

<sup>4</sup> Beth Reinhard, "GOP Faces Challenge to Its State Legislature Dominance," *Wall Street Journal*, 30. September 2016, <https://www.wsj.com/articles/gop-faces-challenge-to-its-state-legislature-dominance-1475276819>.

<sup>5</sup> Sarah Binder, *Polarized We Govern?*, (Washington DC: The Brookings Institution, 2014).

<sup>6</sup> Yascha Mounk, *The People Vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2018).

<sup>7</sup> Amanda Taub, "How Stable Are Democracies? 'Warning Signs Are Flashing Red,'" *New York Times*, 29. November 2016, [https://www.nytimes.com/2016/11/29/world/americas/western-liberal-democracy.html?\\_r=0](https://www.nytimes.com/2016/11/29/world/americas/western-liberal-democracy.html?_r=0); Roberto S. Foa und Yascha Mounk, "The Signs of Deconsolidation," *Journal of Democracy* 28, 1 (Januar 2017).

<sup>8</sup> David Goodhardt, *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics* (London: C Hurst and Co, 2017); Ronald Inglehart und Pippa Norris, *Cultural Backlash*, (New York: Cambridge University Press, 2019); Daron Acemoglu und James A. Robinson, *Why Nations Fail* (New York: Crown Business, 2012).

<sup>9</sup> Siehe Arlie Hochschild, *Strangers in their Own Land* (New York: The New Press, 2016) mit einem aufrüttelnden Portrait dieser Empfindungen.

<sup>10</sup> *World Inequality Report 2018*, <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-english.pdf>; J. Hacker und P. Pierson, *Winner-Take-All Politics* (New York: Simon and Schuster, 2010).

<sup>11</sup> Juliana Horowitz et al. 2020. "Trends in Income and Wealth Inequality," Pew Research Centre, <https://www.pewsocialtrends.org/2020/01/09/trends-in-income-and-wealth-inequality/>.

von 1980 bis 2017 blieb das durchschnittliche nationale Einkommen in Westeuropa unverändert und ging in Südeuropa zurück.<sup>12</sup>

Ländliche und Industriegebiete, einst das Kernland florierender Produktions- und Agrarwirtschaften, wurden von einer Kombination aus Globalisierung und technologischem sowie demographischem Wandel besonders hart getroffen. In dieser Zeit nahm die illegale Einwanderung im Westen zu, wobei Schätzungen in Europa bis zu 4,8 Millionen und in den Vereinigten Staaten bis zu 10,7 Millionen erreichten.<sup>13</sup> Aus Sicht der Kritiker hat eine vermeintlich unkontrollierte Migration in einer Zeit, in der das Schicksal der Mittelschicht und der Arbeiterklasse stagnierte dazu beigetragen, dass sowohl die Migranten als auch die Regierungen, die es versäumt haben, ihre Grenzen zu kontrollieren, besorgt und verärgert sind. Diese ökonomischen, sozialen und bürgerlichen Spannungen und Fehlplatzierungen haben sich als fruchtbare Böden erwiesen, auf denen Populisten von links und rechts die Politik von Hass, Identität und Spaltung gesetzt haben, die zu einer immer weiter ansteigenden Polarisierung der demokratischen Debatte in vielen der reifen Demokratien geführt hat.

Seit der globalen Finanzkrise vor über einem Jahrzehnt haben sich diese Spannungen verschärft und die Politik hat sich immer weiter polarisiert. Die Akzeptanz der Sparpolitik durch die Rechte und die Anti-Spar-Agenda der Linken haben die Polarisierung der politischen Debatte verstärkt. Die politischen Entscheidungsträger haben die Kluft verschärft, indem sie keine neuen Ideen zur Bewältigung der

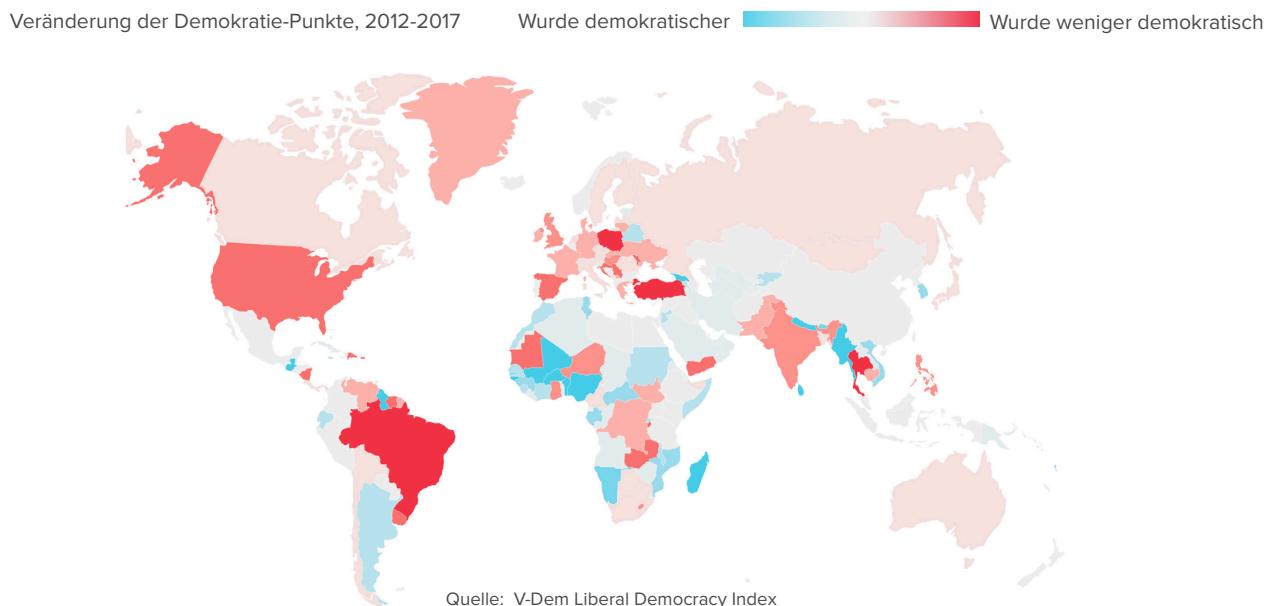
Herausforderungen des digitalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts entwickelt haben.<sup>15</sup> Die Suche nach diesen neuen Ideen ist heute mehr denn je erforderlich.

Während diese Spaltungen vorhersehbaren politischen Grundsätzen entsprechen und irgendwie bekannte demographische Probleme widerspiegeln<sup>16</sup>, reflektieren einige aufkommende Merkmale dieser Spaltungen neue Merkmale dieser Spaltung. Statt einer einfachen Rechts-Links-Polarisierung bestehen diese neuen Unterschiede zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Akademikern und Nicht-Akademikern sowie kosmopolitischer und lokaler Verwurzelung (der so genannte Kampf zwischen „irgendwo“ und „überall“<sup>17</sup>). In vielen Ländern richten sich diese neuen Spaltungen nach wichtigen Gesichtspunkten aus, was zu einer politischen Polarisierung führt, die sich häufig in tiefer Feindseligkeit äußert, besonders, aber nicht nur, online. Tatsächlich haben wir innerhalb der politischen Institutionen einen radikalen Wandel der parlamentarischen und demokratischen Kultur erlebt. Wo früher Kompromisse und die Fähigkeit, über den Gang hinweg zu arbeiten oder Mehrparteienkoalitionen zu bilden, bewundert wurden, wird dies heute allgemein als Verrat oder Misserfolg erachtet. Dies wird zunehmend von den politischen Anführern selbst sowie den aktivsten und lautstärksten Befürwortern politischer Parteien geteilt.<sup>18</sup>

Parallel zur Polarisierung und Fragmentierung der politischen Debatte haben unsere Gemeinschaften auch einen deutlichen Rückgang ihres Sinns für gemeinsame bürgerliche und soziale Bindungen erlebt.<sup>19</sup>

Westliche Demokratien sind immer noch die freiesten der Welt...

Aber sie sind weniger frei als sie es 2012 waren



<sup>12</sup> Growth in Prices Compared to Earnings, 1990-2018, USA Büro für Arbeitsstatistiken.

<sup>13</sup> World Inequality Database, 1980-2017, 5. Februar 2020, <https://wid.world/>.

<sup>14</sup> Pew Research Center, "How European and US Unauthorized Immigrant Populations Compare," Aufgerufen am 14. November 2019, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2019/11/13/how-european-and-u-s-unauthorized-immigrant-populations-compare/>.

<sup>15</sup> Martin Moore, *Democracy Hacked* (London: One World Publications, 2018).

<sup>16</sup> Francis Fukuyama, *Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment* (New York: Farrar, Straus and Giroux, 2018).

<sup>17</sup> David Goodhardt, *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics* (London: C Hurst and Co, 2017).

<sup>18</sup> Jonathan Haidt, *The Righteous Mind* (New York: Pantheon Books, 2012).

Viele der bürgerlichen Institutionen, die früher die Gemeinschaften zusammenhielten, wie Kirchen und religiöse Institutionen, die Pfadfinder und Pfadfinderinnen, Gewerkschaften usw., sind im Niedergang begriffen oder weisen aufgrund von Skandalen ihre eigenen Legitimitätskrisen auf.<sup>20</sup> Fast ein Drittel aller Amerikaner gibt an, keinen ihrer Nachbarn zu kennen,<sup>21</sup> und zwei Drittel nehmen nie Kontakt mit ihnen auf oder verbringen miteinander Zeit. Es scheint so, als ob wir auch unseren digitalen Geräten erlaubt haben, diese Lücke zu füllen, womit das Problem weiter verschärft wird. Es gibt immer mehr Belege dafür, dass die Zeit, die wir in der Twittersphäre verbringen, uns uninformerter, voreingenommener, weniger optimistisch und ängstlicher macht.<sup>22</sup>

In diesem neuen Kontext sind sich viele Mitglieder der Gesellschaft oft einig, dass sich die Dinge „ändern“ müssen, haben aber auffallend unterschiedliche Meinungen darüber, welche Art der Veränderung nötig ist und wie sie erreicht werden kann. Diese Unterschiede spiegeln nicht nur die traditionelle Kluft zwischen Links und Rechts wider, die seit der Nachkriegszeit über traditionelle Parteiensysteme weitgehend stabil bewältigt wurde. Vielmehr ähneln die gegenwärtigen Unterschiede eher der Verbreitung (oft radikaler) politischer Optionen, die mit der industriellen Revolution (wie etwa die Maschinengegner)

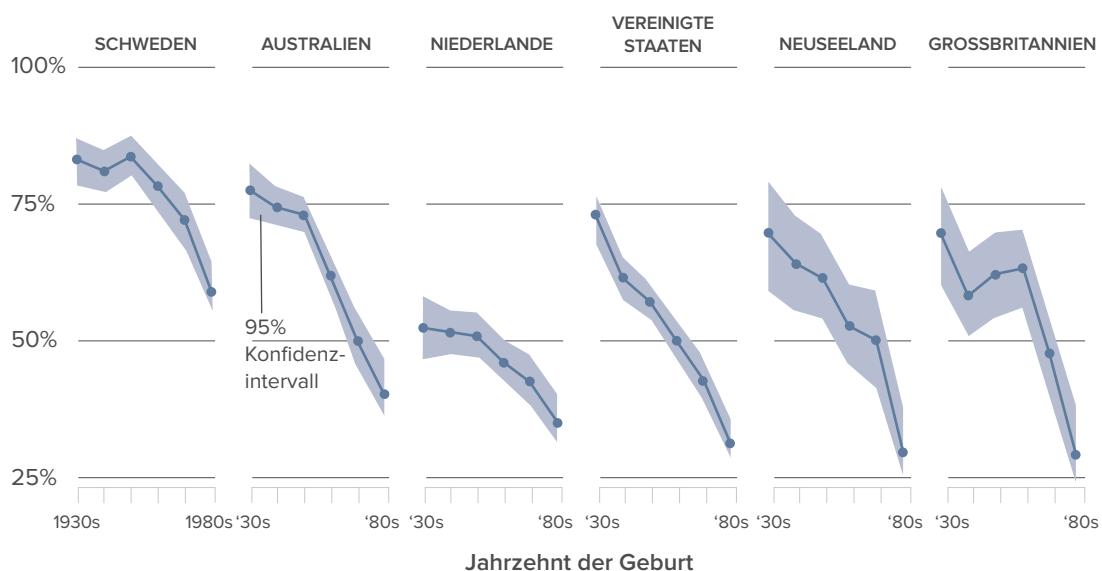
oder anderen Zeiträumen schwerer Verwerfungen einhergingen.

<sup>23</sup> Politische Institutionen, die früher unter stabileren Bedingungen effektiv funktionieren konnten, sind jetzt zunehmend unfähig, diese fragmentierte Realität zu bewältigen.

Ein Teufelskreis wachsender politischer Lähmung hat sich gebildet: die Unfähigkeit der Demokratien, zunehmend hartnäckige Herausforderungen zu lösen, hat die sozialen Unterschiede verschärft, und diese gesellschaftlichen Spaltungen hindern den demokratischen Prozess daran, einen Konsens zu erzielen und Maßnahmen zu ergreifen. Das Ergebnis ist, dass sich die Herausforderungen selbst weiter verschärfen, wodurch bestehende Spaltungen noch weiter angeheizt werden und der notwendige Konsens oder Kompromiss ausgehöhlt wird, um voranzukommen. Das Endergebnis ist eine Schwächung der Handlungsfähigkeit der Demokratien und der demokratischen Legitimität als wirksame Regierungsform.

Als die Forderung nach entschlossenem Handeln und Führungsstärke zunahm, sind Populisten mit autoritären Sympathien ins Leere gelaufen. Für Menschen, die mit Angst auf das unaufhaltsame Tempo der Veränderungen in ihrem Leben reagieren, haben Anhänger des Autoritarismus eine überzeugende Botschaft.<sup>24</sup> Populisten spielen

#### MENSCHEN IN PROZENT, DIE SAGEN, DASS ES „ESSENTIELL“ IST, IN EINER DEMOKRATIE ZU LEBEN



Quelle: Yascha Mounk and Roberto Stefan Foa, "The Signs of Democratic Deconsolidation," Journal of Democracy | By The New York Times

<sup>19</sup> Laut einer kürzlich durchgeföhrten YouGov-Umfrage geben 30% der amerikanischen Millennial-Generation an, „alleine“ zu sein. Mehr als 20% geben an, keine Freunde zu haben; 25% geben an, keine engen Freunde zu haben. Viele bestehen sogar darauf, keine „Bekannten“ zu haben. Für noch jüngere Menschen der so genannten „Generation Z“ sind die Zahlen sogar noch schlechter. Matthew Walter, "The Crisis of American Loneliness," *The Week*, August 2019.

<sup>20</sup> Die bekannteste Dokumentation dieses Trends stammt vom amerikanischen Politikwissenschaftler und Professor für öffentliche Ordnung an der Harvard University Robert Putnam in *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community* (New York: Touchstone Books von Simon & Schuster, 2001) und viele Trends haben sich verschlechtert, seit diese Arbeit veröffentlicht wurde. Siehe zum Beispiel: Charles Murray, *Coming Apart: The State of White America, 1960-2010* (New York: Crown Forum, 2013); Yuval Levin, *A Time to Build: From Family and Community to Congress and the Campus, How Recommitting to Our Institutions Can Revive the American Dream* (New York: Basic Books, 2020).

<sup>21</sup> 2018 Social and Demographic Trends Survey, Pew Research Center, 5. Februar 2020, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/04/25/7-demographic-trends-shaping-the-u-s-and-the-world-in-2018/>.

<sup>22</sup> Sherry Turkle, *Alone Together, Why We Expect More from Technology and Less from Each Other* (New York: Basic Books, 2017); Sherry Turkle, *Reclaiming Conversation: The Power of Talk in a Digital Age* (New York: Penguin Press, 2015); Nicholas Carr, *The Shallows: What the Internet Is Doing to Our Brains* (New York: W. W. Norton & Company, 2011).

<sup>23</sup> Yaneer Bar-Yam et al., "US Social Fragmentation at Multiple Scales," *Journal of the Royal Society*, 16 (2019).

mit ihren Slogans zur „Wiedererlangung der Kontrolle“ mit dem Begriff der Autorität. Sie bieten bedingungslos Schutz, Ordnung und traditionelle Hierarchie - daher der Reiz einer Mauer oder „die eigene Gesellschaft wieder großartig“ zu machen. Ihre Appelle basieren oft auf Nationalismus und Nativismus, so wie der Slogan der AfD in Deutschland „Deutschland zuerst“. Diese Führer reiten auf der Welle der Angst ins gewählte Amt und verachten dann die Institutionen, die sie dorthin gebracht haben, und greifen sie an.

Die abnehmende Legitimität der repräsentativen Demokratie beeinträchtigt auch das internationale System, nicht nur aufgrund des Aufstiegs des Nationalismus, der von aufstrebenden Autokraten gefördert wird, sondern auch, weil es für die Nationen schwieriger geworden ist, zusammenzuarbeiten. Dies ist ein entscheidender Faktor, da viele der Probleme, mit der unsere Gesellschaften konfrontiert sind, die Grenzen des Nationalstaates überschreiten. Große Herausforderungen - einschließlich Einwanderung und Grenzkontrolle, Terrorismus und Cybersicherheit, Steuerhinterziehung und Finanzregulierung sowie Klimawandel und Konfliktbewältigung - sind globale Herausforderungen, die weit über die Grenzen des Nationalstaates hinausreichen. Diese Herausforderungen erfordern daher globale Lösungen von globalen Institutionen oder globalen Koalitionen. Mit dem abnehmenden Vertrauen in die politischen Vertreter nimmt allerdings auch ihre Fähigkeit ab, internationale Abkommen im Namen ihrer Wähler zu vermitteln. Wenn sie dies getan haben, stoßen solche Abkommen häufig auf Misstrauen, und

die politischen Entscheidungsträger werden, sobald nach Hause zurückgekehrt, zusammen mit ihren Plänen abgelehnt. In den letzten zehn Jahren wurden international nur sehr geringe Fortschritte erzielt, aber es gab viele Rückschläge, darunter mühselige Referenden in Griechenland und in Großbritannien, die feindliche Reaktion auf den globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen, wiederholte Misserfolge bei der Erreichung eines Brexit-Deals und abgelehnte Freihandelsabkommen usw. Angesichts erheblicher interner innerstaatlicher Turbulenzen und des Mangels an erforderlichem politischem Kapital sind selbst diejenigen politischen Vertreter, die dies wollen, jetzt weitgehend nicht in der Lage, neue internationale und globale Verpflichtungen einzugehen.<sup>25</sup>

Trotz des vermeintlich schlimmen Zustands demokratischer Gesellschaften sind Berichte über den Tod der Demokratie falsch. Wie wir argumentieren werden, widerspricht der Schritt in Richtung Autoritarismus sowohl den Wünschen der Mehrheit als auch den langfristigen Trends, die zusammen darauf hinweisen, dass eine ganz andere Form von Reform notwendig ist. Wir müssen die Legitimität der Demokratie erneuern und unsere bürgerliche Architektur wieder aufbauen und auf diese Weise sowohl national als auch global zu einer widerstandsfähigeren Gesellschaft werden. Die Herausforderungen dieser Zeit erfordern das tatsächlich, und die Bürger entwickeln bereits neue Lösungen im Einklang mit diesen Zielen, Lösungen, aus denen man lernen und die man ergänzen und skalieren kann.

**Wir müssen die Legitimität der Demokratie erneuern und unsere bürgerliche Architektur wieder aufbauen und auf diese Weise sowohl national als auch global zu einer widerstandsfähigeren Gesellschaft werden. Die Herausforderungen dieser Zeit erfordern das tatsächlich, und die Bürger entwickeln bereits neue Lösungen im Einklang mit diesen Zielen, Lösungen, aus denen man lernen und die man ergänzen und skalieren kann.**

<sup>24</sup> Cristobal Kaltwasser and Cas Mudde, *Populism. A Very Short Introduction* (Oxford: Oxford University Press, 2017).

<sup>25</sup> Bruce Jones and Torrey Taussig, *Democracy and Disorder* (DC: Brookings Institute, 2019).

LINKS: Washington D.C., Vereinigte Staaten - 15. März 2019. USA Kongressabgeordnete Ilhan Omar bei ihrer Rede 2019 zum Klimawandel vor dem Gebäude des US-Kapitols. Eli Wilson / Shutterstock.com  
RECHTS: São Paulo, Brasilien - 30. September 2018. Öffentliche Demonstration zu den brasilianischen Wahlen 2018 für den Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro. Luciano Marques / Shutterstock.com



# DAS NEUE PARADIGMA: DEMOKRATIE DER BÜRGER

In den Narrativen zur Demokratie „in der Krise“ fehlt einer der wichtigen Treiber. Es stimmt zwar, dass Demokratien aufkommende globale Herausforderungen nicht effektiv bewältigen und damit ihre Kompetenz in Frage stellen, aber dies alleine ist nicht die Erklärung für den Niedergang der Demokratie. Auch nicht die zunehmende Bedrohung durch Autoritarismus und illiberale Demokratie, die als Antwort entstanden sind. Diese demokratifeindlichen Kräfte nutzen eine allgemeine Frustration über das derzeitige System aus, das sich nicht an die sich entwickelnde Gesellschaft angepasst hat, die sie zu regieren versuchen. Unsere Theorie des Falls lautet wie folgt:

Wir erleben einen Paradigmenwechsel von einem begrenzten Begriff der Demokratie zu einem grundlegend tieferen, in dem die Menschen mehr Entscheidungsfreiheit und Kontrolle wollen und erwarten.<sup>26</sup> Der derzeitige Zusammenbruch des demokratischen Systems ist teilweise ein Ergebnis aus der Unfähigkeit, Schritt zu halten mit der aufgestauten Nachfrage nach Beteiligung und Handlungsmacht. Der Auswahlprozess politischer Anführer alle paar Jahre mag eine notwendige Bedingung bleiben, aber es ist nicht mehr eine ausreichende Bedingung für eine Regierung, um zu behaupten, dass dies von und für das Volk ist. Unsere Institutionen müssen auf diese Forderung reagieren, indem sie Wege finden, die verschiedenen Arten, wie Bürger an ihrer eigenen Demokratie teilnehmen wollen, aufzunehmen und darauf zu reagieren.

Diese Hypothese stimmt mit den historischen Trends überein. Tatsächlich ist die Forderung nach mehr Entscheidungsfreiheit und Beteiligung möglicherweise ein unvermeidliches Merkmal demokratischer Systeme. Mehr Stimme und Auswahl haben immer den Wunsch nach noch mehr Stimme und Auswahl hervorgerufen. Wir haben diesen Trend seit dem Aufkommen von Demokratien im angloamerikanischen Kontext im 18. und 19. Jahrhundert gesehen, mit der allmählichen Ausweitung des Wahlrechts von einer privilegierten Elite von weißen Landbesitzern auf schließlich alle Erwachsenen in der Gesellschaft. Tatsächlich haben die meisten demokratischen Systeme zunächst eine Form des indirekten Wahlrechts eingeführt, aber im Laufe der Zeit wurden viele dieser Institutionen durch Mechanismen für direkte Volkswahlen ersetzt. Während des 20. Jahrhunderts wurde die Nutzung von Wahlkollegien für Präsidentschaftswahlen unter anderem durch direktere Wahlformen in Finnland, Argentinien, Brasilien, Paraguay, Chile und Frankreich ersetzt. Wo solche Systeme noch in Gebrauch sind - so wie in den USA - gewinnen die Forderungen nach ihrer Abschaffung im Einklang mit früheren Reformen wie der direkten Wahl des US-Senats an Bedeutung.<sup>27</sup>

Demokratie, wie sie derzeit verstanden wird, funktioniert effektiv auf Verbraucherebene: Individuen „kaufen“ (d.h. stimmen ab) für Kandidaten, die ihnen wiederum nach bestimmten Richtlinien, Werten, Symbolen „verkaufen“. Die Kandidaten befassen sich hauptsächlich mit Markenbildung und Marketing, um ihre Stimmenzahl zu erhöhen.

<sup>28</sup> Die Haltbarkeit dieses Produkts beträgt einige Jahre (abhängig von den jeweiligen Bedingungen der Gerichtsbarkeit), bevor die Einkaufssaison wieder beginnt. In der Zeit zwischen den Wahlen haben Käufer nur eine begrenzte Verpflichtung oder Gelegenheit, sich an einer demokratischen Regierungsführung zu beteiligen.

In der heutigen Gesellschaft, in der Individuen auf Anfrage eine endlose Anzahl an maßgeschneiderten Optionen haben, wird das alte Paradigma des regelmäßigen „Kaufs“ einer politischen Partei oder eines Kandidaten nicht mehr ausreichen. Die Fähigkeit zu neuen und unterschiedlichen Wegen, sich politisch zu engagieren und sich zu beteiligen, hat exponentiell zugenommen, angetrieben durch das Internet. Diese Technologie ermöglicht es uns nicht nur,

<sup>26</sup> Yochai Benkler, *The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom* (New Haven: Yale University Press, 2007).

<sup>27</sup> Die Bemühungen, das Gesetz zur nationalen Volksabstimmung zur Abschaffung des nationalen Wahlausschusses zu verabschieden, waren in 40 Gesetzgebungen in 24 Staaten erfolgreich. „Status of National Popular Vote Bill in Each State,” Nationale Volksabstimmung, 5. Januar 2020, <https://www.nationalpopularvote.com/state-status>.

<sup>28</sup> Joseph Schumpeter, *Capitalism, Socialism, and Democracy* (Urbana-Champaign: University of Illinois Press, 1942).



LINKS: Irland - 25. Mai 2018. Aufkleber aus der Referendumskampagne in Irland, als die ersten Hochrechnungen einen großen Sieg für Ja ankündigten. ionndubh /Shutterstock.com MITTE Paris, Frankreich - 31. März 2017. Kampagnenposter für Emanuel Macron bei der Präsidentschaftswahl 2017. Guillaume Destombes / Shutterstock.com RECHTS: Rom, Italien - 15. Februar 2020. Fünf Sterne Bewegung Kundgebung. Alberto Zanardo / Shutterstock.com

in Echtzeit über die politischen Entwicklungen auf dem Laufenden zu bleiben und uns sofort mit unseren gewählten Vertretern in Verbindung zu setzen, sondern auch, unsere politischen Stämme zu finden - oder neue Stämme zu gründen - und um über Nacht Themen von gemeinsamem Interesse zu mobilisieren.<sup>29</sup> Wir unterschreiben Petitionen, gehen zu Kundgebungen, marschieren in Protesten, spenden Zeit und Geld für wohltätige Zwecke und diskutieren online. Diese Aktivitäten, die seit Jahrzehnten episodisch Teil unserer politischen Landschaft sind, haben sich von einem Fehler zu einer Eigenschaft entwickelt. Die Demokratie muss sich anpassen, um auf diese Rückkopplungsmechanismen reagieren zu können. Durch institutionelle Reformen können wir diesen partizipativen Impuls im Dienste der Regierungsführung nutzen und so die Glaubwürdigkeit und Widerstandsfähigkeit des Systems wiederherstellen.<sup>30</sup>

Darüber hinaus muss diese institutionelle Reform mit dem Aufbau von Fähigkeiten und Kapazitäten innerhalb der Bürgerschaft einhergehen, um sich konstruktiv auf verschiedene Werte, Überzeugungen und Weltanschauungen einzulassen. Die atomisierte Handlungsfähigkeit des Individuums ist nicht auf konstruktives Engagement ausgelegt. Individuelle Entscheidungsfreiheit wird durch „was ich will“ ausgedrückt und motiviert, während staatliche Entscheidungsfreiheit Kompromisse und Verhandlungen in einem Umfeld von Zwängen erfordert. Um der Verantwortung der Staatsbürgerschaft in einer Gesellschaft gerecht zu werden, die auf einer stärkeren Beteiligung beruht, sind Disziplin und Fähigkeiten erforderlich - sowohl individuelle als auch kollektive -, die im Laufe der Zeit gelernt und geübt werden müssen.

Letztendlich muss diese neue Demokratie durch einen erneuerten öffentlichen Raum unterstützt werden.<sup>31</sup> Der neue öffentliche Raum ist weitgehend digital, und die Bestechlichkeit dieses Raums

stellt das konstruktive, informierte Engagement, das diese neue Demokratie erfordert, vor erhebliche Herausforderungen. Während digitale Plattformen die Möglichkeit für politisches Engagement und Feedback an unseren Institutionen erhöht haben, ermöglichen sie auch die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Fehlinformationen durch verachtenswerte Kräfte, die Spaltungen vertiefen und Chaos säen wollen. Der öffentliche Raum, der für eine funktionierende Demokratie erforderlich ist und auf einem breiten Engagement beruht, muss die Bürger angemessen und ehrlich informieren, die sich frei fühlen, ohne Verfolgung oder Bedrohung ihres Wohlergehens in einen Dialog einzutreten.<sup>32</sup>

So ehrgeizig diese Reform und Erneuerung auch klingt, die Realität ist, dass dies bereits ein Zeitalter großer demokratischer Innovation und Experimente ist und die digitale Technologie eine Schlüsselrolle spielt. Von der Liquid Democracy-Bewegung in Nordeuropa über die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien bis hin zu Emmanuel Macrons *En Marche*-Kampagne in Frankreich und dem Aufstieg anderer Parteien und Politiken, die sich dem traditionellen Spektrum links und rechts widersetzen, probieren Politiker und Bürger gleichermaßen neue Ansätze für die Erneuerung der Demokratie aus. Bemerkenswerte Experimente umfassen den Einsatz einer Bürgerversammlung in Irland während der Debatte über Abtreibung und den Einsatz von Online-Beteiligungsinstrumenten in Deutschland, den USA, Island, Finnland und Estland, um die Politikgestaltung voranzutreiben.

In ähnlicher Weise war auf den Straßen, im Internet und in den Hallen der Macht eine neue Intensität des Aktivismus zu erkennen, die durch Technologie und die Suche nach Wiedergutmachung sowohl für bestimmte Themen (linken oder rechten) als auch für breitere Trends ermöglicht wurde. Bewegungen wie #MeToo, Black Lives Matter, Women's March, der Klimastreik, Extinction Rebellion, die Tea Party oder die Märsche für die Europäische Union in Großbritannien haben unter anderem die Kraft der Technologie genutzt, um

<sup>29</sup> Cass Sunstein, *Republic.com 2.0* (Princeton: Princeton University Press, 2007); Cass Sunstein, *#Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media* (Princeton: Princeton University Press, 2017).

<sup>30</sup> Beth Noveck, *Smart Citizens, Smarter State: The Technologies of Expertise and the Future of Governing* (2015).

<sup>31</sup> Mit dem „öffentlichen Raum“ meinen wir den bürgerlichen Raum, der den Kontext bietet, in dem die Bürger ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen. Hier sammeln sie Informationen, führen Dialoge und treffen Entscheidungen und bringen sie zum Ausdruck.

<sup>32</sup> Michela Palese and Alan Renwick, *Doing Democracy Better: How can Information and Discourse in Election and Referendum Campaigns in the UK be Improved* (London: University College London, 2019).

wirksame und belastbare Formen freizusetzen. Diese Beispiele der Bürgervertretung erinnern an den Aktivismus der 1960er Jahre und haben die Parameter der Debatte in weiten Teilen der demokratischen Welt radikal verändert - auch wenn ihre Teilnehmer manchmal immer noch Schwierigkeiten haben, diesen Aktivismus direkt in die öffentliche Ordnung zu integrieren.<sup>33</sup>

Das System muss sich weiterentwickeln, um die partizipativen Impulse der heutigen Gesellschaft zu absorbieren. Demokratie sollte in diesem neuen Paradigma weit mehr als nur ein paar politische Prozesse, Normen und Gesetze sein. Die Demokratie der Bürger ist ein eingebettetes System und tatsächlich ein sozialer Pakt, um der Pflicht gerecht zu werden, sich gemeinsam für das Wohl der Gemeinschaft einzusetzen. Auf den folgenden Seiten werden wir einige anschauliche Beispiele für institutionelle Reformen sowie neue Programmideen und -mechanismen zur Wiederbelebung des öffentlichen Raums und des sozialen Zusammenhalts vorstellen, Reformen, von denen wir glauben, dass sie die Entstehung dieses neuen Paradigmas fördern werden.

**Die Demokratie der Bürger ist ein eingebettetes System und tatsächlich ein sozialer Pakt, um der Pflicht gerecht zu werden, sich gemeinsam für das Wohl der Gemeinschaft einzusetzen.**

in die Lage versetzt werden, zusammenzuarbeiten, um die Herausforderungen zu bewältigen, denen sie gegenüberstehen.

Natürlich liegt der Schwerpunkt dieses Berichts auf dem „Input“ für die Demokratie, aber es ist klar, dass wir uns nicht allein auf die Mechanismen der Demokratie selbst verlassen können, und das Vertrauen in die Demokratie wieder herzustellen: wir müssen daran arbeiten, sicherzustellen, dass die „Ergebnisse“ des Systems für die Bürger besser sind. Wie im ersten Abschnitt dargelegt wurde, gibt es eine Reihe von echten Krisen, die sich auf das Leben von Wählern auswirken, und die durch institutionelle Reformen allein nicht angegangen werden können. Wir werden neue Ideen brauchen, um die Chancengleichheit zu fördern, eine qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten, die Herausforderung des Klimawandels anzugehen und tolerante und inklusive Gesellschaften zu fördern. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die hier vorgestellten Ideen dazu beitragen werden, widerstandsfähige und zusammenhaltende Gesellschaften zu schaffen, die diese Herausforderungen besser bewältigen können, teilweise durch den erneuerten Glauben an die Legitimität politischer Regierungsführung.

Das Schicksal der Demokratie ist noch nicht entschieden, aber dies ist nicht die erste Herausforderung, der sie sich gestellt hat. Viele Epochen können mit Recht behaupten, sich ihren eigenen demokratischen Krisen gestellt - und sie überwunden - zu haben. Demokratie wird umfassend als Wertesystem, Lebensweise und sich ständig weiterentwickelndes Experiment definiert und ist von Natur aus flexibel und belastbar. Sie kann herausgefordert und sogar zerstört werden, aber sie kann auch neu erfunden und wieder aufgebaut werden. Wie der große Pädagoge John Dewey schrieb, „Demokratie muss in jeder Generation wiedergeboren werden.“ Sowohl diejenigen von uns in der Gemeinschaft der Demokratien als auch diejenigen in der Gemeinschaft derer, die an Demokratie glauben, haben jetzt das Privileg dieser Gelegenheit.

<sup>33</sup> Jeremy Heimans and Henry Timms, *New Power: How Power Works in Our Hyperconnected World, and How to Make it Work for You* (New York: Random House, 2018).

LINKS: Indianapolis, Indiana, United States - 28. September 2019. Ein Mann trägt ein Schild für Menschenrechte in der Black Lives Matter-Bewegung. Roberto Galan / Shutterstock.com  
RECHTS: London, Großbritannien - 15. März 2019. Tausende von Studenten und jungen Menschen protestieren als Teil der Jugendproteste für den Klimamarsch. Ink Drop / Shutterstock.com





Die Rockefeller Foundation hat Mitglieder des Projekts „Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter“ des Berggruen-Instituts zu einer dreitägigen Konferenz eingeladen, um die in diesem Bericht vorgestellten Ideen weiterzuentwickeln und zu fokussieren. (Im Bild: Projektleiter, Projektteam und Mitglieder der Arbeitsgruppe).

## DAS PROJEKT

# ÜBER DAS PROJEKT DER ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER

S seit September 2016 engagiert sich das Berggruen-Institut im Rahmen seines Programms Zukunft der Demokratie mit einer Reihe hochkarätiger Symposien für eine demokratische Erneuerung. Die Symposien fanden in den USA, Kanada, Großbritannien, Spanien und Italien statt, und weitere Konsultationen fanden in Frankreich, Deutschland, Schweden, Portugal und anderswo statt. Die Teilnehmer repräsentierten Nationen aus ganz Europa, Nordamerika und darüber hinaus.

Diese Treffen umfassten strukturierte Gespräche, die sowohl darauf abzielten, die Herausforderungen und Chancen der gegenwärtigen demokratischen Systeme aufzuzeigen als auch Reformwege vorzustellen und zu definieren. Zu den Teilnehmern gehörten politische Anführer, politische Entscheidungsträger, Technologen, Wirtschaftsführer, Journalisten, Politikwissenschaftler, Soziologen, Philosophen, Philanthropen, Künstler und Aktivisten. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Programms öffentliche Umfragen und Forschungsarbeiten in wichtigen Ländern Europas und Nordamerikas durchgeführt.

Der Ursprung des Projekts ergab sich aus einer einfachen Einsicht: demokratische Regierungen hatten es nicht geschafft, mit der Geschwindigkeit und dem globalen Ausmaß der Veränderungen in ihren Gesellschaften Schritt zu halten und diese effektiv zu bewältigen, und mussten im 21. Jahrhundert grundlegend überarbeitet werden, um effektiv zu regieren.

Mit der Verschärfung der demokratischen Krise hat das Programm seine Arbeit auf drei Bereiche konzentriert: (1) Erneuerung des sozialen Zusammenhalts, (2) Wiederaufbau des öffentlichen Raums und (3) Erneuerung demokratischer Institutionen.

Diese Bereiche wurden ausgewählt, weil wir der Ansicht sind, dass sie zusammen zu den wichtigsten - und am meisten herausgeforderten - Systemen der demokratischen Gesellschaft gehören und zu denen, in denen Experimentiermöglichkeiten und neue Politik am unmittelbarsten sind.

Das Programm betrachtet die Wurzeln der Demokratiekrise in ihrem breitesten Kontext, hat aber nur begrenzte Ambitionen. Es ist nicht sein Ziel, die enormen strukturellen Treiber der Krise - wie Globalisierung, technologischer Wandel, Klimakrise sowie demographische und soziale Veränderungen - direkt anzugehen, sondern Kapazitäten aufzubauen und Institutionen zu entwerfen, die es der Gesellschaft ermöglichen, diese Herausforderungen besser zu bewältigen.<sup>34</sup> Das Programm erkennt damit das Paradox seiner Arbeit an und akzeptiert es: während große strukturelle Veränderungen wie die Globalisierung selbst die demokratischen Gesellschaften vor großen Herausforderungen stellen, werden wir diese Veränderungen ohne eine kompetenteren, widerstandsfähigeren Demokratie und Bürgerschaft nicht effektiv bewältigen können. Das grundlegende Ziel des Programms besteht darin, demokratische Überlegungen und Partizipation wieder aufzubauen und zu erneuern und dadurch eine effektive Regierungsführung und Fortschritte bei allen Herausforderungen zu ermöglichen, denen sich demokratische Gesellschaften im 21. Jahrhundert ausgesetzt sehen.

Daraus folgt ein Ausführungshinweis zu den drei Säulen des Programms Zukunft der Demokratie:



Jeder Abschnitt beginnt mit einem allgemeinen Überblick über die Herausforderung und die Chance und wird dann mit einer kurzen Beschreibung anschaulicher politischer Vorschläge fortgesetzt. (Eine vollständige Beschreibung aller politischen Vorschläge finden Sie im Anhang.) Diese Vorschläge sollen nicht erschöpfend sein, sondern vielmehr die Art der Politik veranschaulichen, von der wir glauben, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung der Demokratie leisten kann. Mit diesen politischen Vorschlägen soll nicht nur mit kleinen Reformen an den Rändern herumgebastelt werden, sondern es sollen vielmehr wichtige Maßnahmen gefördert werden, die an und für sich dazu beitragen können, die derzeitige Entwicklung umzukehren und auch Plattformen sein können, um darauf umfassendere Reformen zu entwickeln.

<sup>34</sup> Das Berggruen-Institut erkennt die Grenzen dieser Arbeit an und hat Projekte mit ähnlichen Konsequenzen für die Beseitigung der wachsenden Ungleichheit in der Gesellschaft, die Renovierung multilateraler Institutionen und die Bekämpfung des Klimawandels durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie unter [www.berggruen.org](http://www.berggruen.org).

Karen Kornbluh und Philip Howard beim Treffen der Arbeitsgruppe Sozialer Zusammenhalt und der öffentliche Raum in London



Der Präsident  
der Rockefeller  
Foundation Rajiv  
Shah teilt seine  
Gedanken zum  
Wiederaufbau  
demokratischer  
Institutionen



Die Arbeitsgruppe diskutiert die Erneuerung  
des sozialen Zusammenhalts



Zweites Treffen zum Thema „Sozialer Zusammenhalt und der öffentliche Raum“ in Madrid, Spanien. Das Treffen befassste sich mit der Rolle der Medien und der Verantwortung der Bürger bei der Erneuerung des sozialen Zusammenhalts.



Projekt-Ko-Vorsitzender Nathan Gardels in Bellagio



Project-Ko-Vorsitzende, Helle Thorning-Schmidt und Anthony Giddens, in London



Mitglied der Arbeitsgruppe Rocio Martinez-Sampere in Madrid



Projektteilnehmer und Mitglieder der Arbeitsgruppe Nils Gilman, Mario Monti und Jamie Susskind in Bellagio

1



## ABSCHNITT EINS

---

# ERNEUERUNG SOZIALER ZUSAMMENHALT

---

**Sozialer Zusammenhalt** /'so-tzia- ler/ · /'tsu-sam-men-halt/

1. Der Zustand des Seins für eine politische Gemeinschaft, in der Mitglieder einer Gruppe oder Gesellschaft eine grundlegende Auffassung voneinander als eine Schicksalsgemeinschaft teilen, die sich an einer Reihe allgemeiner Werte und Regeln orientiert.
2. Eine notwendige Voraussetzung für einen politischen Kompromiss.
3. Eine neue Art sozialer Solidarität, die unsere multikulturellen, pluralistischen und diversen Gesellschaften umarmt.
4. Nicht immer ist eine Zustimmung oder die Verneinung tief verwurzelter Identitäten, Philosophien oder Überzeugungen erforderlich, sondern eher werden die Fähigkeiten ermöglicht, trotz Unterschieden einen konstruktiven und kollektiven Dialog aufrechtzuerhalten.

Demokratie ist ein chaotischer, lauter Prozess, der durch die wachsende Vielfalt unserer Gesellschaften noch verstärkt wird. Die Wahrung der Werte von Inklusion und Entscheidungsfreiheit bedeutet, die ethnische und religiöse Toleranz zu fördern, Einwanderer willkommen zu heißen und neue Arten von Identität zu integrieren - all dies bringt mehr Stimmen ins System. Während diese Vielfalt eine Stärke ist und angenommen und gefeiert werden sollte, ist sie gleichzeitig eine potenzielle Achillesferse des sozialen Zusammenhalts in einer Zeit wachsender Unsicherheit.

Es ist eine Wahrheit der menschlichen Natur, dass Angst und Besorgnis in einer Zeit dramatischer Veränderungen zunehmen. Wie oben dargelegt, erleben wir eine Zeit tiefgreifender wirtschaftlicher, technologischer, sozialer und kultureller Änderungen, die zusammengenommen eine zunehmende Anzahl von Bürgern für Manipulationen derjenigen anfällig machen, die versuchen, die „Anderen“ für dieses Unglück verantwortlich zu machen. Ob es die Elite ist, die die Globalisierung zu ihren Gunsten manipuliert hat, Migranten, die terroristische Bedrohungen darstellen, oder ethische Minderheiten, die auf Kosten einer anderen Gruppe besondere Unterkünfte erhalten, der Sündenbock und die Anstiftung zum Tribalismus sind zu einer bevorzugten politischen Taktik geworden, insbesondere unter den aufstrebenden Autoritären. Andere verachtenswerte Akteure einschließlich feindlicher Staaten, heizen die parteilichen und sozialen Spaltungen weiter an, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen.

Die sozialen Medien haben diesen Akteuren leistungsstarke Instrumente zur Verfügung gestellt, um die anfälligen und vertieften Spaltungen anzugehen, die soziale Fragmentierung zu verschärfen und zu Angst und Depression beizutragen. Eine vom Berggruen-Institut und Respondi UK durchgeführte Meinungsumfrage zum Thema „Soziale Medien und die Störung der Demokratie“ hat ergeben, dass ein starker Zusammenhang zwischen Depression, der Nutzung sozialer Medien und politischer Radikalisierung besteht.<sup>35</sup>

Der Aufbau des sozialen Zusammenhalts erfordert heutzutage sehr bewusste Anstrengungen. Dies ist nicht der soziale Zusammenhalt der Vergangenheit, als die wenigen, die wirklich Macht und Entscheidungsfreiheit hatten, ein Zugehörigkeitsgefühl teils und sich darüber einig waren, was getan werden musste. Die gegenwärtige Solidarität wird aus einer Notwendigkeit heraus in unserer Zeit geschmiedet, in der unsere Gesellschaften vielfältiger sind, Identität zunehmend jenseits geographischer Aspekte definiert wird und wir alle erwarten, dass wir dabei eine Stimme haben. Wir müssen trotz unterschiedlicher Werte und Meinungen, Hintergründe und Weltanschauungen sozialen Zusammenhalt schaffen.



Um dies zu erreichen, müssen wir unseren verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl der Pflicht und Verpflichtungen vermitteln, das auf einem starken Gefühl eines gemeinsamen Schicksals beruht. Dieses Gefühl eines gemeinsamen Schicksals ist ein minimal tragfähiges Produkt des sozialen Zusammenhalts, der erforderlich ist, um einen politischen Kompromiss in einer pluralistischen und sich rasch verändernden Gesellschaft zu erreichen. Der Einzelne muss sich einer Pflicht verpflichtet fühlen, die aus der Staatsbürgerschaft in einer diversen Nation hervorgeht, sich gegenseitig zu verstehen, einen konstruktiven Dialog mit denen zu führen, die seine Überzeugungen nicht teilen, und Meinungsverschiedenheiten aufrechtzuhalten, während er weiterhin Probleme löst.<sup>36</sup> Trotz unserer Diversität, Ängste, Werte und Ressentiments müssen wir unser gemeinsames Schicksal erkennen und annehmen, um ein neues Gefühl der Solidarität zu finden, das an unsere Zeit angepasst ist. Diese neue Solidarität mag pragmatischer sein als die, die die Gemeinschaft in der Vergangenheit zusammengehalten hat, aber sie passt zu einem diversen, pluralistischen und inklusiven System, das eine verbesserte Handlungsmacht unterstützt.

Dieses neue Ideal der Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Fähigkeiten, nicht einverstanden zu sein, müssen in unserem

Durch die Schaffung von Möglichkeiten für Menschen, zusammenzukommen und zu lernen, wie man über verschiedene Arten von Unterschieden hinweg zusammenarbeitet, werden widerstandsfähigere Gemeinschaften geschaffen.

Bildungssystem eingebettet und durch neue Institutionen unterstützt werden. Durch die Schaffung von Möglichkeiten für Menschen, zusammenzukommen und zu lernen, wie man über verschiedene Arten von Unterschieden hinweg zusammenarbeitet, werden widerstandsfähigere Gemeinschaften geschaffen. Beim Aufbau dieser

<sup>35</sup> Matthew Browne und Jennifer Roberton, "Social Media and the Disruption of Democracy," Esomar, 8. September 2019, <https://ana.esomar.org/documents/social-media-and-the-disruption-of-democracy-10732>.

<sup>36</sup> Mary Scudder, *Beyond Empathy and Inclusion: The Challenge of Listening in Democratic Deliberation* (Oxford: Oxford University Press, 2020); Mary Scudder, "Beyond Empathy: Strategies and Ideals of Democratic Deliberation," *Polity* 48, Nr. 4 (November 2016).

neuen bürgerlichen Architektur gibt es viel aus bereits laufenden Programmen zu lernen - neue Programme, die ehrliche Gespräche und notwendige Maßnahmen über Unterschiede hinweg fördern sollen, einschließlich Better Angels und Patriots & Pragmatists in den USA und My Country Talks in Deutschland.<sup>37</sup> Diese Programme haben den Hunger nach Verständnis und gemeinsamer Arbeit unter unseren Mitbürgern aufgezeigt. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Art von menschlichem Kontakt und Verbindung im großen Maßstab herzustellen und sie für Maßnahmen zu nutzen. Natürlich sollte ein solcher Prozess auch eine kontinuierliche Erneuerung beinhalten: wie die Experimente im Werk Hawthorne zeigen, können Änderungen an Routinen kurzfristige Vorteile und Verbesserungen bringen, wenn Menschen erkennen, dass sie beobachtet werden, aber diese können verloren gehen, sobald solche Aktivitäten zur Norm werden.<sup>38</sup>

Es folgt eine kurze Beschreibung unserer beiden wichtigsten politischen Empfehlungen zum Aufbau von Solidarität und zur Erneuerung des sozialen Zusammenhalts - die Ausweitung von Bürgerdiensten und die Erneuerung der bürgerlichen Bildung und des Dialogs - die beide im Anhang näher ausgeführt werden:

**Ausbau von Bürgerdiensten** - Ein Programm zur Einschreibung für junge Menschen in Bürgerdienstprogramme nach Abschluss der Grundausbildung. Das wäre eine Gelegenheit, ihre Bindung an lokale Gemeinschaften und zu anderen jungen Menschen, denen sie normalerweise nicht begegnen würden, zu stärken und Fähigkeiten zu erwerben, die ihnen bei ihrer Arbeit und im Erwachsenenleben helfen.

Zwar wird ein verstärkter Bürgerdienst von einer Vielzahl von Befürwortern in den USA und in Europa, darunter Präsident Macron, Premierminister Trudeau und andere, als eine Lösung für einige der Herausforderungen der Demokratie propagiert, aber er wurde nicht vollständig als Reaktion auf den Mangel an sozialem Zusammenhalt sowie ökonomischer, politischer und sozialer Ausgrenzung formuliert, die die politische Landschaft im Zeitalter der Digitalisierung bestimmen. Die Reaktion auf das digitale Zeitalter muss analoge Bemühungen um sozialen Zusammenhalt beinhalten. Ein obligatorischer Bürgerdienst auf nationaler, staatlicher oder lokaler Ebene würde junge Menschen (und andere) offline zusammenbringen. Ein solcher Dienst würde den Teilnehmern nicht nur die Möglichkeit bieten, sich gegenseitig kennenzulernen, voneinander zu lernen und ein breiteres Wissen über die Gesellschaft und ihre Mitbürger zu pflegen, sondern ihnen auch beibringen, wie sie mit anderen zusammen auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, Fähigkeiten aufzubauen, die der Gesellschaft und ihrem eigenen Leben, ihrer Führung und ihrer Karriereentwicklungen zugute kommen. Letztendlich wäre es eine Gelegenheit, einige der Hindernisse, die zurzeit die Bevölkerung spalten, abzubauen und über solche Unterschiede hinweg zusammenhängende Bindungen aufzubauen.

Der Bürgerdienst bildet ein Eckpfeilerprogramm, das von Demokratien übernommen werden kann, um einige der größten

Herausforderungen zu bewältigen, denen wir gegenüberstehen. Für eine maximale Effektivität sollte der Bürgerdienst (1) für junge Menschen obligatorisch und für alle Bürger zugänglich sein (um Stigmatisierungen zu vermeiden), (2) meine zahlreichen Stakeholder unterstützen, (3) lokal betrieben und geleitet werden und (4) auf Integration und Fortschritt abzielen, was insbesondere marginalisierte Gemeinschaften und diejenigen betrifft, die sich zurückgelassen fühlen. Wie Martin Moore in seiner Empfehlung feststellt, kann ein Bürgerdienst auch angepasst werden, um eine der dringendsten Herausforderungen von heute zu bewältigen - den Klimawandel - und so dazu beitragen, die Energie der heutigen Jugend in Richtung positiver Maßnahmen und praktischer Lösungen zu lenken.

**Politische Bildung und Dialog** - Neue Programme zur politischen Bildung würden den Menschen die Kompetenz geben, Informationen im digitalen Zeitalter kritisch zu beurteilen, und Normen des kritischen Dialogs einführen. Diese sollten mit moderierten Plattformen abgeglichen werden, damit die Teilnehmer auf der Grundlage hochwertiger Informationen auf positive Weise miteinander interagieren können.

Es besteht ein offensichtlicher Bedarf an neuen Wegen der staatsbürgerlichen Bildung und des Dialogs, die über traditionelle Klassenzimmer und Online-Plattformen hinausgehen, wie Mary Scudder in ihren beigefügten Empfehlungen feststellt. Digitale Medien haben die Informationslandschaft radikal verändert und riesige neue Plattformen für Dialog und Beratung geschaffen. Wir lernen immer noch, wie wir durch diese Landschaft navigieren.

Im gesamten Westen gab es, insbesondere bei den überraschenden und stark polarisierenden Wahlergebnissen in den US-Wahlen 2016 und dem Brexit, eine Zunahme von Initiativen, die den Bürgern helfen sollen, trotz tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten schwierige Themen zu diskutieren, und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich besser zu verstehen, konstruktiv anderer Meinung zu sein und uneingeschränkt an der Demokratie teilzunehmen. Es besteht Bedarf dafür, solche neuen Initiativen für Online- und Offline-Diskussionen, Beratungen und Debatten in allen Gemeinschaften und in allen Altersgruppen zu schaffen, um das Verständnis für die besten Traditionen und vielfältigen Erfahrungen unserer Demokratien zu fördern.

**Digitale Medien haben die Informationslandschaft radikal verändert und riesige neue Plattformen für Dialog und Beratung geschaffen. Wir lernen immer noch, wie wir durch diese Landschaft navigieren.**

<sup>37</sup> Better Angels: <https://www.better-angels.org/>; Patriots and Pragmatists in America: <https://www.pritzkerinnovationfund.org/>; My Country Talks: <https://www.mycountrytalks.org/>

<sup>38</sup> "The Hawthorne Effect," Harvard Business School, Zugegriffen am 5. Oktober 2019, <https://www.library.hbs.edu/hc/hawthorne/09.html#nine>.

2

SKOLSTREJK  
FOR  
KLIMATET

AU LAC  
ON AGIT  
OU BIEN?

## ABSCHNITT ZWEI

# WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM DIGITALEN ZEITALTER

**Öffentlicher Raum** /'əfənt-li-čək/ · /'raʊm/

1. Ein physischer oder virtueller Raum, in dem verschiedene Mitglieder einer Gemeinschaft Ideen sammeln, austauschen und miteinander teilen und die Entscheidungsfindung in der Gemeinschaft erleichtern können.
2. Der Bereich der öffentlichen Meinung, der von vermittelnden Institutionen wie Journalismus, sozialen Medien und akademischer Forschung geprägt wird.
3. Ein grundlegender Aspekt der Demokratie - ohne einen gesunden öffentlichen Raum wird die demokratische Debatte untergraben.

Die Auswirkungen der digitalen Revolution auf die Demokratie zu bewerten, ist eine komplexe Aufgabe, aber es ist klar, dass die sozialen Medien den alten öffentlichen Raum der persönlichen Interaktion und der Massenmedien weitgehend in einen vernetzten und fragmentierten Raum verwandelt haben. Die Herausforderung besteht nun darin, einen gemeinsamen Raum für Überlegungen und Diskurse auf der Grundlage vertrauenswürdiger Informationen inmitten dieser Konnektivität zu schaffen.

Einerseits hat es die Macht der Kommunikation demokratisiert und die Meinungsfreiheit in einem Ausmaß freigesetzt, wie es vor 15 Jahren noch unvorstellbar war. Wo früher die Medien weitgehend von einer kleinen redaktionellen Elite kontrolliert wurden, die überwiegend aus weißen Männern bestand, kann heute jeder, der Zugang zum Internet hat, seine Gedanken und Ideen der Welt mitteilen und historisch marginalisierten Gemeinschaften eine Stimme geben. Das hat zur Stärkung moderner sozialer Bewegungen von Black Lives Matters bis zu #MeToo geführt. In der Tat hat das Aufkommen digitaler Technologien den Raum für Chancen geschaffen und die Nachfrage nach einer stärkeren Beteiligung angetrieben, die im Mittelpunkt dieses Projekts steht.

Andererseits ist eine offene Informations- und Kommunikationsumgebung auch mit Kosten verbunden. Die Abwesenheit von Weichenstellern, die für die Qualität der Informationen verantwortlich sind, hat das System mit schlechten und absichtlich irreführenden Informationen und Verschwörungstheorien überflutet. Darüber hinaus erledigen dies die leistungsfähigen Algorithmen, die Informationen gezielt verteilen und so effektiv einen anderen Realitätssinn unter den Menschen derselben Gemeinschaft erzeugen. Die Konsequenz ist eine soziale Fragmentierung. Schlimmer noch sind die Hypertargeting-Funktionen dieser Plattformen, wenn sie in die falschen Hände gelangen. Bösartige Akteure mit verachtenswerten Absichten haben gelernt, das System zu verwenden, um Individuen und Gemeinschaften mit gemeinsamen Interessen systematisch zu manipulieren. Während die sozialen Medien und das breiter aufgestellte Medienumfeld im Allgemeinen nicht für die gegenwärtigen Spaltungen in der Gesellschaft verantwortlich sind, verschärfen sie diese Spaltungen trotzdem und



erleichtern ihre Nutzung.

Während die Anzahl der Nachrichten exponentiell zugenommen hat und sich unterschiedlich auf die Qualität auswirkt, hat die Geschwindigkeit, mit der sich Nachrichten verbreiten, ebenfalls rapide zugenommen und ist nun wirklich von globaler Natur: Im Durchschnitt teilen Snapchat-Nutzer 527.760 Fotos pro Minute, YouTube-Nutzer sehen sich 4.146.600 Videos an, Twitter-Nutzer senden 456.000

Wir leben heute nicht nur im sprichwörtlichen neuen 24/7-Nachrichtenzyklus, sondern auch in einem 60/60/24/7-Nachrichtenzyklus, der zusammen mit unseren kürzeren Aufmerksamkeitsspannen<sup>40</sup> selbst dazu beigetragen hat, dass es schwierig ist, tief und langfristig als eine demokratische Gesellschaft zu denken.

Tweets und Instagram-Nutzer veröffentlichen 46.740 Fotos.<sup>39</sup> (Tatsächlich wachsen diese Zahlen so schnell, dass sie bereits dramatisch angestiegen sind, während Sie das hier lesen.) Wir leben heute nicht

nur im sprichwörtlichen neuen 24/7-Nachrichtenzyklus, sondern auch in einem 60/60/24/7-Nachrichtenzyklus, der zusammen mit unseren kürzeren Aufmerksamkeitsspannen<sup>40</sup> selbst dazu beigetragen hat, dass es schwierig ist, tief und langfristig wie eine demokratische Gesellschaft zu denken.

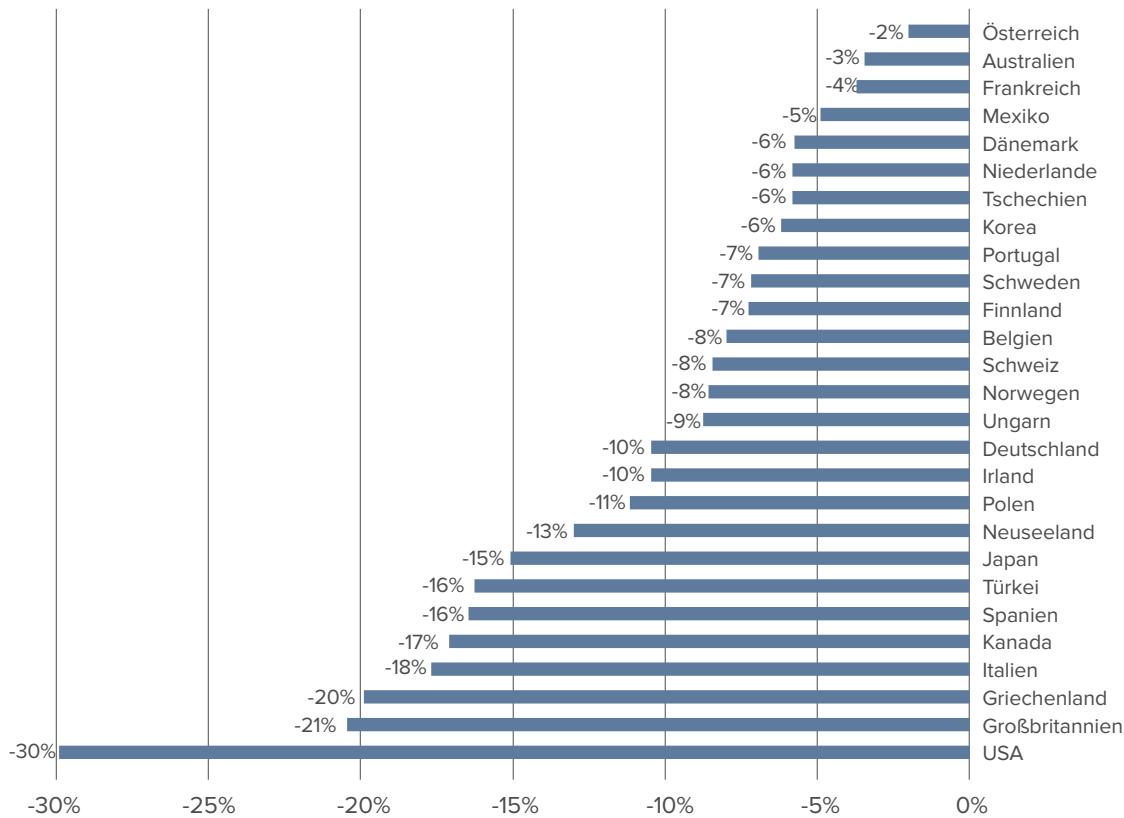
In der Tat hat das Aufkommen digitaler Technologien den Raum für Chancen geschaffen und die Nachfrage nach einer stärkeren Beteiligung angetrieben, die im Mittelpunkt dieses Projekts steht.

<sup>39</sup> Bernard Marr, "How Much Data Do We Create Every Day? The Mind-Blowing Stats Everyone Should Read," Forbes, 21.Mai 2018, <https://www.forbes.com/sites/bernardmarr/2018/05/21/how-much-data-do-we-create-every-day-the-mind-blowing-stats-everyone-should-read/#64a5a4cc60ba>.

<sup>40</sup> Sukhpreet K. Tamana et al., "Screen-time is associated with inattention problems in preschoolers: Results from the CHILD birth cohort study," PLOS Eins, 17. April 2019, <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0213995>.

## EINSCHÄTZUNG DES RÜCKGANGS DES ZEITUNGSMARKTES IN DEN OECD-LÄNDERN

2007-2009 (in Prozent) – Abbildung 2 in der Studie



Quelle: OECD, Working Party on the Information Economy, "The Evolution of News and the Internet," OECD, (Paris, 2010).

Dieser Trend wurde durch den Rückgang sowohl der journalistischen Normen (siehe denn Aufstieg von Fox News) als auch des lokalen Journalismus noch verstärkt. Zwischen 2004 und 2018 wurden 1800 Zeitungen in den Vereinigten Staaten geschlossen oder zusammengelegt<sup>41</sup> und 245 lokale Tageszeitungen wurden im gleichen Zeitraum geschlossen.<sup>42</sup> In Großbritannien haben seit 2015 über 300 Zeitungen geschlossen,<sup>43</sup> während in Australien über 3000 Journalisten ihre Arbeit verloren haben.<sup>44</sup> Ähnliche Rückgänge wurden aus den OECD-Ländern berichtet.<sup>45</sup>

Diese Veränderung wurde durch den Aufstieg digitaler Mega-Konzerne ermöglicht, die sich nicht nur massiv auf das Nachrichtenumfeld, sondern auch auf allgemeine Aspekte der Weltwirtschaft auswirken. Diese Unternehmen sind entweder Monopole oder beinahe Monopole und haben einen Umfang und eine Eindringlichkeit mit wenig historischem Vergleich.

Informationen haben gewissermaßen dieselbe Revolution durchlaufen

wie einst die Ernährung. Während für die durchschnittliche Bevölkerung Lebensmittel früher ein knappes Gut waren und die große Gefahr der Hunger war, gibt es heute im größten Teil des Westens reichlich Lebensmittel, und die größte Gefahr ist Fettleibigkeit. In ähnlicher Weise waren Informationen früher ein knappes Gut, das per Broschüre oder in späteren Formen über Rundfunktechnik wie Telegraphen, Zeitungen, Radio und Fernsehen von Hand zu Hand weitergegeben werden musste. Mit dem Internet und den enormen Mengen an Information, die dort produziert und verbreitet werden, hat sich die Gefahr jedoch von Informationsmangel zu Informationsüberfluss gewandelt. In dieser modernen digitalen Welt scheinen Junk News genauso verbreitet zu sein wie Junk Food.<sup>46</sup> Die Mehrheit der Bürger erhält jetzt Nachrichten von Plattformen, die nicht dafür ausgelegt sind, diese zu liefern, sondern um die Aufmerksamkeit zu maximieren, die wir ihnen schenken, indem wir unsere Emotionen und zu oft unser Gefühl der Empörung aussprechen.

<sup>41</sup> Penelope Abernathy, "The Expanding News Deserts", University of North Carolina, School of Media and Journalism, <https://www.usnewsdeserts.com/reports/expanding-news-desert/>.

<sup>42</sup> Freddy Mayhew, "UK Local Newspaper Closures: Net Loss of 245 Titles since 2005, New Press Gazette Research," Press Gazette, 11. Februar 2019, <https://www.pressgazette.co.uk/more-than-40-local-news-titles-closed-in-2018-with-loss-of-some-editorial-275-jobs-new-figures-show/>.

<sup>43</sup> Regierung von Großbritannien, Abteilung für Digitales, Kultur, Medien und Sport, "The Cairncross Review: A Sustainable Future for Journalism," (London: Regierung von Großbritannien, 2019).

<sup>44</sup> Common Wealth von Australien, Senat, "Select Committee on Future of Public Interest Journalism," (Sydney: Regierung von Australien, 2018).

<sup>45</sup> OECD, Working Party on the Information Economy, "The Evolution of News and the Internet," OECD, (Paris, 2010).

<sup>46</sup> Martin Moore, *Democracy Hacked: Political Turmoil and Information Warfare in the Digital Age* (London: Oneworld Publications, 2018).



Die expansive Reichweite dieser Plattformen wurde teilweise so schnell erreicht, weil sie nicht durch Vorschriften eingeschränkt wurden. Ähnlich wie in anderen Industrien, wie etwa für Pharmazeutika oder Printmedien im 19. Jahrhundert, war es nur eine Frage der Zeit, bis bösartige Akteure den Raum betrat und Wege fanden, ihn auszunutzen, um die Schutzlosen auszubeuten. Wie schon damals ist es Zeit für Gesellschaften, die von Regierungen und Plattformen angeleitet werden, zusammenzuarbeiten, um Wege zu finden, mit denen die Vorteile bewahrt werden und die potenziellen Schäden dieser digitalen Welt aktiver bewältigt werden können. Diese Maßnahmen sollten den Aufbau öffentlicher freundlicher digitaler Räume beinhalten, die die Neuausgabe hochwertiger lokaler Nachrichten sowie die Suche nach einem neuen Regulierungsrahmen säen.

In Bezug auf diesen letzten Punkt ist es wichtig, dass wir uns der Notwendigkeit bewusst bleiben, die Meinungsfreiheit zu schützen, die die digitale Welt so verbessert hat. Wir sollten daher vorsichtig vorgehen und sicherstellen, dass unsere Handlungen die Sprache nichtzensieren oder die Befugnis, zu bestimmen, welche Sprache akzeptabel ist, in den Händen der Regierung liegt.

Um diese Agenda voranzutreiben, geben wir drei Empfehlungen ab, die im Folgenden und in den Anhängen ausführlicher vorgestellt werden: die Anwendung einer Richtlinie zur „Sorgfaltspflicht“ auf Social Media-Plattformen, eine Steuer auf Plattformen zur Finanzierung des lokalen Journalismus und die Einrichtung einer Reihe neuer Prinzipien für einen Journalismus von öffentlichem Interesse. Darüber hinaus gibt es ein Diskussionsdokument über die Komplikationen bei der Anwendung der US-Kartellgesetze zur Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Regierungen und Plattformen.

**Eine Sorgfaltspflicht für Social Media-Plattformen** - Wie die inhaltlichen Richtlinien für die meisten Social Media-Plattformen zeigen, haben sie eine gewisse Sorgfaltspflicht für die von ihnen erstellten öffentlichen Räume übernommen. Das zeigt sich an der Masse an Inhalten, die täglich entfernt werden. Eine Plattform hat weitere Schritte unternommen und die Schaffung eines unabhängigen Aufsichtsgremiums angekündigt, das die schwierigsten Moderationsentscheidungen

handhabt. Die Weltgemeinschaft sollte diese Schritte begrüßen, aber es wird auch immer deutlicher, dass irgendeine Art von öffentlicher Regulierung eine Rolle bei der Festlegung klarerer Parameter im öffentlichen Interesse spielt. Seit Hunderten von Jahren gibt es Regulierungssysteme, die sich mit von Unternehmen verursachten Schäden für die Gesellschaft befassen, und es ist nicht unangemessen, dass Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, vernünftigerweise praktikable Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Menschen zu vorhersehbaren und vermeidbaren Schäden kommen.

Was eine Person bei der Nutzung von Social Media sieht, hängt hauptsächlich vom eigenen Design ab. Es ist aber auch richtig, dass das die Plattform betreibende Unternehmen die Bekanntheit und das Ranking von Inhalten durch ihre Nutzungsbedingungen, die Software und die Algorithmen beeinflusst, die priorisieren, was gesehen wird und welches Ausmaß dies hat. Zum Beispiel kann eine erweiterte Richtlinie zur Sorgfaltspflicht eine größere Transparenz dazu erforderlich machen, wie Inhalte eingestuft und priorisiert werden und welche Art von Auswahl durch die Algorithmen generiert werden. Ein weiteres Beispiel könnte darin bestehen, dass Hyper-Targeting gefährdeter Gruppen in einem Moment besonderer Schwäche zu verhindern und auslösende oder negative Inhalte zu veröffentlichen, die auf im Entzug befindliche Drogenabhängige oder Menschen mit Depressionen abzielen. Die Regulierungsbehörden und die Plattformen müssen zusammenarbeiten, um vorhersehbare und vermeidbare Schädigungen zu ermitteln, und um die Ressourcen zu ermitteln, die zum Schutz dieser Bürger erforderlich sind. Dieser Ansatz ist weit entfernt von staatlicher Zensur oder dem, was in der Rundfunk- und Presseregulierung zu sehen ist. Eine Inhaltsregulierung wird ausdrücklich zugunsten einer Fokussierung auf Systeme und Funktionen ausgeschlossen. Dieser Ansatz könnte die Grundlage für ein transnationales Regulierungssystem sein, das von einer unabhängigen Stelle unterstützt wird, die in der Lage ist, Plattformen zu sanktionieren, die die Richtlinien zur Sorgfaltspflicht nicht angemessen anwenden.



NothingsEverything / Shutterstock.com



UNten Links: Paris, Frankreich - 19. Mai 2018. Eine Guy Fawkes-Maske, ein sehr bekanntes Symbol der Online-Hacker-Gruppe Anonymous. NeydtStock / Shutterstock.com

UNten Mitte: Manchester, New Hampshire, Vereinigte Staaten - 10. Februar 2020. Demobesucher machen Handy-Fotos auf einer Demonstration für US-Präsident Donald Trump. Arena KelseyJ / Shutterstock.com

UNten Rechts: Frankfurt, Deutschland - 29. Juni 2019. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Sergio Delle Vedove / Shutterstock.com



### Zufallsgewinnsteuer für Social Media-Giganten zur Finanzierung des lokalen Journalismus - um damit den nahezu vollständigen Zusammenbruch der Mechanismen zum öffentlichen Erzählen von Geschichten und zur Verantwortlichkeit ganzer Gemeinschaften zu korrigieren.

Damit der lokale Journalismus in diesem neuen digitalen Zeitalter gedeihen kann, müssen einige Änderungen sowohl an den Geschäftsmodellen der lokalen Nachrichtenredaktionen als auch an den Ökosystemen vorgenommen werden, in denen sie tätig sind, wie Tom Steinberg feststellt. Es besteht die Notwendigkeit, die Einnahmequellen der Nachrichtenredaktionen zu erweitern, Knotenpunkte für Netzwerke zwischen und unter den lokalen Redaktionen und zwischen nationalen Redaktionen einzurichten, neue Kommunikationstechnologien in Berichtsdienste und -produkte zu integrieren, Online-Ökosysteme zu transformieren sowie Angebot und Nachfrage nach lokalem Journalismus zu stärken.

Eine Zufallsgewinnsteuer auf Social Media-Plattformen, die einen zunehmenden Anteil an Werbeeinnahmen angehäuft haben, die früher traditionellere Ressourcen finanzierten, könnten zur Finanzierung und Erleichterung dieses Übergangs beitragen. Um sicherzustellen, dass solche Mittel mit Bedacht eingesetzt werden, ist es jedoch auch wichtig, die Grundsätze festzulegen, für die Medienprojekte von öffentlichem Interesse unterstützt werden.

### Festlegung von Prinzipien für neue Medien von öffentlichem Interesse im digitalen Zeitalter - um sich der Herausforderung der Kommunikation im digitalen Zeitalter zu stellen und die zentrale Rolle der vierten Gewalt in der Demokratie zu gewährleisten, sollten eine Reihe von Prinzipien für neue Medienorganisationen von öffentlichem Interesse und neue journalistische Initiativen definiert werden.

Emily Bell und Karen Kornbluh merken in ihren Empfehlungen an, dass dieser Ansatz weder versuchen würde, die Uhr zurückzudrehen und die Institutionen zu finanzieren, die in der Zeit vor der sozialen Medien vorherrschten, noch einen neuen öffentlichen Nachrichtendienst wie die BBC in Großbritannien zu

erschaffen. Stattdessen würde er sich auf die Schaffung eines Fonds für Medien von öffentlichem Interesse konzentrieren. Anbieter, die die Standards für unabhängigen, lokalen und glaubwürdigen Journalismus erfüllen, wären förderwürdig. Ein Paket möglicher Standards ist der Prinzipien-Kodex, der vom International Fact-Checking Network verwendet wird: Verpflichtung zur Überparteilichkeit und Fairness, Transparenz der Quellen, Transparenz der Finanzierung und Organisation, Transparenz der Methodik sowie offene und ehrliche Korrekturrichtlinien.

In Europa und den Vereinigten Staaten analysieren Wissenschaftler zunehmend die Wettbewerbspolitik, und das Kartellrecht kann auf digitale Plattformen angewendet werden, von dem viele behaupten, dass es ein zentrales Instrument zur Bekämpfung der Bedrohung der Demokratie durch Social Media-Plattformen werden könnte. Obwohl die Größenordnung eine klare Herausforderung für die Fähigkeit einer Regierung darstellt, ist nicht klar, wie sie aufgelöst werden könnten oder wie dies die Demokratie stärken könnte. Wie Francis Fukuyama in seinem Diskussionspapier erläutert, ist das derzeit geltende überlieferte Wettbewerbs- und Kartellrecht unangemessen und muss - wie in vielen Rechtsbereichen - angesichts der technologischen Veränderungen überdacht werden.

Andere Möglichkeiten zur Begrenzung der Skalierbarkeit können darin bestehen, die Übernahme von Start-ups durch große Plattformen einzuschränken und ihnen den Zugang zu Parallelmärkten zu verbieten oder den Wettbewerb beispielsweise durch Datenübertragbarkeit zu erhöhen. Außerdem können Datenschutzregeln dafür genutzt werden, das Ausmaß zu begrenzen, in dem Plattformen die von ihnen gespeicherten Verbraucherdaten zu Geld machen können, oder denen ihre Eigentumsrechte an diesen Daten genommen werden und an die Benutzer zurückgegeben werden können, von denen sie ursprünglich generiert wurden. Bevor wir jedoch Maßnahmen zur Bewältigung der Größenordnung einleiten, sollten wir die Kosten und den Nutzen eingehend prüfen, wenn wir weniger Unternehmen haben, mit denen wir arbeiten und die wir regulieren und beobachten können.

3



ABSCHNITT DREI

---

# RENOVIERUNG DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN

---

## **Institution** /ɪn'sɪtʃu:zɪon/

1. Eine Organisation, Einrichtung, Stiftung oder Gesellschaft, die als Vermittler unter Bürgern und zwischen Bürgern und Mächten (staatlich und anderweitig) dient und so dem demokratischen Prozess dient.
2. Ein Brauch, eine Norm oder ein Wert, der die Bürger zusammenhält, ein wirksames kollektives Handeln ermöglicht und gleichzeitig die Tyrannei der Gruppen begrenzt und so die Rechte aller Bürger schützt.
3. Ein wesentlicher Bestandteil zur effektiven Bewältigung von Veränderungen in verschiedenen Wahlkreisen.

Ein wesentlicher Effekt des raschen, scheinbar unkontrollierten Wandels und der stagnierenden wirtschaftlichen Umstände der Mittelschicht ist, dass das Vertrauen der Bürger in die Regierung zurückgegangen ist und das Vertrauen in die repräsentative Demokratie schwankt. Gleichzeitig haben neue digitale Technologien die Landschaft des Möglichen mit Plattformen verändert, die ein Echtzeiterlebnis bieten, das auf die Bedürfnisse des Nutzers zugeschnitten ist. Es ist möglich, dass die Technologie eine ähnliche Benutzerfreundlichkeit und eine maßgeschneiderte Erfahrung im bürgerlichen Leben des Einzelnen ermöglicht.



Sowohl die Frustration über die derzeitigen Regierungsinstitutionen als auch die Chancen, die die Technologie bietet, führen zu einer neuen Nachfrage nach einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit an demokratischen Entscheidungen. In reifen Demokratien in Europa und den USA sind Referenden immer häufiger geworden - und disruptiv. Wir haben ihre Auswirkungen in verschiedenen Bürgerinitiativen in Kalifornien, anderen US-Staaten, in Großbritannien und Italien gesehen. In anderen Ländern haben politische Parteien wie Syriza in Griechenland und die Piratenparteien in ganz Europa versucht, etablierte Rivalen zu stürzen, indem sie eine stärkere Beteiligung der Bürger versprachen - auch wenn ihre Versprechen oft weit hinter der Realität zurückbleiben.

Es gibt bereits gute Beispiele für zwischengeschaltete öffentliche Plattformen. Obwohl Wikipedia eine große Leserschaft hat, nimmt tatsächlich ein sehr kleiner Teil der Benutzer die überwiegende Anzahl an Änderungen vor. Diese Benutzer umfassen eine Mischung aus inhaltlichen Experten und Benutzern, die Experten für die Verfahren und die Stilanleitung von Wikipedia sind. In anderen Fällen ist eine große Teilnehmeranzahl an der Bereitstellung von Beiträgen beteiligt, aber die Entscheidungsfindung liegt immer noch in den Händen einiger weniger Bürger oder gewählter Beamter. In Taiwan konnte ein Bürgerengagement unter dem Namen vTaiwan beispielsweise durch Crowdsourcing-Ideen und die Nutzung von Online-Plattformen einen Konsens und Kompromiss in Bezug auf die Vorschrift von Uber erzielen. Während der Online- und Offline-Diskussionen wurde eine neue Technologie eingesetzt, um sicherzustellen, dass die Beratungen transparent und öffentlich zugänglich waren. Tatsächlich wurden sogar die Diskussionen zwischen Uber, Taxifahrern und der Regierung live übertragen.

In all diesen Fällen besteht der Trick darin, die richtige Art von Technologie-Plattformen für die Aufgabe zu entwerfen und sie mit politischen Offline-Institutionen zu verbinden. Jede Phase der Entscheidungsfindung, von der Identifizierung bis zur Bewertung von Problemen, erfordert unterschiedliche Formen von Informationen

und Maßnahmen. Um ein Problem richtig zu identifizieren, ist es am besten, einen umfassenden Beitrag von einer breiten und diversen Gruppe von Mitgliedern der Gesellschaft sicherzustellen. Für die Lösung von Problemen sind jedoch Zeit und Fachwissen nötig. Die besten Crowdlaw-Projekte bieten verschiedene Arten der Teilnahme— einschließlich Konsultationen, Wettbewerben und Bürgerhaushalten.

## PARTIZIPATION OHNE POPULISMUS

Um den Misstrauensbruch zwischen den Institutionen der Selbstverwaltung und der Öffentlichkeit zu beheben, schlagen wir eine Kerninnovation vor— „Partizipation ohne Populismus“—, die soziale Netzwerke integriert und der wachsenden Vorliebe für direkte Demokratie durch neue Vermittlungsinstitutionen Rechnung trägt, die die repräsentative Demokratie vervollständigen.

Da soziale Netzwerke mehr Akteure als je zuvor auf der Suche nach einer direkten Stimme in den politischen Kampf hineingezogen haben, war das Bedürfnis nach einem Gegengewicht zwischen unparteiischen Praktiken und Institutionen, die die Kakophonie von Stimmen, das Durcheinander von Interessenkonflikten und die große Flut umstrittener Informationen einordnen konnte.

Das große Versprechen einer robusten Bürgerbeteiligung liegt darin, innovative Lösungen für drängende öffentliche Anliegen zu entwickeln und die Sonderinteressen des Establishments der Insider zu durchbrechen, die tendenziell die repräsentative Demokratie dominieren. Ein solches verstärktes Engagement kann aber nur dann wirksam sein, wenn es über die Fähigkeit verfügt, Wissen und Fachwissen bei den Fragen einzubringen und gleichzeitig in institutionelle Regelungen eingebettet ist, die begründete Verhandlungs- und Kompromissprozesse ermöglichen und fördern. Kurz gesagt, eine effektive Bürgerbeteiligung beruht auf der Überlegung einer absichtlichen Überprüfung der falschen Behauptungen, Fehlinformationen, Intoleranz und des magischen Denkens, die häufig mit der sofortigen Verwässerung der vernetzten Volksstimmung einhergeht.

Wie Nathan Gardels in seinem ausführlichen Papier erklärt, besteht die Herausforderung für liberale Demokratien darin, die neuen technologischen Instrumente und innovativen Beratungsplattformen in ein neues hybrides politisches System zu integrieren, das sowohl direkte Demokratie als auch ein stärkeres Engagement der Bürger für ihre Regierungsvertreter umfasst. Dies beinhaltet:

- Innovative Praktiken wie „Crowdlaw“, die „Schwarmintelligenz“ durch vernetzte Beratung mobilisieren—wie der jährliche „Präsidentenchaftsmarathon“, der in Taiwan unter der Schirmherrschaft von Digitalministerin Audrey Tang stattfindet—um öffentliche Prioritäten zu registrieren und sowohl für die Regierenden als auch für Sponsoren von Bürgerinitiativen und Referenden die Agenda festzulegen;
- Interaktive Bürger-Software wie Lex Iscritti, die von der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien eingesetzt wird und es den Wahlkreisen ermöglicht, gesetzgeberische Maßnahmen direkt mit ihren gewählten Vertretern vorzuschlagen, zu überlegen und zu wiederholen;
- Bürgerversammlungen, politische Jurys und absichtliche Umfragen, bei denen zufällig ausgewählte Gruppen von Bürgern stellvertretend für die Gesamtbevölkerung zusammenkommen, auch durch Lotterie, die Pro und Contra-Argumente hören und mit überprüften Fakten konfrontiert werden, um einen Konsens über ein ausgewähltes Thema zu erzielen. Die Ergebnisse dieser Beratungen können als Empfehlungen an Gesetzgeber oder Wähler in einem Referendum dienen oder durch eine Ja- oder Nein-Stimme bindend sein;
- Der Bedarf für eine „zweite Lesung“ von Maßnahmen, die von Bürgern initiiert wurden, sowie von der Regierung gesponserte Referenden, bevor sie zur Abstimmung an die Wahlurne gehen.

- Schaffung einer Europäischen Bürgerversammlung als zweites Haus des Europäischen Parlaments. [Zwischenschritte zu diesem Ziel wären ein Bürgergesetz im Rahmen des aktuellen Prozesses der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), das eine Debatte und eine „vorläufige Abstimmung“ über das vorgeschlagene Thema im EU-Parlament vorschreibt (da das Parlament keine Gesetze einleiten kann, das kann nur die EU-Kommission). Darüber hinaus sollte die Kommission die Bereiche ihrer Zuständigkeit für Gesetzesvorschläge klar definieren und festlegen, und wenn die qualifizierten Unterschriften der EBI für eine Maßnahme innerhalb dieser Parameter einen bestimmten Schwellenwert erreichen, sollten sie als Reaktion auf den Vorschlag Rechtsvorschriften formulieren oder ein europaweites Referendum durchführen.]
- Digitale Technologie und Regierung: Integration der Lernalgorithmen der künstlichen Intelligenzen in die Praktiken der Beratung und Entscheidungsfindung sowie in die öffentliche Verwaltung und Strafverfolgung.

---

Einige Formen dieser Vorschläge werden bereits in den westlichen Demokratien umgesetzt, von Taiwan bis Kalifornien, von Irland bis zur Schweiz, von Island bis Chile. Da sie in den kommenden Jahren als Reaktion auf die Forderung nach einer inklusiveren Politik vergrößert werden, werden sie genauso integraler Bestandteil der Praxis der liberalen Demokratie sein wie es schon seit langem Wahlen sind.

---

## MÖGLICHER PROZESS DER „ZWEITEN LESUNG“

Bürgerversammlungen und Beobachtungsforen der oben genannten Art, um sowohl von der Regierung geförderte Referenden als auch Bürgerinitiativen zu erörtern;

Ermächtigung von Gesetzgebern, mit Sponsoren von Bürgern zu verhandeln, um die Verfassungsmäßigkeit ihrer vorgeschlagenen Maßnahmen zu überprüfen, Probleme zu beheben, unbeabsichtigte Konsequenzen zu entdecken und Änderungen im Einklang mit der Absicht des Sponsors vorzunehmen. Wenn eine Einigung für die Lösung des Problems durch Gesetzgebung erzielt wird, kann die Maßnahme des Bürgers zurückgezogen werden. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, kann der Gesetzgeber eine alternative, konkurrierende Maßnahme in die öffentliche Abstimmung aufnehmen, ohne die erforderlichen Unterschriften zur Qualifikation zu sammeln;

Eine Neukonfiguration des Oberhauses oder des Senats durch den Gesetzgeber als überparteiliches Gremium, das teilweise durch Sortierung und teilweise durch indirekt gewählte und ernannte Mitglieder auf der Grundlage von Erfahrung und Fachwissen ausgewählt wird (um es vor dem Druck besonderer Interessen im Wahlprozess zu schützen), um als primäre Institutionen für eine „nüchterne zweite Lesung“ von durch Bürgerinitiative initiierten Maßnahmen sowie Vorschlägen der Legislative des Unterhauses zu fungieren. Es wäre befugt, mit den Sponsoren der Bürger zu verhandeln, um eine gemeinsame Einigung zu erzielen oder eine konkurrierende Maßnahme auf den Stimmzettel zu setzen.



OBEN MITTE: Madrid, Spanien - 1. Dezember 2016. Digitalministerin Audrey Tang aus Taiwan. MediaLab Prado / David Fernández / LM OBEN RECHTS: London, Großbritannien - 19. April 2019. Von Unterstützern von Extinction Rebellion verwendetes Zeichen im Umweltprotest gegen den Zusammenbruch des Klimas. John Gomez / Shutterstock.com UNTEN LINKS: Die Arbeitsgruppe Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter nimmt an einem von Henry Jenkins, dem Forschungschef des Projekts, geleiteten Workshop des Civic Imagination-Projekts teil. UNTEN MITTE: Henry Jenkins von Civic Imagination lädt Francis Fukuyama und den Rest des der Arbeitsgruppe Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter ein, sich Alternativen zu aktuellen kulturellen, sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Bedingungen als Ausgangspunkt einer besseren Gesellschaft zu überlegen. Wie seine Forschung zeigt, kann man die Welt nur verändern, wenn man sich vorstellen kann, wie eine bessere Welt aussehen könnte. Eli Zatoranski / Eli Zatoranski Photographic UNTEN RECHTS: London, Großbritannien - 19. Oktober 2019. Frauen protestieren auf dem People's Vote-Marsch gegen den Brexit. Sandor Szmulko / Shutterstock.com

## FAZIT

Die Krise, in der sich die liberale Demokratie derzeit befindet, ist keine Ablehnung der Prinzipien der liberalen Demokratie, sondern vielmehr eine Enttäuschung darüber, dass die derzeitige Inkarnation dieses Regierungsmodells nicht in der Lage ist, neuen Herausforderungen zu begegnen und sich an die neuen Forderungen der Bürger nach mehr Entscheidungsfreiheit anzupassen.

Der Aufbau einer neuen Form der bürgerschaftlich engagierten Demokratie erfordert eine Reihe von Anpassungen an die derzeitige Ordnung, um neue Möglichkeiten für Partizipation und Beratung zu schaffen, die Bürger zu qualifizieren, den sozialen Zusammenhalt wieder herzustellen und den öffentlichen Raum für das digitale Zeitalter zu renovieren. Die oben skizzierten Empfehlungen sind illustrative Initiativen, die hervorheben, wie diejenigen, die liberale demokratische Werte durchsetzen und demokratische Institutionen anpassen wollen, die Reform befürworten könnten.

Wir hoffen, dass diese Vorschläge in den kommenden Monaten zu einer breiteren Debatte über die Zukunft der Demokratie beitragen werden, an der wir teilnehmen und die wir führen wollen.

# ANHANG

**27 | ANHANG A:**  
ERNEUERUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS

---

**31 | ANHANG B:**  
WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM  
DIGITALEN ZEITALTER

---

**39 | ANHANG C:**  
RENOVIERUNG DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN

**ANHANG A:**  
**ERNEUERUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS**

---

## JUGENDUMWELTDIENST (YES)

Martin Moore



Junge Menschen scheinen heute immer desillusionierter gegenüber der Demokratie zu sein und sich von der Mainstream-Politik zu entfremden. Gleichzeitig sind Jugendliche in allen Teilen der Welt zutiefst besorgt über das Klima und die ökologische Krise, mit denen der Planet und alle seine Völker derzeit konfrontiert sind. In den letzten zwei Jahren haben sie gezeigt, dass ihre Generation führend ist, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Eindämmung der Krise auf den Straßen, in den Sitzungssälen und in den Hallen der Macht zu ergreifen. Sie verurteilen außerdem ältere Generationen zu Recht dafür, dass sie bei der Entwicklung dringender, für diesen wachsenden planetarischen Notfall angemessener Lösungen „gescheitert“ sind. Dieses Scheitern geht über die notwendigen politischen, wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Änderungen hinaus.

Die regierenden Generationen haben es auch versäumt, den Jugendlichen tragfähige Handlungswege aufzuweisen, für die sie jetzt ihre Energie, Leidenschaft und Fähigkeiten für wegweisende und skalierende Lösungen nutzen und entwickeln können. Kurz gesagt, wir haben eine Herausforderung mit Input und Output, wenn es um junge Menschen, Demokratie und die Umwelt geht.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, schlage ich dem Berggruen-Institut die Einrichtung eines Jugendumweltdienstes (YES, Youth Environment Service) vor. Dieses Programm ist ein Reaktion sowohl auf den Klimanotstand als auch auf die zunehmende Fragmentierung und Entfremdung verschiedener Teile demokratischer Gesellschaften voneinander. Indem sie jungen Menschen die Möglichkeit geben, an den wichtigsten Krisen ihrer Generation zu arbeiten, können sie sowohl die Umweltlandschaft verändern als auch dazu beitragen, kohärente, zweckgebundene demokratische Gesellschaften wieder aufzubauen und so ihr eigenes Vertrauen in die Demokratie wiederherstellen. Das Programm ist nach dem Vorbild der nationalen Wehrpflichtdienste aufgebaut—wie es sie aktuell in mehr als 20 Demokratien gibt—kann jedoch entweder obligatorisch oder freiwillig übernommen werden. In ähnlicher Weise können Programme von Regierungen auf nationaler, internationaler und lokaler Ebene gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen und anderen wichtigen Stakeholdern durchgeführt werden. Ein kurzer Überblick über das Programm und seine Begründungen folgt unten.

---

**ZUSAMMENFASSUNG: EIN JUGENDUMWELTDIENST (YES),** der jungen Menschen die Möglichkeit bietet, über Unterschiede hinweg zusammenzuarbeiten, um den Planeten vor Klimakatastrophen zu schützen und gleichzeitig ihre demokratische Führung, ihre beruflichen Fähigkeiten und ihre Kapazitäten für gemeinsame Zwecke zu fördern.

---

## WISSENSCHAFT FORDERT MASSNAHMEN

- Es gibt eine globale Klimakrise. Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat darauf hingewiesen, dass die Temperaturveränderungen nicht unter 1,5° C gehalten werden können, wenn wir nicht vor 2030 radikale Maßnahmen ergreifen.
- Wenn nicht entschlossen gehandelt wird, führt dies zu schwerwiegenden Folgen für die menschliche Gesellschaft, einschließlich Hungersnöten und Wasserknappheit in der gesamten Region, dramatischen Rückgängen bei Gesundheit und Wohlbefinden, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbrüchen, klimabedingten Massenmigrationen und zunehmenden Bedrohungen der internationalen und menschlichen Sicherheit. Der prognostizierte Verlust an Leben wird größer sein, als in früheren internationalen Konflikten, und sich wahrscheinlich im Laufe der Zeit beschleunigen.
- Die Klimakrise begünstigt auch ein sechstes globales Massensterben. Das zwischenstaatliche Gremium für Biological and Ecosystem Services (IPBES) weist darauf hin, dass mehr als eine Millionen Arten vom Aussterben bedroht sind. Wir befinden uns am Ende natürlicher Wendepunkte, von denen wir uns möglicherweise nicht so bald oder leicht erholen werden.

## DIE JUGEND VERLANGT, RADIKAL ZU HANDELN

- Die Jugend versteht die Krise und ihre tiefergehenden Einwirkungen auf die Zukunft. Der Schulstreik für die Klimabewegung hat im vergangenen Jahr den weltweit größten Protest in der Geschichte der Menschheit ausgelöst. Zahlreiche andere Proteste und Aufrufe bestimmen zunehmend die Agenda der jüngeren Generation.
- Der schrittweise politische Wandel, der durch das Klimaabkommen von Paris 2015 gefördert wird, verlangsamt weder den Klimawandel noch den ökologischen Niedergang. Technologische und wissenschaftliche Lösungen entstehen, sind aber derzeit nur begrenzt wirksam und werden nicht schnell genug entwickelt.
- Es besteht eine wachsende Wut und Frustration darüber, dass die Regierungen nicht entschlossen mit dem Klimawandel und dem ökologischen Zusammenbruch umgehen, womit das bereits große Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und der Regierungsführung verstärkt wird.

## YES KANN MEHRERE ZIELE ANGEHEN

- **Umweltziele:** Verlangsamung des Klimawandels und Umkehrung des Massensterbens.
- **Wirtschaftliche Ziele:** Entwicklung beruflicher Fähigkeiten, insbesondere bei benachteiligten Jugendlichen und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere in Bereichen, die in der letzten Ära der Globalisierung zurückgelassen wurden. Es hat sich gezeigt, dass Serviceprogramme langfristig erhebliche positive wirtschaftliche Auswirkungen haben.<sup>47</sup>
- **Soziale Ziele:** Förderung der demokratischen Integration von Jugendlichen aus verschiedenen Gemeinschaften, um eine gemeinsame Sache zu erreichen.

- **Politische Ziele:** Protest, Frustration und Wut auf positive und konstruktive Ziele lenken und zeigen, dass demokratische Gemeinschaften in der Lage sind, die größten Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

## WAS IST YES?

- YES orientiert sich an nationalen Wehrpflichtprogrammen, die den Menschen und die Natur vor Klima und ökologischen Katastrophen schützen.
- YES würde jedem Jugendlichen im Alter von 18-25 Jahren die Möglichkeit bieten, ein Jahr Umweltdienst zu leisten; verschiedene Gerichtsbarkeiten könnten wählen, ob der Dienst obligatorisch oder freiwillig sein soll. Bürger über 25 Jahren könnten sich ebenfalls freiwillig melden.
- Jeder Dienst würde national entwickelt, könnte jedoch versuchen, nationale oder internationale Umweltprobleme anzugehen.
- Nationale Regierungen könnten Programme direkt oder in Verbindung mit internationalen Institutionen und der Zivilgesellschaft verwalten.
- Programme würden lokal gesteuert, um auf die Bedürfnisse, Entscheidungen und Prozesse lokaler Gemeinschaften zu reagieren.

## WAS WÜRDEN TEILNEHMER AN YES MACHEN?

Teilnehmer am Jugendumweltdienst würden ihr Jahr mit einer von fünf Optionen verbringen: schützen, wiederherstellen, erkunden, aufrechterhalten oder unterstützen (PRESS, steht für: protect, restore, explore, sustain, support):

- **Schützen:** Schutz vor Umweltschäden und -gefährten, einschließlich Schutz vor Überschwemmungen, Bränden, Tornados und Tsunamis. Das könnte den Bau von Schutzmaßnahmen gegen Hochwasserschäden, Forstarbeiten zum Schutz vor Bränden, die Isolierung von Häusern vor Energieverlust und Arbeiten zur Katastrophenvorsorge enthalten.
- **Wiederherstellen:** Wiederherstellung von Land, Wasserwegen und Meeren, einschließlich der Reinigung von Wasserwegen, Entfernung von Plastik aus den Meeren und der Wiederherstellung von Land.
- **Erkunden:** technologische und wissenschaftliche Forschung und Experimente zur Entwicklung von Methoden zur Kohlenstoffbindung, Emissionsreduzierung und Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit. Das könnte auch das Erzählen von Geschichten und journalistische Aktivitäten umfassen, um die Auswirkungen des Programms zu untersuchen und zu erklären.
- **Aufrechterhalten:** Bäume pflanzen, Lebensmittel anbauen, regenerative Landwirtschaft betreiben, Abfälle recyceln und andere nachhaltige Aktivitäten.
- **Unterstützen:** Unterstützung von Menschen, die bereits unter der Auswirkung des Klimawandels und der ökologischen Katastrophen leiden.

<sup>47</sup> Salomon, Lester M., "Measuring the Economic Value of Volunteer Work Globally: Concepts, Estimates, and a Roadmap to the Future," *The Authors Annals of Public and Cooperative Economics* 82, Nr. 3 (2011) S. 217-252.

**ANHANG A:**  
**ERNEUERUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS**

---

# RENOVIERUNG DER DEMOKRATIE DURCH EINE ETHIK DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Mary Scudder

**D**ie Demokratie scheint in der Krise zu stecken. Die zunehmende Polarisierung, sinkende Beteiligungsquoten und der zunehmende autoritäre Populismus haben unsere demokratischen Institutionen in Gefahr gebracht. Sind die Bürger der Aufgabe gewachsen, diesen Bedrohungen zu begegnen?<sup>48</sup> Welche Anstrengungen können wir als Gesellschaft darüber hinaus unternehmen, um sicherzustellen, dass die Bürger die Herausforderungen, mit denen sich die Demokratie heute auseinandersetzen muss, wirksam bekämpfen können.

Ich skizziere hier Schritte, die wir unternehmen können, um die Ethik der Staatsbürgerschaft zu pflegen, die erforderlich ist, um dieses Problem zu bekämpfen und die wachsende Unzufriedenheit mit demokratischen Regierungen umzukehren. Diese Strategien erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen erste Antworten auf die Frage geben, wie die Bürger besser an der Wiederbelebung der Demokratie beteiligt werden können.<sup>49</sup> Erstens, staatsbürgerliche Bildungsprogramme sollten ebenso auf die Natur und den Wert der Demokratie ausgerichtet sein wie auf die Grundlagen der Regierungsarbeit. Zweitens, wir sollten uns bemühen, eine größere Akzeptanz von Meinungsverschiedenheiten und Konflikten in der Politik zu fördern. Das würde bedeuten, die Menschen über die Legitimität von Meinungsverschiedenheiten und Unterschieden zu informieren. Drittens, wir sollten die Erwartungen an das Zuhören der Mitbürger untereinander sowie zwischen Bürgern und ihrer Repräsentanten institutionalisieren.

Erstens, staatsbürgerliche Bildungsprogramme sollten darauf abzielen, ein kulturelles Engagement für die Demokratie zu fördern. Zu diesem Zweck müssen die Staatsbürger dazu ermutigt werden, einen Schritt zurück zu gehen und zunächst die Natur und den Wert der

demokratischen Selbstverwaltung zu berücksichtigen. Ziel ist es, unter den Bürgern ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass ihre eigene Autonomie oder Freiheit von der Aufrechterhaltung demokratischer Praktiken der Beratung und Entscheidungsfindung abhängt. Autonomie oder Selbstverwaltung ist ein grundlegendes Ideal westlicher Demokratien. Bürger in westlichen Demokratien und insbesondere in den Vereinigten Staaten sehen Autonomie jedoch oft als private und nicht als öffentliche Angelegenheit an. Ohne ein Verständnis für die Natur der *öffentlichen* Autonomie oder der kollektiven Selbstverwaltung kämpfen die Bürger darum, dass Demokratie für ihr freies, selbstgesteuertes Leben von wesentlicher Bedeutung ist. Ein Mitspracherecht bei der kollektiven Entscheidung, die wir treffen, ist für ihre Freiheit ebenso wichtig wie ein Mitspracherecht in ihrem eigenen Privatleben.

Wichtig ist aber, dass das politische Forum nicht mit dem Markt identisch ist und sich die Bürger in diesen Arenen anders verhalten sollten. Politik beinhaltet die Ausübung von Macht. Die Bürger treffen gemeinsam Entscheidungen. Und die Menschen, die in einer bestimmten Gerichtsbarkeit leben, werden mit diesen Entscheidungen in Form von Gesetzen konfrontiert, die durch Zwang unterstützt werden. Deshalb sind die Bürger dazu verpflichtet, bei der Meinungsbildung zu politischen Fragen und beider Wahlentscheidung die Perspektiven anderer zu berücksichtigen. Die Legitimität kollektiver Entscheidungen hängt davon ab, dass alle Perspektiven in den Entscheidungsprozess mit einbezogen und fair berücksichtigt werden.

All dies bedeutet, dass wir die Bürger besser darüber informieren müssen, dass demokratische Selbstverwaltung viel mehr ist als Kampagnen und Wahlen oder sogar Mehrheitsregeln.<sup>50</sup> Es ist entscheidend, dass unsere staatsbürgerlichen Bildungsprogramme diese differenziertere und substantiellere Sicht auf das demokratische Leben widerspiegeln. Zum Beispiel können wir unsere studentischen Regierungsverbände reformieren, die in ihrer aktuellen Form dazu neigen, Kampagnen, Wahlen und Vertreter übermäßig zu betonen, ohne auf beratende Prozesse zu achten, zu denen auch die größere Studentenschaft gehört. Bei Entscheidungen, die eine ganze Schule oder einen Klassenzimmer betreffen, sollten Lehrer inklusive Diskussionen moderieren, um sicherzustellen, dass alle Vorschläge fair angehört werden. Nur dann sollte über ein Thema

<sup>48</sup> John S. Dryzek et al. "The Crisis of Democracy and the Science of Deliberation." *Science* 363, Nr. 6432 (2019).

<sup>49</sup> Mary Scudder. *Beyond Empathy and Inclusion: The Challenge of Listening in Democratic Deliberation*. Oxford University Press (erscheint 2020).

<sup>50</sup> John Dewey, *The Public and its Problems* (Swallow Press, 1954).

abgestimmt werden. Die Lehrer sollten den Schülern helfen, zwischen Entscheidungen zu wählen, die sich auf die öffentliche Autonomie auswirken (z.B. wohin ein Ausflug gehen soll) und Entscheidungen, die nur Auswirkungen auf die private Autonomie haben (z.B. welches Buch ein bestimmter Schüler für einen Bericht lesen soll). Sie sollten auch die Möglichkeit von Themen hervorheben, die für beide von Bedeutung sind, beispielsweise die Entscheidung, welche Feiertage die Schüler als Klasse feiern.

Wichtig ist, dass die demokratische Selbstverwaltung nicht erfordert, dass sich alle Bürger durchsetzen, und dass die öffentlichen Beratungen keinen zugrunde liegenden Konsens oder allgemeinen Willen offenbaren. Stattdessen müssen alle Bürger sinnvoll in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden und ihnen muss allen eine gleichwertige Stimme bei der Entscheidungsfindung gegeben werden. Das bedeutet, dass dem zuzuhören, was andere zu sagen haben, eine wichtige Verantwortung der demokratischen Staatsbürgerschaft darstellt. Die Bürger müssen bereit sein, sich zu äußern, einander zuzuhören und sich letztendlich eine Meinung zu bilden, indem sie die Perspektiven und Vorlieben anderer berücksichtigen.

Die zweite Strategie zur Pflege der Ethik der Staatsbürgerschaft besteht darin, die Bürger über die Legitimität politischer Konflikte und Meinungsverschiedenheiten aufzuklären.<sup>51</sup> Insbesondere sollten wir die Menschen im Ethos eines aktiven Bürgers aufklären und ihnen helfen, zu erkennen, dass ein gutes demokratisches Leben einige Kontroversen und Auseinandersetzungen zulassen muss. Initiativen zu politischer Bildung, die darauf abzielen, die Akzeptanz tiefer Meinungsverschiedenheiten zu lehren, stehen im krassen Gegensatz zu dem, was heutzutage normalerweise gefördert wird. Bemühungen, die Bürger auf die Herausforderungen der Demokratie inmitten von Dissens vorzubereiten, zielen häufig darauf ab, bürgerliche Freundschaft und größere Empathie zu fördern.

Das Problem dieser auf Empathie aufbauenden Ansätze zur Demokratie ist, dass demokratisches Engagement inmitten tiefer Meinungsverschiedenheiten zu einer nahezu unmöglichen Aufgabe wird. Ich muss nicht nur meinen Gegnern zuhören und versuchen, ihre Perspektive zu verstehen, sondern ich muss mich jetzt auch in sie einfühlen und sie sogar als Freunde betrachten, egal wie beleidigend oder verletzend ihre Argumente sind. Diese hohen (und demokratisch unnötigen) Erwartungen können die Bürger davon abhalten, denen zuzuhören, mit denen sie nicht einverstanden sind. Es ist sogar weniger wahrscheinlich, dass Bürger an politischen Gesprächen zu umstrittenen politischen Themen teilnehmen, wenn sie der Ansicht sind, dass diese Gespräche zu einer Lösung, einem Kompromiss oder Empathie gegenüber denjenigen führen sollen, mit denen sie absolut nicht einverstanden sind.

Natürlich ist es belastender, von den Bürgern zu erwarten, dass sie sich auf Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten einlassen und sich diese anhören, als auf Modelle für Staatsbürgerschaften, bei denen die Bürger ihre jeweiligen Präferenzen einfach durch Abstimmungen zum Ausdruck bringen. Aber es ist

sicher auch sinnvoller und für die Bürger eher noch attraktiver. Untersuchungen zur deliberativen Demokratie zeigen tatsächlich, dass die Bereitschaft der Bürger zur Deliberation größer ist als oft angenommen.<sup>52</sup> Darüber hinaus sind oft gerade die Personen, deren Teilnahme an Parteipolitik weniger wahrscheinlich ist, am meisten daran interessiert, auf andere Weise teilzunehmen, einschließlich beratender Rathausforen. Mit anderen Worten, die gegenwärtigen Muster des bürgerlichen Engagements spiegeln nicht die Vielfalt der Möglichkeiten wider, mit denen sich die Bürger engagieren würden, wenn ihnen attraktivere Möglichkeiten geboten würden.

Aber selbst, wenn die Bürger bereit sind, an absichtlichen Begegnungen mit ihren Mitbürgern oder Repräsentanten teilzunehmen, werden sie nicht immer kritisch und aufmerksam zuhören. Das unterstreicht die Bedeutung meiner dritten Strategie für die demokratische Wiederbelebung durch eine Ethik der Staatsbürgerschaft, bei der die Erwartungen an das Zuhören institutionalisiert werden. Während wir das Zuhören selbst nicht institutionalisieren können, können wir die Erwartung, zuzuhören, institutionalisieren. Auch dafür können wir zunächst Änderungen im Klassenzimmer vornehmen. Wann immer die „Partizipation“ der Schüler bewertet wird, sollten die Lehrer die Mitschüler mit einbeziehen. Die Formalisierung der Erwartung, anderen zuzuhören, ist wichtig, damit die Schüler ihre Bedeutung erkennen können. Eine klare Angabe der Erwartungen stellt natürlich nicht sicher, dass andere sie unbedingt erfüllen. Trotzdem ist es nicht trivial, die Erwartungen des Zuhörens zu äußern, insbesondere wann und wem jemand zuhören sollte. Wir können diese Erwartungen auch den gewählten Beamten mitteilen und ihnen dabei helfen, zu erkennen, dass ihren Lesern zuzuhören und die sorgfältige Prüfung ihrer Standpunkte und Argumente für ihre Rolle als gewählter Vertreter von wesentlicher Bedeutung sind.

Diese Arten institutioneller Innovationen, die darauf abzielen, die Bürger mit ihren Mitbürgern und gewählten Mitbürgern zusammenzubringen, können dazu beitragen, einen tugendhaften Kreislauf demokratischen Engagements zu schaffen. Die Bürger sind motiviert, die harte Arbeit der Demokratie zu leisten, gerade weil sie erwarten, dass ihre Vertreter zuhören, und ihre Vertreter hören zu, weil sich diese Wähler die Zeit genommen haben, sich zu informieren.<sup>53</sup>

Untersuchungen zur deliberativen Demokratie zeigen, dass die Bürger, wenn sie die Gelegenheit dazu erhalten, sich sinnvoll an der Politik zu beteiligen, die Gelegenheit dazu nutzen.<sup>54</sup> Sie sind in der Lage, sich der Manipulation und Gestaltung und sogar der Polarisierung effektiv zu entziehen. Es ist daher sinnvoll, den Prozess der demokratischen Erneuerung durch die Verbesserung der Bedingungen und Praktiken der Staatsbürgerschaft zu beginnen.

<sup>51</sup> Teresa Bejan, *Mere Civility: Disagreement and the Limits of Toleration* (Cambridge: Harvard University Press, 2017).

<sup>52</sup> Michael Neblo et al., „Who Wants to Deliberate—And Why?,” *American Political Science Review* 104, Nr. 3 (2010): 566-583.

<sup>53</sup> Kevin M. Esterling, David Lazer, and Michael Neble, *Politics with the People: Building a Directly Representative Democracy* (Cambridge: Cambridge University Press, 2018).

<sup>54</sup> Simone Chambers, “Human Life Is Group Life: Deliberative Democracy for Realists,” *Critical Review* 30, Nr. 1–2 (2018).

**ANHANG B:**  
WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM DIGITALEN ZEITALTER

---

# UMSETZUNG EINER SORGFALTSPFLICHT FÜR SOCIAL MEDIA-PLATTFORMEN

William Perrin

**E**s gibt Hinweise darauf, dass soziale Medien in vielen Ländern ein breites Spektrum an Schäden verursachen. Diese reichen von der Abschreckung von Frauen aus dem öffentlichen Leben, rassistischem, religiösem, und oft illegalem sexuellen Missbrauch, sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern, tiefgreifenden Störungen politischer Prozesse, Bedrohungen der nationalen Sicherheit, wirtschaftlichem Betrug und allgemeineren Schäden für Verbraucher. Die durch Online-Medien verursachten Probleme sind so tiefgreifend, dass nur eine systemisch greifende politische Lösung Erfolg haben wird, die auf einer robusten Mikroökonomie basiert und die Rechte der geschädigten Menschen mit denen derer, die ein Rederecht haben, in Einklang bringt.

Aus der Sicht eines Ökonomen verursacht der Betrieb von Social Media-Unternehmen, die im wesentlichen Daten- und Werbeunternehmen sind, Kosten für die Gesellschaft, die nicht von den Aktionären der Gesellschaft getragen werden. Da die Kosten außerhalb des Unternehmens liegen und der Gesellschaft zufallen, bietet das Unternehmen keinen wirtschaftlichen Anreiz, das Problem zu beheben. Sie produzieren einfach weiter schädliche Produkte. Seit 40 Jahren unterstützt die OECD das „Verursacherprinzip“ als den mikroökonomisch effizientesten Ansatz zur Lösung solcher Probleme—Regierungen, die gesellschaftliche Kosten durch Steuern oder Regulierung an diejenigen zurückzahlen, die die Kosten verursachen. Welches System wird die Social Media-Unternehmen dann dazu bringen, den von ihnen verursachten Schaden zu verhindern oder zu beseitigen und gleichzeitig die Menschenrechte zu respektieren?

Ein Ausgangspunkt ist, dass alles, was eine Person bei der Nutzung von Social Media sieht oder erlebt, ein Ergebnis der Entscheidung

des Unternehmens ist, das diese Plattform betreibt: Entscheidungen zum Service-Design über die Nutzungsbedingungen, die Software und Entscheidungen über die Ressourcen, die für die Durchsetzung der Nutzungsbedingungen und der fortlaufenden Aktualisierung der Software eingesetzt werden. Dienstleistungen unterscheiden sich durch diese Entscheidungen, die sich auch auf die Art der auftretenden Schäden auswirken.

Seit Hunderten von Jahren gibt es Regulierungssysteme, die sich mit vom Unternehmen verursachten Schäden für die Gesellschaft befassen. Anfangs waren dies detaillierte, vorgeschrifte Gesetze, aber solche Gesetze wurden mit der Zeit tendenziell umgangen. In jüngerer Zeit haben Regierungen hochrangige Regelungen eingeführt, die sich auf von Unternehmen zu erzielende Ergebnisse konzentrieren, die schwerer zu umgehen sind, und es den betroffenen Unternehmen ermöglichen, ihre eigenen Entscheidungen über die Einhaltung zu treffen. Oft leitet eine Regulierungsbehörde die Versuche von Unternehmen, Ergebnisse zu erzielen, und verfügt über Sanktionsbefugnisse, wenn das Unternehmen scheitert. Die Risikobewertung und das Risikomanagement spielen in diesen Geschäftsmodellen eine zentrale Rolle.

In Großbritannien schlug die Regierung einen solchen Ansatz zur Reduzierung von Online-Schäden vor, der auf Arbeiten des Carnegie U.K. Trust basiert. Der Carnegie-Ansatz wurde von vielen britischen Parlamentsausschüssen und -gruppen gebilligt.

Nach dem britischen Ansatz muss das Parlament gesetzlich festlegen, dass Anbieter von Social Media-Diensten rechtlich verpflichtet sind, vernünftigerweise praktikable Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, dass Menschen aufgrund des Betriebs der Unternehmensdienste nach bestem Wissen vorhersehbaren Schaden erleiden. Auch die Schaffung einer Regulierungsbehörde ist erforderlich, die diesen Prozess aus einer Hand von der Regierung überwacht. Ob diese Pflicht erfüllt wird oder nicht, wird anhand der Ergebnisse beurteilt, und der Fokus auf Schäden ist sowohl dauerhaft als auch systematisch. Diese „gesetzliche Sorgfaltspflicht“ ist ein ferner Verwandter der Sorgfaltspflicht, die bei unerlaubter Handlung entsteht und in allen Bereichen des Bürgerlichen Rechts bekannt ist. Anstelle der Gerichte hat das Parlament jedoch festgelegt, dass von einer Personengruppe zur nächsten eine Sorgfaltspflicht besteht und dass eine Regulierungsbehörde diese unterstützt und durchsetzt.

Dieser systembasierte Ansatz behandelt Fragen der Inhaltshaftung und fragt danach, ob die Systeme, die der Inhalt durchläuft, anhand

der Ergebnisse risikobewertet, verwaltet und zweckmäßig sind. Das ist weit entfernt von einem auf staatlicher Zensur basierenden Ansatz oder einem Ansatz, der für den Rundfunk oder im Presserecht zu finden ist. Nach den Vorschlägen Großbritanniens wäre die Regulierungsbehörde an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden und verpflichtet, die Rechte der Menschen bei ihrer Arbeit in Einklang zu bringen. Die Regulierungsbehörde wurde, wie in Europa üblich, durch eine Mischung aus staatlichen Geldern und Abgaben auf die regulierten Unternehmen finanziert.

Die Herausforderungen, die von einer gesetzlichen Sorgfaltspflicht angegangen werden, ergeben sich aus dem immensen wirtschaftlichen Erfolg amerikanischer Unternehmen, die den US-amerikanischen Regulierungsansatz zur Plattformhaftung und -regulierung exportieren. Jedoch ist es möglich, Hunderte Millionen Abonnenten zu gewinnen, obwohl sie aus einem anderen Regulierungssystem kommen, in denen eine extreme Haltung vorherrscht, wie man an Chinas TikTok sieht. Bis die Vereinigten Staaten ihr Gesetz ändern, was unwahrscheinlich erscheint, werden andere Nationen und Wirtschaftsblöcke unterschiedliche regulatorische Antworten geben. Social Media-Unternehmen sollten sich mit den externen Kosten ihrer Maßnahmen befassen, aber der Nutzen solcher Dienste würde durch eine unkoordinierte Reihe von Belastungen beeinträchtigt, die möglicherweise selbst unwirksam sind.

Die Europäische Kommission ist Berichten zufolge dabei, in einem neuen Digitalen Dienstgesetz eine Reform der Sorgfaltspflicht in Bezug auf ihren Einfluss auf ihre vorläufige Haftung aufzustellen. Und eine Expertengruppe der französischen Regierung empfahl ihrer Regierung ein ähnliches Vorgehen. Das würde darauf hinweisen, dass vier Mitglieder der G7 einem ähnlichen Regime unterliegen. Weltweit untersuchen Nationen und Wirtschaftsblöcke, wie man mit den Problemen umgehen soll, die sich aus den sozialen Medien ergeben. Indien entwirft neue Gesetze zur Plattformhaftung. Irland, die voraussehbare steuerfreundliche Heimat für Technologie-Unternehmen in Europa, ist dabei, seine eigenen Vorschläge zum Online-Inhalt zu veröffentlichen. Australien prüft fortwährend, wie Kinder vor Schaden geschützt werden können, und Neuseeland erwägt nach dem Massaker in Christchurch neue Gesetze. Kanada sucht ebenfalls nach einem Regulierungssystem. Indien entwirft neue Gesetze zur vorläufigen Haftung. Und China hat natürlich sein eigenes, unverkennbares Regime für Social Media-Regulierung. Die Vereinigten Staaten versuchen, teilweise instinktiv, teilweise aus den oben genannten Gründen, ihr eigenes System mit geringer Haftung in Handlungsabkommen zu integrieren.

Die Nationalstaaten erkennen an, dass es ein Problem gibt, aber es gibt keine gemeingültige Lösung für das Problem. Es gibt auch keinen Mechanismus für eine globale Harmonisierung. Im Gegensatz zu einer Handelsrunde, wo, auch in asymmetrischen Runden, ein Geben und Nehmen vorherrscht, sind die negativen externen Effekte, die von Technologieunternehmen aus den USA und zunehmend aus China ausgehen, in anderen Ländern zu spüren, die wenig Nutzen daraus ziehen, nicht einmal signifikante Steuereinnahmen.

Staaten, in denen die externen Effekte greifen, entwickeln immer noch Strategien, und die Staaten, in denen die externen Effekte entstehen, sind an ihre eigenen innerstaatlichen Regimes gebunden. Es besteht wenig gegenseitiges multilaterales Verständnis für die Positionen.

Um einen Ansatz der Sorgfaltspflicht auf multinationaler Ebene voranzutreiben, ist ein Forum erforderlich, das diese Bedingungen widerspiegelt. Die überstaatlichen Versuche, Probleme vor allem durch die Vereinten Nationen im Konsens anzugehen, sind schwach. Internet-Verwaltungsforen, an denen Regierungen beteiligt sind, haben sich nur als schwache Quasselbuden erwiesen und bestenfalls noch zu engen technischen Fragen. Der Ansatz einer Verhandlungsrunde kann verfrüht sein, da die Teilnehmer noch keine Positionen bezogen haben, von denen aus sie verhandeln können. Ein multilateraler Ansatz für den Informationsaustausch ist angemessener, aber in einem formalisierten, etablierten Umfeld, das von einem starken Sekretariat unterstützt wird. Es gibt Analogien zu den jüngsten Arbeiten zu Steuern und zur digitalen Wirtschaft - multilaterale Foren und Sherpa arbeiten daran, das Verständnis für technische Fragen voranzutreiben, auch wenn nicht endgültig eine Einigung erzielt wird, die möglicherweise später durch einen härteren Mechanismus erfolgen muss.

Gegenwärtig gibt es auf multinationaler Ebene wenig oder kein gegenseitiges Verständnis der Regulierungspositionen, nicht zuletzt, weil diese nicht vollständig ausgebildet sind. Und das muss angegangen werden, bevor eine kompromisslose Diskussion über ein tatsächliches multinationales Regime geführt wird. Eine gesetzliche Sorgfaltspflicht, die durch einen Regulierungsansatz durchgesetzt wird, ist eine ideale Referenzposition, um aufkommende nationale Ansätze zu bewerten.

Die OECD hat eine lange Geschichte der Zusammenarbeit mit den Ländern, die Vorschläge zur Regulierung prüfen, und untersucht seit Jahrzehnten digitale Themen. Das Sekretariat der OECD verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Erstellung vergleichender und trotzdem neutraler Papiere, in denen nationale politische Positionen zu einer Reihe von Themen analysiert und verglichen werden. Die OECD hat zuletzt 2016 digitale Gespräche auf Ministerebene veranstaltet. Die OECD ist es auch gewohnt, Nicht-Mitglieder wie Indien und China mit einzubeziehen. Die OECD wäre gut aufgestellt, um Gespräche über Regulierungen einzuberufen und einen Ansatz der gesetzlichen Sorgfaltspflicht als zentralen Vergleich zu verwenden.

Wir fordern für 2020 ein OECD-Treffen von Ministern, das für die Regulierung sozialer Medien zuständig ist, um die Verwaltung der externen Kosten von Internetplattformen zu erörtern, die sich auf eine wirtschaftlich nationale Regulierung konzentrieren. Die Nicht-OECD-Mitglieder Indien und China arbeiten mit der OECD zusammen und sollten ausdrücklich in den Prozess mit einbezogen werden. Die OECD sollte die gesetzliche Sorgfaltspflicht, die durch einen Regulierungsansatz durchgesetzt wird, als Bezugspunkt für die Fokussierung auf die Diskussion und den Beginn eines Diskussions- und Verhandlungsprozesses zwischen Ländern und Blöcken auf dem Weg zur Regulierung vorlegen. Das Ergebnis eines OECD-Prozesses wäre ein erheblich besseres Verständnis der angewandten und der Regierung zur Verfügung stehenden Modelle und höchstwahrscheinlich eine verstärkte Übernahme eines Ansatzes zur Sorgfaltspflicht. Ein solches Verständnis an sich könnte die regulatorischen Ergebnisse in einer Reihe von Ländern verbessern und dann die Diskussion über Handelsfragen unterstützen, die zwangsläufig in die Zukunft fließen werden.

**ANHANG B:**  
WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM DIGITALEN ZEITALTER

---

# FINANZIERUNG RECHENSCHAFTSPFLICHTIGER MEDIEN DURCH EINE REFORMIERTE BESTEUERUNG VON INTERNETGIGANTEN

Tom Steinberg



Langsam aber sicher nähern sich die Steuerbehörden den Internetgiganten. Die Anti-Steuer-Teflon-Beschichtung dieser Unternehmen (bestehend aus einer starken Kombination multinationaler Strukturen gemischt mit innovativem Feenstaub) wird langsam dünner, und die Steuereintreiber bleiben nach und nach haften.

Aktuell hat die OECD Vorschläge zur Erhebung von Steuern in den Ländern gebilligt, in denen Internetgiganten tatsächlich Geld verdienen, und nicht in den Ländern, in denen sie das Geld technisch verbuchen. Solche Reformen würden, selbst wenn sie nur halbherzig umgesetzt würden, einen starken Anstieg der Steuereinnahmen für Länder mit einer großen, reichen Anzahl von Internetnutzern bedeuten. Die Unternehmen - bekannte Namen wie Amazon, Apple und Google - sind letztendlich gefangen. Ein Unternehmen wie Amazon kann ein Land nicht einfach aus Protest gegen „inakzeptable Steuern“ verlassen, ohne erhebliche Einnahmen zu verlieren. Schlimmer noch, zu packen und das Land zu verlassen schafft ein mögliches Vakuum, in das machtvolle Rivalen vorstoßen können - schauen Sie sich nur Chinas verhätschelte Internetgiganten an, um zu sehen, wie schlecht das für Google und Facebook funktioniert hat.

Der bisherige Schutzschild der Internetunternehmen gegen die Einführung höherer Steuern—politischer Goodwill—is vorüber. Diese digitalen Giganten, die selbst von den politischen Organisationen beschimpft werden, die am meisten von ihrem Verhalten profitieren, sind Unternehmen, mit denen in der Politik niemand befriedet sein will. Darüber hinaus kann viel politisches Kapital gewonnen werden, wenn man sich in die Schlange einreihet, um ihnen eins auf das Maul zu geben.

Diese Empfehlung ist allerdings kein Argument für eine Erhöhung der Steuern auf diese multinationalen Technologieunternehmen. Stattdessen nehmen wir es als gegeben hin, dass Steuerreformen langsam und unregelmäßig kommen. Wir wissen nicht genau, wann sie das erste mal zuschlagen und wie erfolgreich sie sein werden. Wir können auch nicht sagen, welche Regierungen unter dem Gewicht einer starken Lobby zusammenbrechen und sich mit eingezogenem Schwanz vollständig von der Steuer zurückziehen werden. In einigen reichen Ländern sind die Segel allerdings auf eine höhere lokale Besteuerung ausgerichtet, und das Schiff fährt nur in eine Richtung.

Bei dieser Empfehlung geht es also nicht darum, die Steuern für internationale Technologieunternehmen zu erhöhen. Stattdessen liegt der Fokus auf der Verwendung der Einnahmen, die sich aus dieser Reform ergeben. In einer Zeit großer Staatsschulden und unersättlicher Bürger besteht kein Zweifel daran, dass der erste Instinkt der Politiker darin besteht, das neue Geld für traditionelle Ziele zu verwenden: Schulen, Krankenhäuser, Lehrer, Soldaten, etc. Trotz der attraktiven Natur dieser Prioritäten möchten wir ein Argument vorbringen, nach dem ein Teil des neuen Geldes, das durch die Besteuerung großer digitaler Unternehmen eingenommen wird, es verdient, zweckgebunden beiseite gelegt zu werden, um einige der sozialen Schäden anzugehen, die durch diese Unternehmen verschärft werden. Genauso wie Umweltsteuern dazu beitragen, die Umweltverschmutzung zu verringern und Mittel für die Beseitigung des entstandenen Chaos zu generieren, ist es an der Zeit, die Besteuerung von Internetunternehmen als einen Weg zu betrachten, um einige von diesen Unternehmen verursachten Schäden zu mindern.

Es ist gibt mehrere investitionswürdige Problembereiche, die plausibel auf den Aufstieg großer digitaler multinationaler Unternehmen zurückzuführen sind. Das Problem, das die akuteste und dringlichste Aufmerksamkeit verdient, ist aber das Problem des Zusammenbruchs des Journalismus, insbesondere der Art des Journalismus, der die lokale und regionale Macht zur Rechenschaft zieht.

Traditionell durch Werbung gestützt, sind die lokalen Nachrichtenmedien zusammengebrochen, da diese Einnahmen an Internetunternehmen mit Hauptsitz in Kalifornien und steuerlichen Hauptsitz in Irland übertragen werden. Die sozialen Kosten dieses Zusammenbruchs sind enorm - große Teile der Länder, die zuvor sinnvolle Formen recherchierender lokaler Nachrichtenmedien hatten, haben jetzt im Wesentlichen keine. Diese mangelnde Kontrolle ermöglicht es, dass Fehlverhalten und Missstände in der Verwaltungstätigkeit auf lokaler und regionaler Ebene ohne Aufdeckung und ohne Auswirkungen auftreten.

Früher floss lokales Werbegeld von lokalen Unternehmen zu lokalen Zeitungen. Diese Zeitungen verwendeten dann einen Teil dieses Geldes, um Ermittlungen und andere Formen „harter Fakten“ zu finanzieren. Stattdessen fließt dieses Geld jetzt an multinationale Unternehmen, die lokales Wissen und Rechenschaftspflicht nicht in gleicher Weise aufbauen. Wir argumentieren, dass es an der Zeit ist, einen Teil dieses Geldes von den Unternehmen zurückzuholen, die die lokale Journalismusbranche untergraben haben, um Ermittlungen und „harte Fakten“ zu recherchieren, die sonst nicht mehr existieren würden.

Um diese Art der Schwächung zu erreichen, muss neben der ohnehin stattfindenden langfristigen Steuerreformen eine gezielte und nachhaltige Lobbyarbeit stattfinden. Es besteht eine einmalige Chance, sich dafür einzusetzen, dass große Internetfirmen helfen sollten, die lokalen Nachrichtenmedien zu bezahlen, da ihr Aufstieg auf der Zerstörung von etwas beruht, das sozial äußerst wichtig und wertvoll war. Wir sollten uns jetzt dafür einsetzen, dass die Regierungen einen Teil dieser neuen Steuergelder beiseite legen und einzäunen. Und wir sollten dabei realistisch sein, wie lange wir Lobbyarbeit leisten müssen - es ist sehr wahrscheinlich, dass wir einen politischen Prozess vorantreiben müssen, dessen Schrumpfung ein Jahrzehnt oder länger dauern könnte.

Aber dies ist eine sehr schwierige Reise. Sobald die enorme Aufgabe der Gesetzgebung zur Erhebung neuer Steuereinnahmen aus dem Weg geräumt ist, haben wir nur den ‚einfachen‘ Teil des Problems gelöst. Die Regierung ist äußerst misstrauisch gegenüber Regierungen, die Nachrichtenagenden festlegen, und alles, was nach ‚Regierungspropaganda‘ riecht, wird in bemerkenswerter Weise absterben, bevor es überhaupt beginnt.

Die Gesetzgeber müssen daher die Herausforderung ernst nehmen, ein steuerbasiertes, lokales Medienfinanzierungssystem einzurichten, das im Hinblick auf die Interessen ihrer Steuereintreiber nicht durchweg als positiv angesehen wird.

Das Erreichen dieses öffentlichen Vertrauens in eine neue Institution wird im Zeitalter der Fake News sehr schwierig sein, ist aber nicht unmöglich. Die Art und Weise, wie die BBC in Großbritannien von der Regierung unabhängig ist, während sie dabei immer noch eine öffentliche Einrichtung ist, ist ein altes Modell, enthält aber einige Lehren. Es gibt auch moderne Lehren aus Institutionen, die sich radikal transparent halten. Eine neue Organisation zur Verteilung von Finanzmitteln, die in diesem Bereich tätig sind, sollte in ihren Entscheidungen und Operationen eindeutig transparent sein und von der Öffentlichkeit herausgefordert werden können. Sie sollte im Umfeld des Internets konzipiert sein und auf die Art und Weise reagieren, wie Menschen im Internet das Vertrauen in Institutionen erwerben und verlieren.

Lange Zeit war nicht klar, ob das Internet den lokalen Journalismus mit einer Rechenschaftspflicht zerstören oder einfach umbauen würde. Zwanzig Jahre nach der Schaffung des Internets wird immer deutlicher, dass das Endergebnis in vielen Regionen eine weit verbreitete Zerstörung an vielen Orten war. Es muss mit einem bewussten Projekt begonnen werden, um das Verlorene wieder aufzubauen, während deutlich bleibt, dass das, was als nächstes kommt, auf keinen Fall eine Schaffung dessen sein kann, was vorher bestand.

**Es muss mit einem bewussten Projekt begonnen werden, um das Verlorene wieder aufzubauen, während deutlich bleibt, dass das, was als nächstes kommt, auf keinen Fall eine Schaffung dessen sein kann, was vorher bestand.**

**ANHANG B:**  
WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM DIGITALEN ZEITALTER

# EINE ÖFFENTLICHE OPTION ZUR FINANZIERUNG DES JOURNALISMUS VON ÖFFENTLICHEM INTERESSE

Emily Bell und Karen Kornbluh

Heutzutage wird die Demokratie durch die Strukturen der digitalen Medienlandschaft herausgefordert, da Medien von öffentlichem Interesse, insbesondere der lokale Journalismus, dramatisch geschrumpft sind und durch „Online Content Mills“ ersetzt wurden. Dennoch kann dem Journalismus durch einen umfassenden Rahmen, der sich systematisch mit Finanzierung, Transparenz und Verteilung befasst, sein rechtmäßiger Platz als vierte Macht zurückgegeben werden, der die Wahrheit schützt, die Mächtigen zur Rechenschaft zieht und effektive demokratische Überlegungen und Entscheidungen ermöglicht.

zurückzudrehen oder die etablierten Medien zu finanzieren, die in der Zeit vor den sozialen Medien vorherrschten, noch einen neuen Nachrichtendienst wie die BBC schaffen. Stattdessen schlagen wir vor, einen Fonds für Medien von öffentlichem Interesse einzurichten. Die Finanzierung könnte aus einer Gebühr erfolgen, die auf die erheblichen Werbeeinnahmen erhoben wird, die digitale Plattformen erzielen.<sup>55</sup> Auf diese Weise würden digitale Plattformen Einnahmen aus Fast-Monopolen teilen, die das bisherige Geschäftsmodell des Journalismus untergraben. Dieser Vorschlag wäre im Wesentlichen eine „Sündensteuer“ auf Einnahmen aus Engagements, die das Informationsökosystem beschädigen, wobei die Einnahmen für einen Journalismus von öffentlichem Interesse verwendet werden.

Vertriebe, die den Standards für unabhängigen, lokalen und vertrauenswürdigen Journalismus entsprechen, können gefördert werden. Ein Satz möglicher Standards ist der, der vom International Fact-Checking Network als Grundsatzkodex verwendet wird:

- Überparteilichkeit und Fairness
- Transparenz der Quellen
- Transparenz der Finanzierung & Organisation
- Transparenz der Methodik
- Offene & ehrliche Korrekturvorgaben

Es reicht nicht aus, nur Verkaufsstellen zu finanzieren. Wie im Rundfunk-Kontext ist es notwendig, ein Mittel zur Online-Verbreitung zur Verfügung zu stellen (der öffentliche Rundfunk wurde mit einem Spektrum ausgestattet). In den Vereinigten Staaten können die digitalen Plattformen nicht gezwungen werden, diese neuen Verkaufsstellen von öffentlichem Interesse in ihre „weißen Listen“ aufzunehmen, können jedoch dazu überredet oder motiviert werden.

## DER MARKTAUSFALL HINTER DEM NIEDERGANG DER MEDIEN VON ÖFFENTLICHEM INTERESSE

Die Bedrohung für Medien von öffentlichem Interesse, insbesondere für den lokalen Journalismus, zeigt sich in den Markttrends der Branche. Zwischen 2004 und 2018 wurden in den USA 1.800 Zeitungen geschlossen oder zusammengelegt,<sup>56</sup> 245 lokale Zeitungen wurden endgültig geschlossen. Die Beschäftigung in den US-Nachrichtenredaktionen ging um 45% zurück.<sup>57</sup> In Großbritannien haben inzwischen mehr als 300 Zeitungen seit 2015 geschlossen<sup>58</sup>, während in Australien mehr als 3.000 Journalisten ihren Arbeitsplatz verloren haben.<sup>59</sup> Ähnliche Rückgänge wurden in den OECD-Ländern gemeldet.<sup>60</sup>

Es gibt mehrere neue Modelle zur Wiederbelebung des Journalismus von öffentlichem Interesse. Mit dem Niedergang des traditionellen Modells mit Werbeeinnahmen wenden sich unabhängige Nachrichtenseiten zunehmend Abonnements und Philanthropie zu. Wir argumentieren jedoch, dass es einen Präzedenzfall, eine Notwendigkeit und die Fähigkeit gibt, ein robustes öffentliches Finanzierungsmodell aufzubauen, um den Journalismus von öffentlichem Interesse im digitalen Zeitalter zu unterstützen.

In den Anfangszeiten des Rundfunks gründeten westliche Demokratien öffentliche Rundfunkdienste, darunter die BBC in Großbritannien und die NPR in den Vereinigten Staaten, um neben anderen kulturellen Programmen auch Nachrichten und wissenschaftliche Informationen bereitzustellen. Diese Dienste wurden öffentlich finanziert und mit einem Vertrieb ausgestattet. Diese Art von Modell kann angepasst werden, um sicherzustellen, dass Nachrichten und Informationen, die für die Demokratie benötigt werden, im Umfeld der neuen Medien verfügbar sind. Dieser Ansatz würde weder darauf abzielen, die Uhr

<sup>55</sup> Wie Ellen Goodman, Professorin an der Rutgers University Law School, bei der Digital Democracy 2020 des Deutschen Marshallfonds im Februar 2020 vorgeschlagen hat, zitiert nach ihrer Monographie „Public Media Policy Reform and Digital Age“ in *Communications Law and Policy in the Digital Age: The Next Five Years* (ed. Randolph May, Durham: Carolina Academic Press, 2012).

<sup>56</sup> Penelope Abernathy, „The Expanding News Deserts“, University of North Carolina, School of Media and Journalism, <https://www.usnewsdeserts.com/reports/expanding-news-desert/>.

<sup>57</sup> Freddy Mayhew, „UK Local Newspaper Closures: Net Loss of 245 Titles since 2005, New Press Gazette Research,“ Press Gazette, 11. Februar 2019, <https://www.pressgazette.co.uk/more-than-40-local-news-titles-closed-in-2018-with-loss-of-some-editorial-275-jobs-new-figures-show/>.

<sup>58</sup> Regierung von Großbritannien, Abteilung für Digitales, Kultur, Medien und Sport, „The Cairncross Review: A Sustainable Future for Journalism,“ (London: Regierung von Großbritannien, 2019).

<sup>59</sup> Common Wealth von Australien, Senat, „Select Committee on Future of Public Interest Journalism,“ (Sydney: Regierung von Australien, 2018).

<sup>60</sup> OECD, Working Party on the Information Economy, „The Evolution of News and the Internet,“ OECD, (Paris, 2010).

Der Grund für den Niedergang ist klar. Die Werbeeinnahmen, die früher lokale Medien unterstützten, haben sich auf größere digitale Plattformen wie Google und Facebook verlagert. Google und Facebook beanspruchen nun 58% des US-Marktes, gefolgt von Amazon, Microsoft und Verizon. In der von der britischen Regierung in Auftrag gegebenen Cairncross Review wurde bekannt gemacht, dass Facebook, Google und die Verlagerung der Betriebs- und Werbeeinnahmen auf große Technologieplattformen einige Teile des Journalismus so stark beschädigt haben, dass der Markt sie nicht mehr reparieren kann.<sup>61</sup> Die neuen Weichensteller haben eine Marktlösung strukturell unmöglich gemacht. Ein aktuelles Symptom für die neue strukturelle Realität: die große amerikanische Zeitungskette McClatchy Company, die 1857 gegründet wurde und landesweit 30 Tageszeitungen betreibt, meldete zur gleichen Zeit Insolvenz an, als Facebook seinen NewsTab einführt und Google anbot, Verkaufsstellen zu finanzieren. Ohne eine strukturelle Lösung wird der Journalismus von öffentlichem Interesse weiter abnehmen, oder sich lediglich auf Philanthropie und guten Willen stützen. Das Augenmerk sollte daher darauf gerichtet werden, eine ganzheitliche Lösung zu finden, um die schlimmsten unserer lokalen Nachrichtenfehler zu mildern und tatsächlich ein gesundes Informationsökosystem wiederherzustellen.

Qualitätsjournalismus zu machen ist teuer (aufgrund der Kosten für Talent und Produktion, einschließlich Ermittlung, Bearbeitung und Überprüfung der Fakten). Mit Social Media ist das online Veröffentlichen und Verteilen von nicht überprüften Inhalten dagegen einfacher und billiger als je zuvor. Auf einigen Märkten, insbesondere in den USA, mag es heutzutage radikal wirken, sich für eine öffentliche Subvention des Journalismus einzusetzen. Eine Subvention, die zu marktüblichen Konditionen gewährt wird, schützt die unabhängige Presse jedoch weitaus mehr als die Idee, dass Google und Facebook die Rolle der Unterstützung des Journalismus übernehmen, indem sie bestimmte Vertriebe direkt auswählen und finanzieren.

## DIE CONTENT MILL DER NACHRICHTENINDUSTRIE — UND DIE FEHLENDE ANTWORT DARAUF

Das Marktversagen beim Niedergang des Journalismus von öffentlichem Interesse wurde durch den Anstieg billiger zu produzierender und leicht zu verbreitender Nachrichten aus der Content Mill noch verstärkt. Neue Geschichten, die früher von gesellschaftlichen Bedürfnissen bestimmt waren, werden jetzt von Entwicklungsteams für Zielgruppen, Parteiinteressen und Verlagszielen bestimmt, die einen qualitativ hochwertigen Journalismus nicht effektiv gegenüber Nachrichten der Content Mill bevorzugen. Empörungs- und Verschwörungstheorien sind wirksame Mechanismen, um Leser anzusprechen. Um nur ein Beispiel zu nennen, in einer Analyse vor den deutschen Bundestagswahlen 2017 stellte Buzzfeed fest, dass sieben von zehn der am häufigsten geteilten Artikel über die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Facebook falsch waren.

Darüber hinaus sind Informationen von geringer Qualität für Leser immer schwerer zu erkennen. Digitale Nachrichten liefern häufig parteiliche Nachrichten und Verschwörungsseiten zusammen mit Artikeln aus unabhängigen Medien ohne Hinweis auf die Benutzeroberfläche, um zu unterscheiden, um was es genau geht. Die Artikel werden

dekontextualisiert geliefert - ohne Informationen darüber, ob es sich bei dem Artikel um Nachrichten oder Meinungen handelt oder ob die Verkaufsstelle über ein Impressum, Codes und Standards verfügt.

Dunkles Geld beginnt auch, lokale Nachrichten mit falschen und irreführenden Inhalten zu infiltrieren. Eine Untersuchung des Tow Center for Digital Journalism an der Columbia Journalistenschule ergab, dass mindestens 450 Webseiten in einem Netzwerk lokaler und wirtschaftlicher Nachrichtenorganisationen Tausende durch Algorithmen generierte Artikel und eine geringe Anzahl an Berichten verbreitet haben.<sup>62</sup> Netzwerke lokaler Webseiten in den US-Bundesstaaten Michigan, Illinois, Maryland und anderen Gerichtsbarkeiten, denen zusammen Impressum, lokale Adressen und eine Offenlegung ihrer Eigentums- und Einnahmequellen fehlen. Eine ähnliche Gruppe hat Webseiten in Tennessee, Minnesota und Ohio eingerichtet, die auf mehrfach geteilten Inhalten aus konservativen Quellen basieren. Die Webseiten verbreiten ihren Inhalt, indem sie auf öffentlichen Seiten verlinkt werden. USA Präsident Trumps offizielle Facebook-Seite ist dreimal mit der gefälschten Minnesota Sun verlinkt.<sup>63</sup>

Die Plattformen haben seit den Wahlen 2016 Anstrengungen unternommen, um die Verbreitung von Desinformationen zu verringern und die ungeheuerlichsten Klickfallen und Fehlinformationen zu reduzieren. Google und Facebook haben 300 Millionen US-Dollar für verschiedene Initiativen zur Wiederbelebung lokaler Nachrichten in den USA zugesagt. Mehrere Studien haben festgestellt, dass der Einsatz von Inhalten dieser Seiten auf Listen ungeheuerlicher Desinformationsseiten zurückgeht. Politisch motivierte Desinformationen sind jedoch weiterhin eine große Herausforderung. Facebook hat zum Beispiel sein NewsTab als eine Partnerschaft angepriesen, die „vertrauenswürdige“ Quellen hervorhebt. Trotzdem beinhaltete es Breitbart - die Seite, die früher von Stephen Bannon betrieben wurde und wiederholt ungenaue und brandaktuelle Inhalte enthält, darunter über Einwanderer, Afroamerikaner (es gab eine Rubrik „Schwarzes Verbrechen“) und Demokraten.<sup>64</sup>

## DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Das Informationsökosystem darf sich aber nicht weiter verschlechtern und katastrophale Auswirkungen auf die Demokratie haben. So wie transformierte Einnahmemodelle eine existenzielle Bedrohung für den Journalismus von öffentlichem Interesse darstellen, hat die aufkommende Bedrohung der Demokratie nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Informationen wiederbelebt, auch wenn der Wunsch talentierter junger Menschen nach Journalismus von selbst gestiegen ist. Wenn eine nachhaltige, langfristige Lösung umgesetzt werden kann, um sich an frühere technologische Störungen anzupassen, glauben wir, dass ein neues goldenes Zeitalter des Journalismus und der Demokratie beginnen kann.

<sup>61</sup> Emily Bell, "The Cairncross Review admits what America won't about journalism," Columbia Journalism Review, 15. Februar 2019, [https://www.cjr.org/tow\\_center/the-cairncross-review.php](https://www.cjr.org/tow_center/the-cairncross-review.php).

<sup>62</sup> Priyanjana Bengani, "Hundreds of 'pink slime' local news outlets are distributing algorithmic stories and conservative talking points," Columbia Journalism Review, 18. Dezember 2019, [https://www.cjr.org/tow\\_center\\_reports/hundreds-of-pink-slime-local-news-outlets-are-distributing-algorithmic-stories-conservative-talking-points.php](https://www.cjr.org/tow_center_reports/hundreds-of-pink-slime-local-news-outlets-are-distributing-algorithmic-stories-conservative-talking-points.php).

<sup>63</sup> Sam Levin, "Facebook promised to tackle fake news. But the evidence shows it's not working," The Guardian, 16. Mai 2017, <https://www.theguardian.com/technology/2017/may/16/facebook-fake-news-tools-not-working>.

<sup>64</sup> Casey Newton, "Facebook's Breitbart Problem," The Interface, 28. Oktober 2019, <https://www.getrevue.co/profile/caseynewton/issues/facebook-s-breitbart-problem-206787>.

**ANHANG B:**  
**WIEDERAUFBAU DES ÖFFENTLICHEN RAUMS IM DIGITALEN ZEITALTER**

---

## DIE ZUKUNFT DES KARTELLRECHTS

Francis Fukuyama

Wie jeder gelegentliche Leser von Wirtschaftsnachrichten bezeugen kann, ist das auf digitale Plattformen angewandte Kartellrecht in den Vereinigten Staaten zu einem wichtigen politischen Thema geworden, nachdem die US-Regierung über einen längeren Zeitraum hinweg kaum kartellrechtliche Maßnahmen ergriffen hatte.

Im Oktober 2019 gab eine Gruppe von etwa 40 US-Generalstaatsanwälten bekannt, dass sie dem Beispiel des Staates New York bei der Untersuchung von Kartellfragen folgen würden, und das Justizministerium und die Federal State Commission gaben an, dass sie Google und Facebook bezüglich neuer Verstöße gegen das Kartellrecht neu bewerten würden. Eine Reihe demokratischer Präsidentschaftskandidaten, angeführt von der Senatorin für Massachusetts, Elizabeth Warren, haben Anti-Kartell-Schranken in ihre Wahlkampfplattformen aufgenommen. Es gibt gute Gründe für die US-Rechtsgemeinschaft, dieses Thema neu zu bewerten, was tiefgreifende Auswirkungen sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die Zukunft der amerikanischen Demokratie haben wird.

Der Rahmen, in dem Regulierungsbehörden und Richter heute das Kartellrecht betrachten, wurde in den 1970er und 1980er Jahren als Nebenprodukt des Aufstiegs der freien Marktkönomien der Chicago School etabliert. Wie Binyamin Appelbaum in seinem jüngsten Buch *The Economists' Hour*<sup>65</sup> festgehalten hat, haben Leute wie George Stigler, Aaron Director und Robert Bork eine anhaltende Kritik an der Durchsetzung des Kartellrechts geäußert. Der größte Teil ihres Falls war ökonomisch: Das Kartellrecht wurde gegen Unternehmen angewendet, die groß geworden waren, weil sie innovativ und effizient waren. Sie argumentierten, dass das einzige legitime Maß für den wirtschaftlichen Schaden, den große Unternehmen verursachen, gemessen an Preisen oder Qualität weniger zum Wohl der Verbraucher sei. Und sie glaubten, dass der Wettbewerb letztendlich sogar die größten Unternehmen disziplinieren würde. Zum Beispiel verringerte sich das Vermögen von IBM nicht aufgrund von Kartellmaßnahmen der Regierung, sondern aufgrund des Aufstiegs von PCs. Da das Wohlergehen der Verbraucher der einzige Standard für die Erhebung einer Regierungsklage war, war es schwierig, gegen Unternehmen wie Google und Facebook vorzugehen, die ihre

Hauptprodukte kostenlos verschenkten.

Die Kritik der Chicago School brachte aber ein weiteres Argument vor: die ursprünglichen Verfasser des Sherman Antitrust Acts von 1890 interessierten sich nur für die wirtschaftlichen Auswirkungen in großem Maßstab und nicht für die politischen Auswirkungen des Monopols. Sie argumentierten, dass viele der kartellrechtlichen Maßnahmen in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg auf veränderlichen und willkürlichen Standards beruhten, in denen die Schäden für die Wirtschaft oder die amerikanische Demokratie nicht klar definiert waren.

Wir befinden uns mitten in einem umfassenden Umdenken in Bezug auf die durch die technologischen Änderungen hervorgerufenen Veränderungen.<sup>66</sup> Ökonomen und Rechtswissenschaftler beginnen, den Standard für den Wohlstand der Verbraucher als einzigen Schaden, der durch die Unternehmensgröße verursacht wird, in Frage zu stellen. „Zero Price“-Plattformen wie Google und Facebook haben enorme Unternehmen rund um die Nutzung von Benutzerdaten aufgebaut, die insbesondere bei Facebook verkauft wurden, obwohl wiederholt versprochen wurde, die Privatsphäre der Benutzer zu respektieren.<sup>67</sup> Verbraucher, die durch diesen Verlust der Privatsphäre als Gegenleistung für die kostenlosen Dienstleistungen, die sie erhalten, entschädigt werden, verstehen möglicherweise nicht, was für Geschäfte sie da gemacht haben. In anderen Fällen liegt der Schaden in großem Umfang im Verzicht auf Innovationen, da Google und Facebook Startups (wie DoubleClick oder YouTube von Google oder Instagram und WhatsApp von Facebook) aufkaufen, von denen sie möglicherweise herausgefordert werden. Durch die Größe der Plattform erhalten sie Zugriff auf Verbraucherdaten, was es sehr schwierig macht, sich gegen sie zu behaupten; Amazon zum Beispiel ist sowohl eine Plattform, auf der andere Verkäufer gehostet werden, als auch selbst der Verkäufer, der sich gegen seine eigenen Kunden behaupten kann.

Aber die politischen Schäden, die durch große Mengen verursacht werden, sind ebenfalls kritische Themen und sollten bei der Durchsetzung des Kartellrechts berücksichtigt werden. Die sozialen Medien wurden bewaffnet, um die Demokratie zu untergraben, indem der Fluss von schlechten Informationen, Verschwörungstheorien und Verleumdungen absichtlich beschleunigt wurden. Viele politische Persönlichkeiten haben deshalb eine strengere staatliche Regulierung der Sprache gefordert. Der erste Verfassungszusatz der amerikanischen Verfassung beinhaltet einen sehr strengen Schutz der freien Rede. Während viele Konservative Google und Facebook beschuldigt haben, Stimmen auf der rechten Seite „zensiert“ zu haben, gilt der erste Verfassungszusatz nur für staatliche Redebeschränkungen; Gesetz und Präzedenzfall schützen die

<sup>65</sup> Binyamin Appelbaum, *The Economists' Hour: False Prophets, Free Markets, and the Fracture of Society* (Boston: Little, Brown, 2019).

<sup>66</sup> See Lina M. Khan, "The Ideological Roots Of America's Market Power Problem," *Yale Law Journal Forum* 127 (2017); Tim Wu, *The Curse of Bigness: Antitrust in the New Gilded Age* (New York: Columbia Global Reports, 2018); Jonathan B. Baker, *The Antitrust Paradigm: Restoring a Competitive Economy* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2019).

<sup>67</sup> Roger McNamee, *Zucked: Waking up to the Facebook Catastrophe* (New York: Penguin Press, 2019).

Fähigkeit privater Parteien wie die Internetplattformen dabei, ihre eigenen Inhalte zu moderieren. Zusätzlich befreit die Sektion 230 des Communication Decency Acts von 1996 sie von der privaten Haftung, die sie sonst davon abhalten würde, Inhalte zu kuratieren.

Die Fähigkeit der US-Regierung, politische Rede zu regulieren, besteht, wie die „Fairness-Doktrin“ der Federal Fairness Commission (FFC) belegt, die in den 1970er Jahren dazu verwendet wurde, eine „ausgewogene“ Berichterstattung über die politische Rede zu fordern. Diese Doktrin wurde aber von Konservativen nachhaltig angegriffen und schließlich 1987 durch eine Verwaltungsentscheidung aufgehoben. Es ist unvorstellbar, dass die heutige FFC ein modernes Äquivalent der Fairness-Doktrin formuliert, die auf modernen Plattformen angewendet wird. Unsere Politik ist viel polarisierter; eine Einigung darüber zu erzielen, was eine inakzeptable Rede darstellt, wäre, wenn nicht rechtlich, dann doch politisch unmöglich.

Die Europäer haben sowohl regulatorische als auch kartellrechtliche Ansätze viel offener dargelegt. Die deutsche NetzDG bestraft zum Beispiel Fake News mit harten Strafen, obwohl das sehr einschneidende Konsequenzen für eine legitime politische Rede haben kann. Das europäische Recht betrachtet den Datenschutz als ein Grundrecht und hat die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verwendet, um die Fähigkeit der Plattformen zur Nutzung der Benutzerdaten einzuschränken. Während das europäische Wettbewerbsrecht viele der gleichen Prämissen wie das US-amerikanische Recht akzeptiert, ist es flexibler, wenn es Abhilfemaßnahmen für vermutete Verstöße zulässt, und hat sowohl gegen Google als auch Facebook erhebliche Bußgelder verhängt.

Ein regulatorischer Ansatz zur Moderation von Inhalten ist in den USA wesentlich problematischer. Das Problem bei der Selbstregulierung von Plattformen besteht nicht darin, dass private Unternehmen nicht in der Lage sind, Inhalte zu moderieren: Wir beklagen nicht, dass die *New York Times* die Veröffentlichung eines Verschwörungstheoretikers wie Alex Jones ablehnt, das der Zeitungsmarkt dezentralisiert und wettbewerbsfähig ist. Das Problem ist eher ein ausgewogenes: eine Entscheidung von Facebook oder YouTube, Jones nicht mitzutragen, ist aufgrund ihrer monopolistischen Kontrolle über den Internetdiskurs wesentlich schwerwiegender. Die Regierung kann die Aufgabe, zu entscheiden, was eine akzeptable Rede ist, nicht legitimerweise an ein einzelnes privates Unternehmen delegieren (, das größtenteils von einer einzelnen Person kontrolliert wird). Wir würden uns viel weniger Sorgen über das Problem machen, wenn Facebook Teil eines dezentraleren, wettbewerbsfähigeren Ökosystems für Plattformen wäre. Das Kartellrecht wird daher zu einer ernstzunehmenden Alternative zur staatlichen Regulierung, wenn man sich Sorgen über die Auswirkungen gefälschter Nachrichten und Verschwörungstheorien auf die Demokratie macht.

Es wird sehr schwierig sein, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen: es liegt in der Natur der Netzwerke, den Maßstab zu belohnen. Wie eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission feststellt, konkurrieren digitale Plattformen nicht um Marktanteile, sondern um den Markt selbst.<sup>68</sup> Es ist nicht klar, wie ein Unternehmen wie Facebook horizontal aufgeteilt werden könnte, so wie AT&T in den 1970ern, weil ein Baby-Facebook genauso wie seine Eltern mit der Zeit deren

Position sehr wahrscheinlich einnehmen würde. Es wurden andere Ideen zur Steigerung des Wettbewerbs zwischen Plattformen vorgeschlagen. Eine besteht darin, die Datenübertragbarkeit zwischen den Plattformen zu erleichtern, indem eine gemeinsame API vorgeschrieben wird, eine Forderung, die sofort auf Datenschutzbedenken stößt, da die Freunde eines Nutzers ein wesentlicher Bestandteil des Benutzerprofils sind. Eine andere Idee besteht darin, die Übernahme von Startups durch große Plattformen zu verbieten oder strenger einzuschränken oder ihnen den Zugang zu parallelen Märkten zu verbieten, in denen ihnen der Zugang auf große Mengen an Verbraucherdaten einen enormen Vorteil verschafft. Internetunternehmen könnten daran gehindert werden, sowohl Plattformen als auch Verkäufer auf Plattformen zu sein. Die Vereinigten Staaten könnten Datenschutzbestimmungen erlassen, die mit der DSGVO vergleichbar sind und dazu dienen könnten, das Ausmaß zu begrenzen, in dem Plattformen die von ihnen gespeicherten Verbraucherdaten monetarisieren können. Schließlich könnte das US-Kartellrecht Medienunternehmen aufgrund der politischen externen Effekte, die durch politische Medieninhalte entstehen, anders behandeln als andere Unternehmen in anderen Sektoren. Im Medienraum ist weniger deutlich, dass Effizienz und Wohlbefinden der Konsumenten angesichts der externen Effekte übergeordnete Ziele sind. Wenn die großen Plattformen als Medienunternehmen angesehen würden, könnten sie einer anderen Auslegung des US-Kartellrechts unterliegen.

Die zunehmende Machtkonzentration in einer Handvoll extrem großer Unternehmen, die oligopolistische oder monopolistische Kontrolle über Märkte ausüben, ist ein Problem für viele Sektoren außerhalb der digitalen Plattformen: Pharma industrie, Krankenhäuser, Internetanbieter und Telekommunikationsunternehmen, Fluggesellschaften und andere Sektoren haben in den letzten Jahrzehnten Fusionen und Übernahmen und Akquisitionen erlebt, die sie weit weniger wettbewerbsfähiger gemacht haben als noch vor einer Generation. Der Ökonom Thomas Philippon hat argumentiert, dass die US-Wirtschaft jetzt konzentrierter ist als die der Europäischen Union, und dass dies sowohl Innovation als auch Wachstum behindert hat.<sup>69</sup> Die Europäische Union hat ihrerseits die Wettbewerbspolitik gegen Google, Facebook und andere große Internetunternehmen viel offener vorangetrieben. Die derzeitige Situation in den Vereinigten Staaten ist das Nebenprodukt einer intellektuellen Revolution in den 1980er Jahren, die ein Vermächtnis für Richter und Rechtswissenschaftler hinterlassen hat, die der Ansicht sind, dass das Kartellrecht größtenteils ein uninteressantes Thema ist, da es vor langer Zeit zu einem festen Gesetz geworden ist. Eine Änderung dieser Perspektive angesichts der neuen Herausforderungen der digitalen Technologie erfordert daher eine ähnliche intellektuelle und rechtliche Revolution.

<sup>68</sup> Jacques Cremer et al., *Competition Policy for the Digital Era* (Brüssel: Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, 2019).

<sup>69</sup> Thomas Philippon, *The Great Reversal: How America Gave up on Free Markets* (Cambridge, MA: Belknap/Harvard University Press, 2019).

**ANHANG C:**  
RENOVIERUNG DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN

# REPARATUR DES RISSES ZWISCHEN DEN INSTITUTIONEN DER SELBSTVERWALTUNG UND DER ÖFFENTLICHKEIT

Nathan Gardels

In seinem Buch *Rupture* argumentiert der spanische Soziologe Manuel Castells, dass das, was wir heute erleben, keine normale Wende politischer Zyklen ist, sondern ein historischer Bruch der institutionellen Beziehung zwischen den Regierenden und den Regierten in liberalen Demokratien.

Er sieht jedoch keine neue Beziehung am Horizont, die die alten Repräsentationsarten ersetzen könnte, sondern nur Fragmente der früheren Mainstream-Parteien und Emporkömmlinge, die versuchen, ihr Team durch die Ausübung von Wahlkämpfen an die Macht zu bringen, an die immer weniger glauben. Die daraus resultierende Polarisation und Lähmung hat fast alle Gesellschaften in zwei Hälften geteilt oder sie noch weiter in eine Vielzahl von Stämmen zersplittet, die keinen Regierungskonsens erzielen konnten.

Diese Unzufriedenheit mit den Regierungsinstitutionen und dem Misstrauen ihnen gegenüber hat aufgrund der partizipativen Kraft von peer-betriebener Social Media an Attraktivität gewonnen. Das gleicht das Informationsspiel für Amateure, Profis und meritokratische Experten aus. Als Plattform, die allen offen steht, fordern soziale Netzwerke die Vormundschaft der Eliten und nicht zuletzt die Legitimität der repräsentativen Demokratie heraus.

Dieser Aufstieg sozialer Netzwerke läutet ein neues Machtverhältnis ein, das eine Änderung des Spiels für die Regierungsbildung ist. Die politische Folge dieser Machtverschiebung ist die Disposition unzufriedener Wahlkreise, die großen Entscheidungen selbst durch partizipative Plattformen oder durch die direkte Demokratie mit Referenden und Bürgerinitiativen an der Wahlurne zu treffen. Zunehmend neigt die vernetzte Bürgerschaft dazu, ganz auf regierende Vermittler zu verzichten. Laut einer 2017 durchgeföhrten globalen Meinungsumfrage bevorzugten 66% der Befragten ein System, bei dem „Bürger, nicht gewählte Beamte, direkt über wichtige Themen abstimmen, um zu entscheiden, was zum Gesetz wird.“<sup>70</sup>

Wir haben dieses Gefühl nicht nur beim Brexit-Referendum und der katalanischen Unabhängigkeitsabstimmung in Aktion gesehen, sondern auch bei Innovationen wie Decidim, der Online-

Plattform in Barcelona, die als „bürgerliche Alternative zu Facebook“ konzipiert wurde und es den Bürgern ermöglicht, sich in Bereichen von Wohnen über Verkehr bis hin zu Umweltverschmutzung an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wir haben es auch im Vorfeld der Machtübernahme der internetbasierten Fünf-Sterne-Bewegung (FSM) in Italien 2018 unter dem Motto „Mitmachen, nicht delegieren“ gesehen. Nach einer intensiven Koalition mit der von Matteo Salvini angeführten Partei einer Anti-Einwanderer-Liga, bevor diese Regierung zusammenbrach, schmiedete die FSM 2019 eine Koalition mit der zum Mainstream gehörenden Demokratischen Partei (PD) - auch wenn die FSM (mit einigem Recht) die PD als veraltet und etabliert ansieht, während die PD die FSM (mit einigem Recht) als inkompotent und demagogisch betrachtet. In einer nie zuvor gesehenen Koalition versuchen die Verteidiger der repräsentativen Demokratie und die Befürworter der direkten Bürgerbeteiligung, gemeinsam zu regieren.

„Unsere Erfahrung ist ein Beweis dafür, wie das Internet die etablierten Parteien und das bisherige Organisationsmodell der demokratischen Politik im Allgemeinen überholt hat“, sagt Davide Casaleggio, der die Online-Plattform der Bewegung betreibt und als die Macht hinter dem Netzwerk gilt. „Die Plattform, die den Erfolg der Fünf-Sterne-Bewegung ermöglichte, heißt Rousseau“, erklärt er. „Benannt nach dem Philosophen des 18. Jahrhunderts, der argumentierte, Politik sollte den allgemeinen Willen des Volkes widerspiegeln. Und genau das tut unsere Plattform: Sie ermöglicht es den Bürgern, Teil der Politik zu sein. Die durch das Internet ermöglichte direkte Demokratie hat den Bürgern eine neue Zentralität verliehen und wird letztendlich zur Dekonstruktion der gegenwärtigen politischen und sozialen Organisationen führen. Die repräsentative Demokratie - Politik durch Proxy - verliert allmählich an Bedeutung.“

2018 schuf die Regierungskoalition in Italien das erste Ministerium für direkte Demokratie in einer nationalen Regierung, das das neu eingerichtete Recht der Bürger verwaltet, Maßnahmen einzuleiten, bei denen Gesetze direkt an der Wahlurne erlassen werden, ohne das Parlament zu durchlaufen.

In Anlehnung an die Führung der FSM bestand eine wichtige Forderung der *Gilets Jaunes* in Frankreich nach einem ähnlichen Prozess mit von Bürgern initiierten Referenden, auf die Präsident Emmanuel Macron auf lokaler Ebene zumindest teilweise und auf nationaler Ebene in stark eingeschränkter Weise eingetreten ist, darin, dass eine gemeinsame Qualifikation der Bürger durch das Sammeln von Unterschriften und durch einen bestimmten Prozentsatz der Stimmen im Parlament erfordert. Macron hat außerdem angekündigt, die Empfehlungen der

<sup>70</sup> Richard Wike et al., „Globally, Broad Support for Representative and Direct Democracy,” Pew Research Center, 16. Oktober 2017, <https://www.pewresearch.org/global/2017/10/16/globally-broad-support-for-representative-and-direct-democracy/>.

Bürgerklimakonvention einem Referendum zu unterziehen, damit die gesamte Öffentlichkeit eine Stimme bei der Festlegung der künftigen Klimapolitik hat. Über mehrere Monate hinweg wurden die Mitglieder der Bürgerversammlung - 150 Personen, die nach dem Zufallsprinzip aus einem Pool von 250.000 ausgesucht wurden - an sieben Wochenenden von Experten unterrichtet und zu Themen wie Fast Fashion, Kunststoff, Transport und Wohnen beraten. „Das ist keine Konsultation, in der nach den Ansichten der Leute gefragt wird; wir bitten sie, konkrete strukturelle Maßnahmen zu ergreifen; das ist das Original“, so Julien Blanchet, der den Prozess überwacht<sup>71</sup>

„Die Leute wollen mehr Demokratie. Sie wollen nicht nur dem Gesetz folgen, sie wollen Beteiligung“, sagte Macron im Januar 2020. Dass sich das statistische, zentralistische Frankreich überhaupt in diese Richtung bewegen würde, zeigt die zunehmende Dynamik hinter der Idee, dass die Bürger durch direkte Demokratie die Kontrolle zurückerobern könnten.<sup>72</sup>

2020 wird Neuseeland eine Reihe von Referenden über Sterbehilfe, Legalisierung von Cannabis und Abtreibung abhalten, die sie als „Gewissensabstimmungen“ bezeichnen, um die parlamentarische Agenda zu diesen Themen anzuleiten.<sup>73</sup>

Auch 2020 wurde James Fishkin, der in Abstimmungen beratende Guru der Stanford Universität, nach Island eingeladen, um die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zwischen einem Crowd-Sourcing-Dokument und der bestehenden Verfassung zu vermitteln.

Die gesamte Brexit-Episode hat einige langjährige traditionelle Politiker zur Sache überlegter in Sachen beratener Versammlungen werden lassen.

„Das Vertrauen in unsere repräsentativen Demokratien ist zusammengebrochen, weil die politischen Parteien ihre traditionelle Rolle der Versammlung und anschließenden Anrechnung der öffentlichen Meinung nicht mehr wahrnehmen, um einen informierten Konsens zu erzielen“, sagt der frühere britische Premierminister Gordon Brown. „An ihrer Stelle erwecken Facebook, Twitter und unsere sozialen Medien den Eindruck, dass wir eine direkte Demokratie haben, in der durch die Weitergabe repräsentativer Institutionen Anführer und Geführte zu gleichen Bedingungen miteinander kommunizieren können.“

Er fährt fort: „Im besten Fall sind unsere sozialen Medien aber ein lautes Spiel ohne Schiedsrichter und im schlimmsten Fall eine Echokammer, die die extremsten Ansichten isoliert und nachhallen lässt. Es kann Jahre dauern, bis das Parteiensystem wieder aufgebaut ist. In der Zwischenzeit können wir versuchen, durch Bürgerversammlungen eine informierte direkte Demokratie aufzubauen. Das würde in einem Mikrokosmos Bürger zusammenbringen, die Zeit damit verbringen würden, die Fakten zu hören, die Experten zu befragen und die Ansichten der Fraktionen in Frage zu stellen... Ich bin sicher, wir werden [über solche Bürgerplattformen] feststellen, dass wir weitaus toleranter,

fairer und nach außen gerichteter sind als die Extremisten, die heute behaupten, in unserem Namen zu sprechen.“<sup>74</sup>

Das schottische Parlament hat eine Bürgerversammlung in Auftrag gegeben, die Optionen und Wege für die Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien nach dem Brexit erörtern wird.

In einem Leitartikel vom 11. August 2019 befürwortete die *Financial Times* die wachsende Anziehungskraft der deliberativen Demokratie:

„Wenn die polarisierte Meinung demokratische Normen zu einer Quelle der Lähmung macht, werden zu viele Wähler in die Arme starker Männer getrieben, die solche Prinzipien nur an der Oberfläche verwenden, um ihren Griff nach der Macht zu schmücken. Aber die Demokratie ist nicht wehrlos. Institutionen, die mit Polarisierungen zu tun haben, müssen innovativ sein. Um ihren demokratischen Rechtfertigungen treu zu bleiben, sollten sie sich in Richtung einer besseren Ausübung begründeter Meinungsverschiedenheiten anpassen - aber niemals Verstummen. Es gibt Gründe dafür, die Demokratie nicht nur innerhalb der politischen Klasse, sondern unter den Bürgern insgesamt durch Bürgerversammlungen deliberativer zu gestalten - beratende Gruppen, die als Vertreter der Wählerschaft im Ganzen erstellt werden...“<sup>75</sup>

Dieser Trend setzt sich auch außerhalb der langjährigen Demokratien Europas und einiger amerikanischer Demokratien fort. Im August 2019 trafen sich Aktivisten aus sechs Kontinenten in Taichung, Taiwan, und erklärten „ein starkes gemeinsames Gefühl moderner direkter Demokratie—und Instrumente wie Initiativen und Referenden—eine große Rolle in der Welt spielen sollten. Systeme der direkten Demokratie dürfen nicht wie ein einsamer Baum in einer Wüste allein gelassen existieren. Sie müssen von einer partizipativen und demokratischen Infrastruktur umgeben sein - wie zum Beispiel Bürgerversammlungen - die die Regeln des Prozesses verdeutlichen und sicherstellen, dass alle Menschen direkte demokratische Instrumente nutzen und ihre demokratischen Rechte ausüben können... Das Internet und demokratische Instrumente können die direkte Demokratie robuster, zugänglicher und transparenter machen, wie wir hier in Taichung gesehen haben, mit der mobilen Plattform der Stadt für Regierungstransparenz und Bürgerideen.“<sup>76</sup>

Audrey Tang, Digitalministerin von Taiwan, weist den Weg. Die Transgender-Ministerin verwaltet den jährlichen „Präsidenten-Hackathon“, der aus der Sunflower-Protestbewegung von 2014 hervorgegangen ist und an dem jedes Jahr fast 10 Millionen Bürger über eine digitale Bürgerplattform teilnehmen, um einen Konsens über Schlüsselfragen zu erzielen, die dann die Politik des Parlaments und der Regierung bestimmen. „Datenzusammenarbeit“ durch „radikale Transparenz“ anstelle einer zentralisierten Datenkontrolle ist das Motto ihres Büros.

<sup>71</sup> Angelique Chrisafis, “Citizens’ assembly ready to help Macron set French climate policies,” *The Guardian*, 20. Januar 2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/10/citizens-panels-ready-help-macron-french-climate-policies>.

<sup>72</sup> Robert Williams, “France’s President Calls For a Referendum on Climate Change,” *Bloomberg*, 10. Januar 2020, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-01-10/france-s-president-calls-for-a-referendum-on-climate-change>.

<sup>73</sup> Charlotte Graham McLay, “New Zealand is Tackling Hot-Button Liberal Issues in One Scoop,” *New York Times*, 16. November 2019, <https://www.nytimes.com/2019/11/26/world/asia/new-zealand-euthanasia-cannabis-abortion.html>.

<sup>74</sup> Gordon Brown, “Divisive Us v Them nationalism is biggest threat to Union in 300 years,” Gordan and Sarah Brown, 25. Juni 2019, <https://gordonandsarahbrown.com/2019/06/gordon-brown-divisive-us-v-them-nationalism-is-biggest-threat-to-union-in-300-years/>.

<sup>75</sup> Editorial Board, “Deliberative Democracy is just what Politics needs,” *Financial Times*, 11. August 2019, <https://www.ft.com/content/6bc199c8-b836-11e9-96bd-8e884d3ea203>.

<sup>76</sup> ebd.

Ministerin Tang bietet diese Coda für die technikgestützte Bürgerbeteiligung als Alternative zur Silicon Valleys App-Down-Vorlage:

**Wenn wir ein „Internet der Dinge“ sehen, lasst es uns zu einem Internet der Wesen machen.**

**Wenn wir „virtuelle Realität“, sehen, lasst sie uns zu einer miteinander geteilten Realität machen.**

**Wenn wir „maschinelles Lernen“ sehen, lasst es uns zu einem gemeinsamen Lernen machen.**

**Wenn wir „Nutzererfahrung“ sehen, lasst sie uns zu einer menschlichen Erfahrung machen.**

**Wenn wir hören, dass die „Singularität nahe ist“, lasst uns daran erinnern, dass die Pluralität da ist.**

In Chile fordern die Bürger nach monatelangen Demonstrationen, die die Regierung dazu veranlassten, eine neue Verfassung zu fordern, ein Mitspracherecht bei den örtlichen Bürgerversammlungen, bevor die Maßnahme zu einem Referendum führt. Sowohl die Regierung als auch die Bürgergruppen haben Fishkin nach Santiago eingeladen, um bei der Diskussion zur Verfassung zu vermitteln.

In Mexiko hat der linkspopulistische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador ebenfalls eine „partizipative Demokratie“ gefordert und eine Reihe von Konsultationen eingeleitet, die aber häufig als manipulierte Bemühungen zur Bestätigung der Agenda des Präsidenten kritisiert werden. Der neue Präsident Tunesiens, der Verfassungsanwalt Kais Saied, hat überparteiliche Gemeinderäte zur Beratung vorgeschlagen, die Regionalberater wählen, die wiederum Abgeordnete wählen, eine Art Kombination aus direkter Demokratie und indirekten Wahlen, die darauf abzielen, die Regierung an die Bürger zurückzugeben und ein System zu vermeiden, das ausschließlich in der Hand von Parteien liegt.

Der frühere griechische Premierminister George Papandreou hat einen weiten Weg zurückgelegt und einen von Bürgern dominierten „vierten Regierungszweig“ gefordert. „Diese neue beratende Abteilung, an der alle Bürger—die ‚Demos‘—teilnehmen könnten, würde neben der Exekutive, der Legislative und der Justiz sitzen“, hat er geschrieben.<sup>77</sup>

## DER SINN DER PARTIZIPATION

Bevor wir fortfahren, ist es an dieser Stelle wichtig, klar zu definieren, was hier unter der Forderung nach Partizipation zu verstehen ist. Das bedeutet nicht, dass die Bürgerschaft auf irgendeine Weise ständig zu Aktivisten mobilisiert wird, die ihre ganze Freizeit damit verbringen, sich mit den Themen zu befassen und bei jedem Referendum in Scharen unterwegs sein zu müssen. Der Durchschnittsbürger ist im Großen und Ganzen zu beschäftigt mit der Familie und der Arbeit, um sich ständig aktiv in der Politik zu engagieren, und es gibt keinen Hinweis darauf, dass es das ist, was er will.

Die Forderung nach „Partizipation“ als Mittel „die Kontrolle zurückzugewinnen“, bedeutet die *verlässliche Erwartung* eines Prozesses, in dem alle Stimmen gehört und unter anderem bei

Entscheidungen abgewogen werden, die jedes einzelne Leben betreffen. Wenn die operativen Praktiken und Institutionen der Selbstverwaltung als unparteiisch und inklusiv angesehen werden, akzeptieren die Bürger das Ergebnis des Wettbewerbs um Ideen und Interessen als fair—selbst wenn sie auf der Verliererseite eines Streits landen oder nur einen halben Laib Brot durch Trade-Offs erhalten und das einen Konsens verhindert. Es würde zu weit gehen zu sagen, dass ein System am Besten funktioniert, wenn es „glückliche Verlierer“ gibt. Es wäre aber angebracht zu sagen, dass die Bürger, wenn sie davon überzeugt sind, dass der Prozess legitim ist, weil er ihre ausdrücklichen Bedenken nicht ausgeschlossen hat, nicht mit dem System unzufrieden werden.

Der wachsende Reiz der direkten Demokratie ist genau das: Die Bürger wissen, dass es einen geeigneten Ort für ihre unmittelbare „Agentur“ gibt, wenn gewählte Vertreter, die von einem Insider-Establishment mit organisierten Sonderinteressen eingefangen wurden, Probleme vernachlässigen oder nicht ansprechen wollen, die für den Durchschnittsbürger von größter Bedeutung sind.

Wie Bruno Kaufmann berichtet: „113 der weltweit 117 demokratischen Länder bieten ihren Bürgern gesetzlich oder verfassungsrechtlich festgelegte Rechte an, um eine Bürgerinitiative, ein Referendum oder beides voranzutreiben. Und seit 1980 haben 80 Prozent der Länder weltweit mindestens ein landesweites Referendum oder eine Volksabstimmung zu einem Gesetzgebungs- oder Verfassungsproblem durchgeführt. Von allen landesweiten Volksabstimmungen in der Geschichte hat mehr als die Hälfte in den letzten 30 Jahren stattgefunden. Bis Mai 2019 haben fast 2.000 solcher Abstimmungen stattgefunden: 1.075 in Europa, 193 in Afrika, 192 in Asien, 187 in Amerika, 117 in Ozeanien.“<sup>78</sup>

Die Explosion direkter und partizipativer demokratischer Praktiken auf lokaler und provinzieller Ebene, so Kaufmann, hängt mit dem Aufstieg des populistischen Autoritarismus zusammen. Die Frustration mit demokratischen Systemen auf nationaler Ebene wächst“, berichtet er, „und ja, manche Menschen fühlen sich mehr zum Populismus hingezogen. Ein Teil dieser Frustration fließt jedoch in positive Energie - in die demokratischere und direkte Demokratie.“ Manche nennen das „von unten herauf führen“.<sup>79</sup>

## WO DELIBERATION INS SPIEL KOMMT

Die Schweiz, viele demokratische Staaten wie Kalifornien und Städte auf der ganzen Welt setzen seit langem den Mechanismus der direkten Demokratie von bürgerlichen Wahlinitiativen mit sehr gemischten und oft schädlichen Ergebnissen ein. Was diesen neuen Anstieg qualitativ anders macht, ist der Umfang und das Ausmaß der sozialen Konnektivität, die ihn stärken. In der Tat wird die direkte Demokratie im digitalen Zeitalter, wenn sie nicht unmittelbar vermittelt wird, den sozialen Medien selbst sehr ähnlich sein. Sie wird das Gute, das Böse und das Hässliche umfassen, eine Plattform nicht nur für die Verbreitung innovativer Ideen, die auf Bedenken der Bürger eingehen, sondern auch für schlecht gelaunte Blogmobs, hasserfüllte Gefühle, alternative Fakten, absolute Lügen, utopische Wahnvorstellungen und Schlimmeres.

Aber der Geist ist jetzt aus der Flasche entwichen und wird nicht in

<sup>77</sup> George Papandreou, “We Need a Fourth Branch of Government,” *New York Times*, 8. Oktober 2019, <https://www.nytimes.com/2019/10/08/opinion/fourth-branch-of-government.html>.

<sup>78</sup> Bruno Kaufmann and Joe Matthews, “Democracy doomsday prophets are missing this critical shift,” *Washington Post*, 8. Mai 2018, <https://www.washingtonpost.com/news/theworldpost/wp/2018/05/08/direct-democracy-is-thriving/>.

<sup>79</sup> ebd.

die Formen und Konzepte der demokratischen Regierungsführung zurückgedrängt, die seit dem 18. Jahrhundert vorherrschen.

All das präsentiert ein Paradox der Regierungsführung im digitalen Zeitalter: Je mehr Beteiligung vorhanden ist, desto größer ist die Notwendigkeit, unparteiische Praktiken und Institutionen auszugleichen, die die Kakophonie der Stimmen verarbeiten können, die Flut umstrittener Informationen ausgleichen, faire Kompromisse zwischen den Welten von Interessenkonflikten aushandeln und auf das magische Denken oder Fremdenfeindlichkeit, die mit einer vernetzten Volksstimmung einhergeht, verzichten können. In dieser neuen Ära der verteilten Macht ist ein solcher Ballast für das Überleben der Republiken ebenso wichtig wie das Engagement der Bürger für die Regierungsführung.

Die Ausübung kollektiver Intelligenz erfordert „kühle und nüchterne Überlegungen“, die im digitalen Zeitalter die öffentliche Sicht noch mehr erweitern als in der Zeit der amerikanischen Gründerväter und anderer, die den Verfassungsrahmen entworfen haben, der die liberale Demokratie ermöglicht hat, wie wir sie bisher kennen. Wenn der Ethos der digitalen Disruptoren darin bestand, „schnell zu handeln und Dinge zu zerbrechen“, muss der Kontrapunkt der Demokratien im 21. Jahrhundert darin bestehen, „absichtlich zu handeln und Dinge zu reparieren.“

## WENN KI IN DER POLITIK ANKOMMT

Jamie Susskind, der Autor von *Future Politics: Living Together in a World Transformed by Tech*, wirft einen noch ausführlicheren Blick auf die Effekte der digitalen Technologie in der Selbstverwaltung, während er die heutige Revolution in den historischen Kontext einfügt. Er überlegt, wie das Aufkommen der künstlichen Intelligenz (KI) das Potenzial hat, die Qualität der demokratischen Regierungsführung sowohl zu verringern als auch zu verbessern - in Bezug auf Beratung, Entscheidungsfindung, öffentliche Verwaltung und die Durchsetzung von Gesetzen und Regeln.

„*Deliberation*“, schreibt er, „ist der Prozess, durch den Mitglieder einer Gemeinschaft politische Fragen diskutieren, um Lösungen zu finden, die von allen (oder den meisten) vernünftigen Menschen akzeptiert werden können. Das Internet hat bereits die Art der Foren verändert, die wir für Beratungen verwenden. Für normale Bürger findet eine wachsende Menge politischer Reden auf digitalen Plattformen statt, die privaten Einrichtungen gehören und von diesen kontrolliert werden. Die frühen Konsequenzen dieser Entwicklung werden klarer, wobei sich die jüngsten Bedenken auf die Polarisierung und Fragmentierung zwischen rivalisierenden Fraktionen und die Verbreitung von ‚Fake News‘ konzentrieren. Eine weitere Quelle wachsenden Unbehagens sind die privat getroffenen Entscheidungen darüber, wer am Beratungstisch teilnehmen kann (und wer blockiert oder verboten ist), was gesagt werden kann (und was verboten ist) und wie es gesagt werden darf (nicht mehr als 280 Zeichen usw.)“.

Er betrachtet die Aussicht auf eine „radikalere - aber keineswegs phantasievolle - langfristige Aussicht“ mit „Menschen [endend] als einzige Teilnehmer im deliberativen Prozess. Es ist wichtig zu erkennen, dass Bots in der Zukunft in der Lage sein werden, auf eine Weise zu deliberalisieren, die mit der menschlichen Raffinesse konkurriert - und diese sogar übertrifft.“ In dem Maße, in dem KI

kollektive Präferenzen besser sammeln und Muster besser erkennen kann als Menschen, wird das die Deliberation verstärken. Mehr und bessere Daten können die Entscheidungsfindung nur verbessern.

Dann widmet er sich dem Begriff der *direkten Demokratie*—„seit Jahrhunderten wegen der Größe und Komplexität moderner Politiken außer Acht gelassen.“ Es ist möglich, schreibt er, „wenn auch nicht unbedingt wünschenswert, dass die Bürger auch in Zukunft möglicherweise über mehrere Richtlinien pro Tag abstimmen können, indem sie Smartphones verwenden oder was auch immer diese ersetzt. Es wird den Menschen auch möglich sein, ihre Stimme zu bestimmten Themen an andere zu delegieren, denen sie vertrauen - zum Beispiel an ein Konsortium aus Ärzten, Krankenschwestern und Patientengruppen zu gesundheitspolitischen Fragen. Das ist die so genannte „Liquid Democracy“.

Für Susskind ist die große Frage für die kommende Demokratie, wie sich zunehmend leistungsfähige Systeme, die die massiven Daten aus dem „Internet der Dinge“, in das Milliarden verbundener Geräte integriert sind, quantifizieren und verarbeiten können, auf unsere Selbstverwaltung auswirken.

## Partizipation ohne Populismus

Die dringendste Aufgabe ist heute daher, herauszufinden, wie die neuen Instrumente des digitalen Zeitalters genutzt und innovative Deliberationspraktiken angewendet werden können, um den Verstoß gegen das Misstrauen zwischen den Institutionen der Selbstverwaltung und der Öffentlichkeit zu beheben. Dies beinhaltet die Integration sozialer Netzwerke, KI und direkter Demokratie in das politische System durch die Schaffung neuer Vermittlungspraktiken und -institutionen, die die schwindende Legitimität der repräsentativen Demokratie ergänzen und kompensieren. Diese weiterentwickelte Form der Demokratie für das 21. Jahrhundert kann als „Partizipation ohne Populismus“ bezeichnet werden.“

## GRUNDLAGENRAHMEN: ÜBER DIE WAHLURNE HINAUS

Bei der Konzeption eines neuen institutionellen Designs für die künftige Regierungsführung müssen wir zu den ersten Grundsätzen zurückkehren. Der Philosoph und politische Theoretiker Philip Pettit hat den Grundstein gelegt. Das Ziel der Volksouveränität ist die Kontrolle der „Regierung durch ihre Bürger“ durch Mechanismen, die die Zustimmung der Regierten sicherstellen. Was abseits der Wahlurne passiert, argumentiert er, sei für die Kontrolle der Regierung durch alle Bürger ebenso wichtig wie Wahlen. Es sind die operativen Machtbeschränkungen und die unparteiischen Regeln und Praktiken der „wettbewerblichen Zusammenarbeit“ mit Beratung, die eine „inklusive“ Demokratie garantieren, in der die Werte und Interessen aller Bürger und nicht nur der Mehrheit bei Wahlen oder organisierte Sonderinteressen in jedem Entscheidungsprozess gegeneinander abgewogen werden. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen einer gemischten konstitutionellen Republik und der reinen Demokratie, die viele heute fördern und die von den amerikanischen Gründervätern so verabscheut wurde, dass Thomas Jefferson sie als „Wahldespotismus“ bezeichnete.

In einem inklusiven Registrierungssystem muss das Design danach streben, ein „distanziertes Urteil“ zu erreichen, das alle Bürger

als gleichwertig ansieht, selbst in einem Mehrheitsregime, indem „affektive Interessen und Investitionen“ zu „stabilen Spaltungen, von denen einige Teile zu mehr oder weniger festgelegten Minderheiten“ führen können.

Um durch diese Schwärme der Selbstverwaltung zu navigieren, in dem das Ziel *Inklusion und Konsens* ist, wird mehr gefordert, als dass jeder das Maximum seiner eigenen Interessen wahrt, indem er an Macht gewinnt. Das allein wird schon dazu führen, dass die Regierung das Richtige tut oder es zu einem Stillstand zwischen den Fraktionen kommt. Nur durch einen deliberativen Prozess zu regieren, der „aus allgemeingültigen Gründen begrenzt ist“, kann die Trennung aufgebrochen werden und ein Regierungskonsens gefunden werden.

Wie Pettit es ausdrückt: „Die Notwendigkeit für Teilnehmer am öffentlichen Diskurs, Einschränkungen zu akzeptieren, nur Gründe zu benennen, die von allen Seiten als relevant anerkannt werden (d.h. nicht nur Eigeninteresse) ist ein Sonderfall der allgemeinen Notwendigkeit, dass sich Menschen in einer Demokratie an die Regeln halten, die ihnen erlauben, miteinander um den Sieg zu streiten. Tatsächlich kann diese Einschränkung die Regel sein, die für die Möglichkeit der Demokratie am grundlegendsten ist. Wenn und nur wenn es akzeptiert wird, besteht die Hoffnung, dass die Menschen einen gemeinsamen Rahmen finden, unter dem sie ihre wettbewerbsorientierten politischen Ziele auf friedliche Weise verfolgen können.“

In unserer populistischen Zeit der Polarisierung und Lähmung, die tatsächlich plebisizitäre Regeln annimmt, ist nichts wichtiger als die Förderung von Praktiken und der Aufbau neuer Institutionen, die vertrauenswürdige Rahmenbedingungen für die Ausübung der Beschränkung gemeinsamer Gründe schaffen. In verschiedenen Gesellschaften erfordert die Möglichkeit, einen Konsens oder einen Kompromiss zu erreichen, unparteiische Plattformen - Insel des guten Glaubens und Willens - die außerhalb des Einflussbereichs organisierter Sonderinteressen liegen und vom unmittelbaren Wahlkampf der Parteien, die auf der Suche nach Macht ihren Vorteil anstreben, isoliert sind. Kurz gesagt, die Entscheidungsfindung, insbesondere wenn es um direkte Demokratie geht, benötigt eine *Entpolitisierung* der Institutionen, in denen die Deliberation stattfindet und in denen überprüfte Fakten und Fachkenntnisse zum Tragen kommen. Wie der amerikanische Journalist der Progressiven Ära Walter Lippmann einst schrieb:

„Der Wert der Vermittlung durch Experten besteht nicht darin, dass sie eine Meinung bilden, mit der die Parteien gezwungen werden, sondern darin, dass sie Parteilichkeit auflösen.“

Um ganz deutlich zu sein, heißt das nicht, sich vorzustellen, dass parteipolitische Perspektiven und echte Konflikte irgendwie aus der Politik entfernt werden können. Man muss sagen, dass der faire Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Interessen und Werten, die Entscheidungen legitimiert, nur durch deliberative Plattformen gewährleistet werden kann, die selbst unparteiisch und keiner Partei zugehörig sind. Und es muss gesagt werden, dass der wahrscheinlichere Weg zu Kompromissfindung und Konsens darin besteht, dass die Leidenschaften der Parteien beschnitten werden.

Wie Pettit vorschlägt, kann ein solcher Prozess der Deliberation, der entweder zur Entscheidungsfindung in Bezug auf Gesetzgebung

oder Referenden einfließt, die Überweisung umstrittener Fragen an Expertenausschüsse, die Überweisung an eine Einzelperson oder eine Gruppe, die als unparteiisch betrachtet wird oder sogar der Rückgriff auf einen Lotteriemechanismus umfassen sowie ähnliche Vorkehrungen.

(Fußnote: \*In Bezug auf Expertenausschüsse ist die Praxis der Base Closing Commissions in den USA zu beachten. Da die Schließung einer Militärbasis in einem Wahlkreis mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen für amtierende Politiker politisch als zu teuer angesehen wurde, wurden diese Entscheidungen in den 1980ern und 1990ern an eine unabhängige Kommission delegiert, die von der Kongressleitung ernannt wurde und aus ehemaligen Generälen und ehemaligen lokalen gewählten Beamten sowie ehemaligen Kongressmitgliedern bestand. Die Empfehlungen der Kommission konnten vom Kongress insgesamt so oder so entschieden werden—ohne Zusatzbestimmungen. Das isolierte die Politiker von jeglichen lokalen politischen Kosten, während sie Politik im Sinne der gesamten Nation machten.

Um noch ein wenig weiter zu gehen, der Wert einer nicht gewählten technokratischen Regierung, wie sie Mario Monti 2011-2013 als italienischer Ministerpräsident leitete, besteht darin, dass sie schwierige Entscheidungen treffen und Richtlinien formulieren kann, die die langfristigen Interessen aller Bürger berücksichtigt, statt der vordergründigen Prioritäten, die in einer von Parteien gebildeten Regierung vorherrschen, die Sonderinteressen verfolgt. Es ist zweifelhaft, ob die von der Regierung Montis umgesetzten steuerlichen Maßnahmen, einschließlich der Kürzung neuer Rentenleistungen und der Erhöhung des Rentenalters, durch eine Parteidurchwahl hätten erreicht werden können. Dass die derzeitige Koalition an der Macht in Italien darauf abzielt, die Rentenmaßnahmen aufzuheben, legt den Hauptfehler technokratischer Regierungen offen: Sie wurde als nicht legitimiert angesehen - trotz der Tatsache, dass Monti vom überparteilichen Präsidenten Italiens ernannt wurde, um eine Regierung zu leiten, in dem eine parteiliche Mehrheit bereits vorhanden war, die seiner Ernennung und den vorgeschlagenen Reformen zustimmte.

Die demokratische Regierungsführung könnte verbessert werden, indem der unparteiische und sachkundige Charakter der Technokratie mit Mechanismen verbunden wird, die über die repräsentative Regierung hinausgehen, um die Legitimität herzustellen und die Verwaltung durch die Besten und die Klügsten mit alternativen Mitteln zur Registrierung der Zustimmung der Regierten in Einklang zu bringen. Eine Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, die nach ausführlicher Konsultation entwickelten Richtlinievorschläge in einem „Bestätigungsreferendum“ einer öffentlichen Abstimmung zu unterziehen, dem die Einberufung einer Reihe von Bürgerversammlungen vor der Abstimmung vorausgeht, ein Prozess, der mögliche Änderungen mit sich bringen kann, wenn das dem Zweck entspricht. Die Erfahrung der Bürgerversammlung in Irland zeigt, wie eine Gruppe von Bürgern, die sich auf eine für das Ganze stehende Weise versammelt hat, die selbst in einer emotionalen Frage eben Konsens erreichen kann, wenn Fragen außerhalb der Wahlarena erörtert werden. Im irischen Fall überzeugte dieser Prozess, der Bürgern „wie uns“ anvertraut wurde, die Wähler davon, eine Anti-Abtreibungs-Klausel über ein Referendum mit großer Mehrheit aus der Verfassung streichen zu lassen.)

Nach diesem grundsätzlichen Rahmen beinhaltet jedes neue Governance-Design, das Partizipation ohne Populismus ermöglicht, die Einrichtung (a) offener Plattformen für den öffentlichen Diskurs, auf denen die Vertrauenswürdigkeit und Integrität von Informationen gewährleistet ist; (b) solide Orte, an denen die Bürger ihre Bedenken äußern können und (c) desinteressierte, unparteiische und „entpolitisierte“ Räume für die Deliberation und Bearbeitung von Anliegen der Bevölkerung durch Verhandlungen und Kompromisse in Bezug auf Reaktionsfähigkeit und so weiter.

### **ELEMENTE EINES HYBRIDEN SYSTEMS: PARTIZIPATORISCHE UND DIREKTE DEMOKRATIE + REPRÄSENTATIVE REGIERUNG**

Die Herausforderung für liberale Demokratien besteht darin, die neuen technologischen Instrumente und die gegenwärtigen Methoden der Deliberation und Verwaltung in ein neues politisches hybrides System einzubauen, das sowohl direkte Demokratie als auch ein stärkeres Engagement der Bürger für ihre Regierungsvertreter umfasst. Dies beinhaltet:

- Innovative Praktiken wie „Crowdlaw“, die „kollektive Intelligenz“ durch vernetzte Deliberation mobilisieren, um öffentliche Prioritäten zu registrieren und die Agenda sowohl für Gesetzgeber als auch für Sponsoren von Bürgerinitiativen und Referenden festzulegen;
- Interaktive Bürger-Software wie Lex Iscritti, die von der FSM in Italien eingesetzt wird und es den Wahlkreisen ermöglicht, gesetzgeberische Maßnahmen direkt mit ihren gewählten Vertretern zu wiederholen;
- Bürgerversammlungen, politische Jurys und absichtliche Umfragen, bei denen zufällig ausgewählte Gruppen von Bürgern stellvertretend für die Gesamtbevölkerung zusammenkommen, auch durch Lotterie, die Pro und Contra-Argumente hören und mit überprüften Fakten konfrontiert werden, um einen Konsens über ein ausgewähltes Thema zu erzielen. Die Ergebnisse dieser Deliberationen können als Empfehlungen an Gesetzgeber oder Wähler bei einem Referendum dienen oder bei einer Abstimmung so oder so verbindlich sein.
- Erfordert den deliberativen Prozess einer „zweiten Lesung“ von Maßnahmen, die von Bürgern initiiert wurden, sowie von der Regierung gesponserte Referenden, bevor sie zur Abstimmung an die Wahlurne gehen. Das kann geschehen durch:
  - Bürgerversammlungen und Überprüfungsgremien der oben genannten Art, um sowohl von der Regierung geförderte Referenden als auch Bürgerinitiativen zu erörtern;
  - Ermächtigung von Gesetzgebern, mit Sponsoren von Bürgern zu verhandeln, um die Verfassungsmäßigkeit ihrer vorgeschlagenen Maßnahmen zu überprüfen, Probleme zu beheben, unbeabsichtigte Konsequenzen zu entdecken und Änderungen im Einklang mit der Absicht des Sponsors vorzunehmen. Wenn eine Einigung für die Lösung des Problems durch Gesetzgebung erzielt wird, kann die Maßnahme des Bürgers zurückgezogen werden. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, kann der Gesetzgeber eine alternative, konkurrierende Maßnahme in die öffentliche Abstimmung

aufnehmen, ohne die erforderlichen Unterschriften zur Qualifikation zu sammeln;

- Neukonfiguration des Oberhauses oder des Senats von Gesetzgebern als überparteiliches Gremium, das teilweise durch das Los und teilweise durch direkt gewählte oder ernannte Mitglieder auf der Grundlage von Erfahrung und Fachwissen ausgewählt wird (um es vor dem Druck besonderer Interessen in Wahlkämpfen zu schützen) als primäre Institution für eine „nüchterne zweite Lesung“ von durch Bürger initiierten Maßnahmen sowie legislativen Vorschlägen des Unterhauses. Es wäre befugt, mit den Sponsoren der Bürger zu verhandeln, um eine gemeinsame Einigung zu erzielen oder eine konkurrierende Maßnahme auf den Stimmzettel zu setzen.
- Schaffung einer Europäischen Bürgerversammlung als zweites Haus des Europäischen Parlaments. [Zwischenschritte zu diesem Ziel wären ein Bürgergesetz im Rahmen des aktuellen Prozesses der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), das eine Debatte und eine „vorläufige Abstimmung“ über das vorgeschlagene Thema im EU-Parlament vorschreibt (da das Parlament keine Gesetze einleiten kann, das kann nur die EU-Kommission). Darüber hinaus sollte die Kommission die Bereiche ihrer Zuständigkeit für Gesetzesvorschläge klar definieren und festlegen, und wenn die qualifizierten Unterschriften der EBI für eine Maßnahme innerhalb dieser Parameter einen bestimmten Schwellenwert erreichen, sollten sie als Reaktion auf den Vorschlag Rechtsvorschriften formulieren oder ein europaweites Referendum durchführen.]
- Integration der Lernalgorithmen der KI in allen oben genannten Praktiken, sofern sie die Konsultation, Beratung oder Entscheidungsfindung der Bürger verbessern.

### **FAZIT**

Obwohl nicht als Vorlage für die Steuerung liberaler Demokratien im digitalen Zeitalter systematisiert, existieren im Westen schon viele dieser embryonalen Elemente und Deliberationspraktiken.

Da die Praktiken und Institutionen demokratischer Deliberation die zentrale Plattform sind, über die offene Gesellschaften ihre konsequentesten Entscheidungen treffen, ist die Wiederherstellung des Vertrauens in die Inklusivität und Unparteilichkeit von Institutionen der Selbstverwaltung des zentralen Gebot, wenn die Bürger die Kontrolle über ihr Schicksal „zurückerobern“ sollen. Weder eine Hinwendung zur Autokratie noch eine lahme Bindung an funktionsgestörte Regierungsformen bieten eine Antwort auf die Frage, wie offene Gesellschaften im 21. Jahrhundert regiert werden können.

Ein gemischtes Verfassungssystem für das digitale Zeitalter, das der partizipativen Macht der sozialen Medien Rechnung trägt, indem es die Zone des direkten Engagements der Bürger erweitert und über eine Reihe von Deliberationen verfügt, würde das schwindende Vertrauen in politische Parteien und repräsentative Regierungen sowohl ergänzen als auch kompensieren.

## CROWDLAW: BÜRGER BESTIMMEN DIE AGENDA

Mehr als einhundert lokale Stadträte auf regionaler und nationaler Ebene, von Island über Irland bis nach Indien, wenden sich dem „Crowdlaw“ zu, eine Form des Crowdsourcing, das neuartige Plattformen und Prozesse für Plattformen für kollektive Intelligenz nutzt, um Regierungen bei der Interaktion mit Bürgern zu helfen. Crowdlaw basiert auf der einfachen, aber wirkungsvollen Idee, dass Parlamente, Regierungen und öffentliche Institutionen besser arbeiten, wenn sie neue Technologien nutzen, um in jeder Phase des Rechts- und Politikzyklus verschiedene Informationsquellen, Urteile und Fachkenntnisse zu erschließen. Dies trägt zur Verbesserung der Qualität und der Legitimität der daraus resultierenden Gesetze und Richtlinien bei.

Da kollektive Intelligenz hilft, kollektive Weisheit zu sammeln, ist sie nützlich, um Probleme zu identifizieren. Zum Beispiel ermöglicht das Crowdlaw-Projekt vTaiwan, das von der taiwanesischen Digitalministerin Audrey Tang unterstützt wird, der Öffentlichkeit, öffentliche Probleme zu definieren. Anschließend werden mit Hilfe von Software für maschinelles Lernen Arbeitsgruppen gebildet, um Richtliniennachrichten zu erstellen. In mehr als 80 Prozent der Fälle haben öffentlich definierte Themen zu Maßnahmen der Regierung geführt, größtenteils, weil der Prozess die kollektive Intelligenz eng in die öffentliche Entscheidungsfindung mit einbezieht. Bisher wurden 26 nationale Themen, darunter die Regulierung von Uber, Tele-Medizin und Online-Bildung, mit über 200.000 Teilnehmern erörtert.

Kollektive Intelligenz ist auch gut darin, Gruppen von Menschen zu helfen, nachzudenken und zu diskutieren. In Island hat die Hauptstadt von Reykjavik ein eigenes Crowdlaw-Projekt unter dem Namen Better Reykjavik, das von der Active Citizens Foundation ins Leben gerufen wurde, mit dem die Benutzer Möglichkeiten zur Verbesserung der städtischen Dienstleistungen über Forumsdiskussionen identifizieren und entwickeln können. Berichten zufolge haben 20 Prozent der isländischen Bevölkerung die Webseite genutzt, und über die Hälfte der registrierten Benutzer nutzt sie regelmäßig. Noch wichtiger ist, dass die Seite sich auswirkt. Als die Wirtschaftskrise die Menschen in Island obdachlos machte und sie im Sinne des Wortes erfrieren ließ, half die Plattform der Öffentlichkeit, eine neue Politik gegen Obdachlosigkeit zu entwickeln.

Eine andere Möglichkeit, wie Plattformen für kollektive Intelligenz genutzt werden können, besteht darin, den Bürgern zu helfen, Gesetze und Richtlinien nachträglich zu bewerten. In Ghana startete der Technologieunternehmer Prince Anim 2014 TransGov, eine Social-Audit-Plattform. Diese Seite wird von etwa 600.000

ghanaischen Bürgern genutzt, die den Fortschritt lokaler Entwicklungsprojekte überwachen und ihre Regierung zur Rechenschaft ziehen. In Brasilien startete die Regierung 2016 eine Plattform, auf der Schüler an 10 öffentlichen Schulen in Brasilia Informationen über ihr Lernumfeld austauschen können. Die Plattform half dabei, die Hauptprobleme zu identifizieren, mit denen die Schüler konfrontiert waren, und half dann dabei, Grundursachen auszumachen und Ideen zu generieren, wie sie behoben werden können.

Trotz dieser sich vermehrenden Beispiele ist der Erfolg von Plattformen für kollektive Intelligenz aber uneinheitlich. Viele Projekte befinden sich noch in der Pilotphase und können nicht erweitert werden. Als zum Beispiel Spaniens Podemos noch eine aufstrebende politische Partei war, engagierte man sich für die Anhänger erfolgreich beim Entwurf einer Online-Plattform, sah aber wenig Erfolg darin, diese Praktiken des Crowdsourcing einmal im Parlament umzusetzen. Und die Plattform Decide Madrid, bei der sich 400.000 Menschen angemeldet hatten, um dem Stadtrat eine Politik vorzuschlagen, hat nur zu zwei neuen Richtlinien geführt, aber nicht zu einem einzigen neuen Gesetz. Das liegt daran, dass Bürokratien sehr widerständig gegen Veränderungen sind. Darüber hinaus ist das Regieren ein geheimnisvoller und mit Jargon angefüllter Prozess, und die meisten von uns verfügen einfach nicht über das Know-how und das Vokabular, um öffentlich Politik zu diskutieren. Auch wünschen Politiker und Staatsdiener typischerweise nicht, dass wir uns engagieren. Schließlich gibt es wenig politischen Willen, etwas zu tun, das zu einem Machtverlust führen könnte, insbesondere in einem überparteilichen Umfeld. Das ist höchstwahrscheinlich auch der Grund, warum Italiens Fünf-Sterne-Bewegung, einmal an die Macht gekommen, das von Rousseau erstellte Online-System nicht mehr sinnvoll nutzt, um Kampagnen zu planen, und es vorzieht, streng zu kontrollieren, wie Politik gemacht wird.

Ein anderer Grund für Misserfolg ist ein schlechtes Design. Jede Phase der Entscheidungsfindung, von der Identifizierung bis zur Bewertung von Problemen, erfordert unterschiedliche Formen von Informationen und Maßnahmen. Das Erkennen von Problemen erfordert umfangreiche Beiträge von verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft, während das Lösen von Problemen mehr Zeit und Fachwissen erfordert, was bedeutet, dass viel Zeit in die Entwicklung praktikabler Lösungen investiert wird. Die besten Crowdlaw-Projekte—und wir beginnen gerade erst zu verstehen, welche zu einer besseren Problemlösung führen—bieten verschiedene Arten der Teilnahme, wie Konsultationen, Wettbewerbe und Bürgerhaushalte, die jeweils für eine bestimmte Phase der Entscheidungsfindung gemacht sind, sei es das Erkennen oder das Bewerten von Problemen.

Natürlich sind weitere Untersuchungen notwendig, um zu verstehen, welche Anreize sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen zur Zusammenarbeit bewegen. Die Realität ist aber, dass neue Technologien das Potenzial haben, Ansätze zu erschließen, die es mehr Einzelpersonen ermöglichen, über die Lösung unserer kollektiven Probleme nachzudenken, und dass sie Stadträte und Parlamenten schnelle Beratung durch Unternehmer, Künstler und Ingenieure bieten können.

Fortschritte in Wissenschaft und Technologie werden unser Zusammenleben mit tiefgreifenden Konsequenzen verändern. Wir müssen einige dieser Elemente verwenden, um die Demokratie

neu zu definieren, nicht als ein einmal im Jahr oder seltener stattfindenden sportlichen Wettbewerb zwischen gegnerischen Teams, sondern als solide Gespräche darüber, wie wir gemeinsam unsere größten Herausforderungen lösen.

Wie Michael Cottakis berichtet, nutzte die Millennial-Organisation Generation 89 Umfragemethoden aus Crowdlaw, um die allgemein verbreiteten Vorlieben junger Menschen in den 27 Ländern der EU herauszufinden. „Auf ganzer Linie“, schreibt er, „drücken junge Bürger den Wunsch aus, sich stärker in die Politikgestaltung auf EU-Ebene einzubringen“ und favorisiert die „Budget-Debatte“ gegenüber anderen Themen. Die Daten zeigen auch, dass junge Wähler zwar weniger wahrscheinlich politischen Parteien beitreten, sich aber gerne mit einzelnen Themen beschäftigen, die ihr Leben betreffen.

## LEX ISCRITTI

Die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien bewirbt die Bürger-Software ihres Lex Iscritti-Programms, das über ihre Internetplattform Rousseau betrieben wird, um ihren Mitgliedern zu ermöglichen, „echte Gesetzgeber zu werden“.

Jeden Monat wird über die von den Mitgliedern vorgeschlagenen Gesetzesänderungen abgestimmt. Den beiden mit den meisten Stimmen werden „Tutoren“ zugewiesen, die die Aufgabe haben, die Vorschläge formal in Gesetzesentwürfe umzuschreiben. Bei den letzten drei Stimmen bis Ende Januar 2019 haben die Mitglieder 40.000 Stimmen zu insgesamt 83 Vorschlägen abgegeben.

Zu den am häufigsten gewählten Vorschlägen gehörten ein Gesetzentwurf für freies Breitband und die Einführung einer sicheren und zertifizierten digitalen Abstimmung für Wahlen. Zu den Maßnahmen, die es bis ins Parlament schafften und die dort verabschiedet wurden, gehörte das Verbot für öffentliche Manager in Unternehmen, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligten, Positionen anzunehmen, wenn sie ihre Position im privaten Sektor aufgeben.

Die Mitglieder, die für die Gesetzgebung qualifizierten Vorschläge bei Rousseau hochgeladen haben, kommen ins Parlament, um zusammen mit dem Tutor ein Video zu drehen, in dem der Vorschlag vorgestellt wird. Der Vorschlag, der nach Prüfung durch die Experten der Redaktion in einen Gesetzentwurf umgewandelt wird, wird in der Kammer oder im Senat eingereicht. Der Name des vorschlagenden Mitglieds wird auch im eingereichten Text genannt, um die freiwillige Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit zu würdigen.

## BÜRGERVERSAMMLUNGEN

Die am häufigsten als erfolgreich angekündigten Bürgerversammlungen fanden zwischen 2016 und 2018 in Irland statt. Aufgrund ihres Erfolgs erwägen viele andere jetzt, diesen Prozess des Nachdenkens auf andere Länder zu übertragen.

Die Einzelheiten der Einrichtung und Ausführung der irischen Versammlungen sind wichtig, um zu verstehen, wie ihre Legitimität überhaupt festgestellt wurde, wie der Prozess selbst dem Prozess eine Legitimität verlieh und wie das Ergebnis die tatsächliche Einbettung dieses Ergebnisses in bindendes Recht beeinflusste.

Hier sind die Details der irischen Versammlung:

- Die Bürgerversammlung war eine Übung der deliberativen Demokratie und stellte den Bürger in den Mittelpunkt wichtiger rechtlicher und politischer Fragen, mit denen die irische Bevölkerung konfrontiert ist.
- Es war die zweite deliberative Demokratieübung in Irland, die ihrem Vorgänger, dem Verfassungskonvent, der 2012-2014 stattfand, folgte.

### Einrichtung

- Das Programm einer partnerschaftlichen Regierung verpflichtete 2016 die Regierung, „innerhalb von sechs Monaten und ohne Beteiligung von Politikern eine Bürgerversammlung einzurichten, die den Auftrag hatte, eine begrenzte Anzahl von Schlüsselthemen über einen längeren Zeitraum zu untersuchen.“
- Die Einrichtung der Versammlung wurde im Juli 2016 durch Beschluss beider Häuser des irischen Parlaments (der Häuser der Oireachtas) genehmigt.

### Mitglieder

- Die Vorsitzende wurde von der Regierung ernannt und war die ehemalige Richterin des Obersten Gerichtshofs, die ehrenwerte Mary Laffoy.
- Neben der Vorsitzenden gab es 99 bürgerliche Mitglieder der Versammlung. Die Mitglieder wurden nach dem Zufallsprinzip ausgesucht, um die Ansichten der irischen Bevölkerung zu repräsentieren und waren weitgehend repräsentativ für die Gesellschaft, so wie sie in der Volkszählung reflektiert wird, einschließlich Alter, Geschlecht, sozialer Klasse, regionaler Verbreitung usw. Sie mussten auch im Wahlregister eingetragen sein, um an einem Referendum teilnehmen zu können.

## Themen

- Die fünf Themen, mit denen sich die Versammlung befassen sollte, waren:
  - die achte Änderung der Verfassung (Abtreibung betreffend);
  - wie am Besten auf die Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft reagiert werden kann;
  - wie der Staat Irland führend im Kampf gegen den Klimawandel machen kann;
  - die Art der Abhaltung von Referenden und
  - Befristung von Parlamenten.
- In Bezug auf jedes Thema heißt es in der Resolution, dass alle Angelegenheiten vor der Versammlung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden und abstimmenden Mitglieder entschieden werden'. Das Ergebnis der Versammlung war daher eine Reihe von abgestimmten Empfehlungen nach der Ausarbeitung eines Stimmzettels in Absprache mit den Mitgliedern.

## Beratende Expertengruppe

- Die Resolution sah die Einrichtung einer Expertengruppe vor, die die Arbeit der Versammlung bei der Vorbereitung von Informationen und Ratschlägen unterstützen sollte.
- Die Vorsitzende setzte während der gesamten Laufzeit der Versammlung vier Expertengruppen ein. Die Mitglieder der beratenden Expertengruppe waren Akademiker und Praktiker spezifischer Interessengebiete, je nach dem zu erörternden Thema.

## Lenkungsausschuss

- Ein Lenkungsausschuss, bestehend aus der Vorsitzenden und einer kleinen repräsentativen Gruppe von Versammlungsmitgliedern, die von den Versammlungsmitgliedern gewählt wurde, wurde eingesetzt, um die Versammlung bei der effizienten und effektiven Wahrnehmung ihrer Rolle und Funktionen zu unterstützen. In der Praxis half die Gruppe bei Planungs- und Verfahrensfragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm.

## Treffen

- Es gab fünf Treffen zum achten Änderungsantrag, jeweils zwei Treffen dazu, wie am Besten auf die Herausforderungen und Chancen einer alternden Bevölkerung reagiert werden kann und wie der Staat Irland führend in der Bekämpfung des Klimawandels machen kann, ein Treffen über die Art der Durchführung von Referenden und ein Treffen zu befristeten Parlamenten.

## Meldungen

- Der Abschlussbericht über die Durchführung von Referenden und befristeten Parlamenten wurde am Donnerstag, den 22. Juni 2018 veröffentlicht. In Kapitel 8 des Berichts nutzt die Vorsitzende die Gelegenheit, um ihre Empfehlungen zu den Bürgerversammlungen und die Sichtweisen der Mitglieder, die am Abschlusstreffen teilnahmen, zu skizzieren.

Die Versammlung traf sich zu 12 Anlässen zwischen Oktober 2016 und April 2018, worin ein Einführungstreffen mit eingeschlossen ist. Jedes Treffen der Versammlung ging über ein ganzes Wochenende (Samstag morgen bis Sonntag Nachmittag) an einem Treffpunkt am Strand von Dublin.

Die Versammlung hat einen Abschlussbericht und Empfehlungen zur achten Änderung veröffentlicht, wie wir am besten auf die Herausforderungen und Chancen einer alternden Bevölkerung reagieren und wie der Staat Irland führend mit der Bekämpfung des Klimawandels machen kann.

Der Bericht und die Empfehlungen zur achten Veränderung wurden von einem gemeinsamen Ausschuss von Politikern beider Häuser des Oireachtas geprüft, der wiederum ein Referendum empfahl, um die achte Änderung aus der Verfassung zu streichen. Dieses Referendum fand am 25. Mai 2018 statt und wurde mit einer Mehrheit von 66,4% verabschiedet.

## STÄNDIGE BÜRGERVERSAMMLUNG, ROTIERENDE VERSAMMLUNGEN

In den deutschsprachigen Gebieten Belgiens (Deutschsprachige Gemeinschaft oder DG) wurde 2018 ein Hybridsystem eingeführt, das sowohl einen ständigen Bürgerrat als auch Bürgerversammlungen umfasst, in denen die Mitglieder für bestimmte Themen rotieren. Und so arbeiten sie:

**Mini-Public oder Long-Form-Deliberativ-Prozesse**  
(Bürgerversammlungen) sind die Art von deliberativen demokratischen Innovationen, die bereits an vielen Orten weltweit eingesetzt wurden und sich bewährt haben, so auch 2017 in der DG.

Anstatt Ad-hoc-Bürgerversammlungen durchzuführen, ist es vorzuziehen, dass ihre Tagesordnung und ihre Aktivitäten von einer ständigen Stelle (ebenfalls von den Bürgern kontrolliert) festgelegt werden, die eine kontinuierliche und stabile Grundlage für die verschiedenen Bürgerversammlungen bietet. Darüber hinaus führt dies zu einer Gewaltenteilung innerhalb des Bürgerprozesses, bei der nicht dieselben Personen die Tagesordnung festlegen und über den Inhalt eines Vorschlags entscheiden.

Das DG-Modell besteht aus drei eigenständigen Einheiten:

1. Ein Bürgerrat, der über die Themen entscheidet, die die Bürger das ganze Jahr über in getrennten Altersprozessen erörtert werden. Dieser Rat wird auch die Empfehlungen früherer Beratungsprozesse weiterverfolgen und die anstehenden vorbereiten. Er bildet den permanenten Körper in dem Modell.
2. Ein permanentes Sekretariat (PS), das den größten Teil der logistischen Arbeit zur Vorbereitung der einzelnen deliberativen Prozesse vorbereitet.

Dazu müssen die Bürger für diesen Prozess ausgewählt werden, die Informationspakete für sie vorbereitet und Experten für sie eingeladen werden. Das permanente Sekretariat bietet auch Unterstützung für den Bürgerrat an.

3. Bürgerversammlungen zu Einzelthemen, von denen jährlich einige organisiert werden und die ein vom Bürgerrat vorgeschlagenes Thema diskutieren. Sie werden den politischen Akteuren in der DG Empfehlungen für diese Politik liefern.

### Der Bürgerrat (BR)

Dies ist eine permanente Körperschaft, aber mit jährlich rotierender Mitgliedschaft. Er legt die Tagesordnung für die individuellen Bürgerversammlungen (BV) fest, überwacht diese BV, um festzustellen, ob sie nach bewährten Verfahren geführt werden, und führt schließlich die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen durch, damit sie vom Parlament in einem angemessenen zeitlichen Rahmen bearbeitet werden.

Der BR hat zwei unterschiedliche Aufgaben:

1. **Tagesordnung:** Da die Festlegung der Tagesordnung eine entscheidende Rolle spielt, würde der BR das in einer Weise machen, die sich von seinen normalen Routineversammlungen unterscheidet.

Einmal im Jahr Ende September nehmen sich die Mitglieder ein oder zwei Wochenenden, um zu bestimmen, welche Themen für die BV anstehen, damit diese im folgenden Jahr umgesetzt werden. Dieses Treffen findet erst nach dem jährlichen „Zustand der Union“ des Ministerpräsidenten statt (September), um sicherzustellen, dass der BR kein Thema festlegt, das bereits von der Regierung für später im selben Jahr zur politischen Umsetzung vorgesehen ist. Die Mindestzahl für die BV wird vom Parlament des DG festgelegt, und die Expertengruppe würde eine Mindestzahl von zwei pro Jahr vorschlagen.

Der BR wird das Thema in Zusammenarbeit mit einem Rechtsexperten des DG-Parlaments festlegen. Sowohl der BR als auch die BV sollten Zugang zu den parlamentarischen Diensten haben, über die auch ordentliche Kommissionen verfügen, wie etwa den Rechtsdienst, Archiv usw.—auf diese Weise können sie die Elemente des Themas definieren, die in die Zuständigkeit des Parlaments der DG fallen. Die gestellten Fragen sollten breit und offen genug aufgestellt sein, um die spezifische BV in ihrer Fähigkeit, kreative Lösungen für das jeweilige Thema zu finden, nicht einzuschränken. Der BR wird seine Beiträge für diese Tagesordnung aus verschiedenen Quellen beziehen, aber dabei handelt es sich um Vorschläge, und es steht dem BR frei, seine Themen danach zu wählen, was er nach der Deliberation für am wichtigsten hält. Zu den Quellen für diese Beiträge gehören das Parlament, die Regierung und die Bürger der DG, die durch viele und verschiedene Arten der Befragung konsultiert werden können. (Siehe weiter unten für einen detaillierteren Hinweis über die Organisation dieser Beiträge)

2. „Routineaufgaben“: Der BR wird monatlich zusammentreten, um die Einrichtung neuer BVs zu unterstützen und sich über bisherige zu informieren—wobei die Vorbereitungen für die nächste BV, die stattfindet, beobachtet werden. Beispielsweise wird das Permanente Sekretariat eine Liste von Experten vorlegen, die es für das Thema vorgesehen hat, sowie die Informationen, die es den Teilnehmern der BV zur Verfügung stellt, und die der BR auf Ausgewogenheit prüft und daher eine Änderung beantragen kann. (Mehr zum PS weiter unten)

Darüber hinaus wird der für eine BV vorgesehene Betriebsprozess (Moderator, Sitzungen, etc.) dem BR vor einer BV vorgeschlagen, damit dieser überwachen kann, ob die BV gemäß den vereinbarten Standards stattfindet. Der BR kann also entscheiden, dass eine bestimmte BV eine größere Anzahl an Teilnehmern erfordert, wenn der BR davon überzeugt ist, dass diese für das Thema erforderlich ist. Das könnte der Fall sein, wenn es sich um ein heikles politisches Thema handelt, sodass eine größere Gruppe nützlich ist, um die Legitimität zu erhöhen. Gleichzeitig kann der BR entscheiden, dass eine BV zu einem spezifischen komplexen Thema mehr Zeit benötigt als üblich und kann das zusammen mit dem PS planen.

Der BR überwacht auch zusammen mit dem PS das Jahresbudget und die Auswirkungen, die verschiedenen Größen und Dauern der BV auf das PS haben. Je nachdem, wie dieses Budget ausgegeben werden soll, können mehr oder weniger BVs pro Jahr eingerichtet werden, es sollte aber immer eine Mindestanzahl von BVs pro Jahr geben, wie mit dem Parlament vereinbart (wie oben angegeben, schlagen wir als Minimum zwei für die DG vor).

Schließlich wird der BR auch die Empfehlungen früherer BVs weiterverfolgen, die vom Parlament behandelt werden sollen. Der Bürovorsteher des Parlaments (der als Verbindungsmann und beratendes Mitglied fungieren kann) informiert darüber, was mit Empfehlungen früherer zuständiger Behörden im Parlament getan wurde und in welchen Umsetzungsphasen sich einige davon befinden (oder warum nicht). Der BR wird auch nachverfolgen, dass im Parlament ein offizieller Moment für ein Feedback mit den Mitgliedern einer spezifischen BV organisiert wird. Siehe weiter unten für einen Hinweis darauf, wie eine Empfehlung behandelt werden könnte.)

**Zusammensetzung des BR:** Der BR besteht aus 24 zufällig ausgewählten Bürgern, die Mitglieder in früheren BVs waren. Sie werden aus dem Teilnehmerpool früherer BVs ausgewählt, wobei sie für eine Höchstanzahl an Jahren im Pool verbleiben (z.B. wird jemand nach drei Jahren aus dem Pool entfernt). Die Mitgliedschaft im BR rotiert, wobei ein Drittel (d.h. acht) der Mitglieder jeden vierten Monat wechseln.

Das bedeutet, dass jedes Mitglied ein Jahr lang im BR sitzt, aber alle vier Monate gibt es einen Wechsel in der Zusammensetzung. So wird sichergestellt, dass die Arbeitsweise des BR stabil ist, aber auch, dass die begrenzte Laufzeit bedeutet, dass sich die Bürger nicht in ihrer Rolle einnisteten. Sehr lange Amtszeiten würden bedeuten, dass sie in ihrer Rolle zu sehr sozialisiert würden, ähnlich wie Politiker, und zu einer Machtkonstellation in den Händen einiger weniger Bürger führen würde. Langfristige Bedingungen machen die Mitgliedschaft im BR zu einer zu schweren Bürde für viele Bürger und ihre ungleiche Rekrutierung.

Der Grund dafür, dass die Mitglieder des BR frühere BV-Mitglieder sind, liegt darin, dass sie bereits aus eigener Erfahrung ein klares Verständnis des Prozesses und der Funktionsweise von BVs haben. Das erlaubt es ihnen, effizienter und einfühlsamer dabei zu sein, BVs zu überwachen und zu überprüfen. Wenn BR-Mitglieder niemals selbst in einer BV gesessen hätten, müssten sie sich auf andere verlassen, wie eine BV arbeitet, statt ein tieferes Verständnis davon zu haben, was das genau bedeutet.

Im ersten Jahr würden als Übergangsmaßnahme sechs Mitglieder aus jeder der im DG-Parlament vertretenen Parteien und die anderen aus der 2017 abgehaltenen Mini-Public stammen.

Der BR hat als nicht stimmberechtigtes Mitglied das Mitglied des Permanenten Sekretariats (siehe weiter unten), den/die Ombudsmann/frau und für seine Anbindung an das Parlament den Bürovorsteher.

## Das Permanente Sekretariat (PS)

Dieses besteht zumindest aus einem permanenten Angestellten. Das PS ist für die Organisation der Logistik des Prozesses verantwortlich und koordiniert den Inhalt der BVs auf verschiedene Weisen. Die Person, die diese Position innehat sollte daher idealerweise in hohem Maße Wissen über partizipatorische und deliberative Prozesse haben, und sollte fähig sein, die verschiedenen Arten der Tendenzen zu verstehen. Weil das PS eine so zentrale Rolle spielt, ist es wichtig, dass es eine neutrale und unabhängige Position bekleidet. Das kann dadurch erreicht werden, dass diese Person zum Beispiel für das Büro des/der Ombudsmannes/frau der DG arbeitet.

Das PS ist verantwortlich für Folgendes:

- Den Prozess der Auslosung zu managen, mit dem die Mitglieder einer spezifischen BV bestimmt werden: Dies ist die Organisation der Rekrutierung und die Lotterie selbst.
- Einladungen, Folgeantworten und Antworten auf Rückfragen zu verschicken: Das beinhaltet auch, möglichen Teilnehmern bei praktischen Fragen zu helfen, so wie ihre Reise, Kinderbetreuung etc. zu organisieren.
- Grundlegende Logistik für BVs zu organisieren, etwa Räume vorbereiten, Catering, etc.
- Moderator(en) für eine spezifische BV zu rekrutieren: Das muss mit großer Sorgfalt geschehen, weil dies entscheidend dafür ist, einen deliberativen Prozess von hoher Qualität zu erhalten. Man könnte im Laufe der Zeit sogar eine Form der Akkreditierung durch das PS für Moderatoren der BVs im DG einführen.
- Vorbereiten und managen des Jahresbudgets: Dies ist das Budget für spezifische BVs und für das Jahresbudget des BR. Der BR überwacht dieses Budget und das PS berichtet dem BR in regelmäßigen Abständen.

Über diese logistischen Aufgaben hinaus koordiniert das PS die Erstellung von Informationen und Dokumentationen für die spezifischen BVs. Dazu gehört es, verschiedene Stakeholder um Beiträge zu bitten, Ansichten abzuwägen und sicherzustellen, dass alle Perspektiven zum jeweiligen Thema verfügbar sind. Das beinhaltet die Einrichtung einer Ad-hoc-Beratergruppe für jede BV. Das PS ist auch dafür verantwortlich, das endgültige Programm mit ausgewogenen Fragen und Methoden zu überprüfen, die von den Moderatoren für die BVs verwendet werden. Dazu gehört auch die Erstellung einer Liste von Experten und Stakeholdern, die mit der BV sprechen werden.

Da das PS eine entscheidende Position bei der Organisation des gesamten Prozesses einnimmt, ist es erforderlich, dass der BR beteiligt ist, wenn diese Person ernannt wird oder wenn die Person, die die Position innehat, ersetzt wird. Der BR überwacht die Arbeit des PS, um sicherzustellen, dass sie einen starken Standard an Neutralität und Unparteilichkeit aufweist.

Die Arbeit des PS ist sehr wichtig und erfordert ein gutes Wissen darüber, wie deliberative Prozesse aufgebaut sind. Die Person, die diese Position innehat, benötigt daher hervorragende Fähigkeiten und verfügt über entsprechende Kenntnisse. Die Organisation G1000 hat aber auch in ihrer aktuellen Planung und ihrem Budget vorgesehen, dass sie den Prozess, der sich in den deutschsprachigen Gemeinden entwickelt, für die nächsten zwei Jahre unterstützen und überwachen wird. Das beinhaltet auch die Beratung des PS in den ersten beiden Jahren.

### Die Bürgerversammlung (BV)

Das sind Bürgerversammlungen zu einem einzigen Thema, die mindestens 25 Bürger für eine Reihe von Tagen zusammenbringen, mindestens vier bis sechs Tage je nach Komplexität des Themas.

Wie bereits oben angemerkt, wird das Thema durch den BR bestimmt. Die BVs werden professionell unterstützt und liefern dem Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien eine Reihe von Empfehlungen.

Die Bürger in jeder BV werden durch das Los bestimmt und für ihre Zeit vergütet. Die Themen, die sie diskutieren können, sind *a priori* auf die Politikbereiche begrenzt, in denen die DG ihre Zuständigkeit hat.

Eine BV wird dem Parlament der DG Vorschläge über ein Thema unterbreiten, das ihr zur Diskussion gestellt wurde. Es sollte eine klare Regelung geben, wie diese Empfehlungen vom Parlament behandelt werden. Inwieweit sie bis zu einem gewissen Grad als verbindlich angesehen werden, liegt bei den politischen Akteuren der DG, aber das wichtigste Element, das für uns aus früheren Erfahrungen mit der BV hervorgeht, ist, dass die Erwartungen zu Beginn einer BV festgelegt werden müssen und später aufgehoben werden sollten. In einem separaten Hinweis wird erläutert, wie das Parlament mit diesen Empfehlungen umgehen kann.

Vielleicht so wichtig, wie ein bürgerlicher Teilnehmer anmerkte sich von Angesicht zu Angesicht mit den gegensätzlichen Meinungen auseinanderzusetzen und zu einer einvernehmlichen Einigung über die Tatsachen zu gelangen, und den Standpunkt anderer als vernünftige Meinungsverschiedenheiten und nicht als Feinde im anderen Lager in der Welt zu betrachten.

## DELIBERATIVE UMFRAGE: DIGITALES UPDATE

James Fishkin von der Stanford Universität ist der globale Guru für deliberative Umfragen, die er seit den 1990ern in der Praxis perfektionieren konnte.<sup>80</sup>

Eine solche Übung fand im September 2019 außerhalb von Dallas, Texas in einem Projekt namens America in One Room statt, das von den Politikwissenschaftlern James Fishkin und Larry Diamond von Stanford zusammen mit dem weitsichtigen Netzwerk junger Sozialunternehmer, Helena und der Institution NORC der Universität von Chicago organisiert wurde.

„Während die Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl näher rücken und eine neue Amtsenthebungskrise droht, scheint sich Amerika auf eine Verdoppelung unserer Polarisierung der Parteien zuzubewegen“, sagten Fishkin und Diamond. „Aber sind unsere Abteilungen wirklich so fest verwurzelt und unüberbrückbar? Was wäre, wenn wir einen bürgerlichen und evidenzbasierten Dialog über unsere großen Unterschiede zwischen Partei, Ideologie und Identität führen würden?“ fragen sie.

Wie sie es beschreiben, versammelte sich an einem Wochenende im September eine Gruppe von 523 registrierten Wählern aus dem ganzen Land, wo „diverse Kleingruppendiskussionen, moderiert von Moderatoren, mit Experten und Präsidentschaftskandidaten beider Parteien stattfanden, die Fragen der Teilnehmer beantworteten“ zu Themen, die von der Einwanderung bis zum iranischen Atomabkommen reichten, das Präsident Trump aufgekündigt hatte.

„Die Teilnehmer wurden von einem 55-seitigen Handbuch angeleitet“, fügte er hinzu, „das von Politikexperten beider Parteien erstellt wurde und Argumente für und gegen jeden Vorschlag lieferte. Die Teilnehmer waren im Voraus zu den politischen Vorschlägen befragt worden und nahmen nach Abschluss der vier Beratungstage erneut an derselben Meinungsumfrage teil.“<sup>81</sup>

Das Ergebnis: „Die am meisten polarisierenden Vorschläge, ob von links oder von rechts, verloren im Allgemeinen die Unterstützung, und eine Reihe von zentristischen Vorschlägen rückten in den Vordergrund. Entscheidend ist, dass Vorschläge weiter rechts in der Regel die Unterstützung der Republikaner und Vorschläge weiter links in der Regel die Unterstützung der Demokraten verloren.“<sup>82</sup>

Vielleicht so wichtig, wie ein bürgerlicher Teilnehmer anmerkte, sich von Angesicht zu Angesicht mit den gegensätzlichen Meinungen auseinanderzusetzen und zu einer einvernehmlichen Einigung über die Tatsachen zu gelangen, und den Standpunkt anderer als vernünftige Meinungsverschiedenheiten und nicht als Feinde im anderen Lager in der Welt zu betrachten.

Snap und YouTube senden zusammen mit anderen Medienorganisationen den Inhalt und die Ergebnisse der Veranstaltung an Millionen von Menschen. Das Thema wurde ausführlich von der *New York Times* behandelt.

<sup>80</sup> Im Video erklärt er, wie der Prozess funktioniert: <https://www.youtube.com/embed/D2KV2nkwoM>.

<sup>81</sup> James Fishkin and Larry Diamond, „This Experiment Has Some Great News for Our Democracy,“ *New York Times*, 2. Oktober 2019, <https://www.nytimes.com/2019/10/02/opinion/america-one-room-experiment.html>.

<sup>82</sup> ebd.

## BÜRGERLICHE ABSTIMMUNGSEINITIATIVEN

Während der Progressiven Ära um die Wende des 20.Jahrhunderts haben viele amerikanischen Staaten und Städte die direkte Demokratie der Bürgerwahlinitiativen übernommen, die Ende des 19. Jahrhunderts in der Schweiz entstanden sind. Kalifornien, Amerikas größter Staat, hat die Initiative intensiver genutzt als alle anderen. Oregon hat eine der innovativeren Möglichkeiten für die Bürger eingeführt, Vorschläge selbst zu untersuchen und zu überprüfen, um ihre Mitbürger vor der Abstimmung zu informieren.

**Schweiz:** Die Volksinitiative des Bundes ist das Instrument der direkten Demokratie in der Schweiz, mit dem die Bürger Änderungen der Schweizer Bundesverfassung vorschlagen können. Für jeden Vorschlag zur Änderung, der innerhalb von 18 Monaten 100.000 gültige Stimmen auf sich vereint, wird eine Abstimmung organisiert.

Die häufigsten Themen, mit denen sich Initiativen befassen, sind Gesundheitswesen, Steuern, Wohlfahrt, Drogenpolitik, öffentlicher Verkehr, Einwanderung, Asyl und Bildung. Es gab eine Flut von Wahlinitiativen: mehr als 75 seit 2000, und etwa ein Dutzend sind auf dem Weg. Das ist mehr als alle Stimmzettel in den 80 Jahren, seit es 1891 begann.

Es gibt nur zwei Arten der inhaltlichen Einschränkung:

- Formale Kriterien (die Initiative sollte sich mit jeweils einem Thema gleichzeitig beschäftigen, etc.)
- Die Initiative sollte nicht gegen den Kern der Menschenrechte verstossen, die als *jus cogens* bekannt sind.<sup>83</sup>

Im Gegensatz zu einem obligatorischen Referendum wird ein Vorschlag zur Änderung der Verfassung von den Bürgern und nicht vom Parlament initiiert. Die gesetzgebenden Behörden können eine qualifizierte Initiative nicht ablehnen, aber sie können einen Gegenvorschlag unterbreiten, der als Gegenprojekt bezeichnet wird und auf dem Stimmzettel neben dem ursprünglichen Vorschlag mit der zusätzlichen Option „Keine der oben genannten“ erscheint. Eine doppelte Mehrheit der Menschen und Kantone ist erforderlich, um die Verfassung zu ändern.

Wie Bruno Kaufmann berichtet: „Im Gegensatz zum Brexit-Prozess, der auf einem einzigen Blatt Papier beruhte, mit dem die Menschen in Großbritannien aufgefordert wurden, für „bleiben“ oder „verlassen“ zu stimmen, ist der Schweizer Ansatz ausfeiltert. Er soll sicherstellen, dass jeder Wähler ordnungsgemäß informiert wird und sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsposition klar darlegt. Der Stimmzettel in vier Sprachen wird tatsächlich von einem kleinen mehrseitigen Dossier begleitet, einer Wahlbroschüre, die sicherstellt, dass jeder, der die Ereignisse nicht verfolgt hat, sich

schnell über die grundlegenden Vor- und Nachteile informieren kann. Es gibt also keine Entschuldigung, nicht informiert zu sein.“ Um die Unparteilichkeit der Wahlsprache zu gewährleisten, wird ein unparteiisches Expertengremium beauftragt, sie dem Diktum gemäß zu schreiben, das auf einem Schild an der Bürowand hängt: „Denke wie ein Philosoph, schreibe wie ein Bauer.“

Und während kritisiert wird, dass die Schweiz viel zu viele Volksabstimmungen hat—es gibt alle drei Monate eine, an der etwa die Hälfte der Bevölkerung teilnimmt—wird der Prozess professionell, glaubwürdig und immer im Interesse der Bürger durchgeführt. Und wenn Entscheidungen wirklich wichtig sind, stimmen die Menschen in großer Zahl ab.

Populäre Initiativen gibt es sowohl auf kantonaler (Kantone) als auch auf kommunaler (Städte) Ebene.

**Kalifornien und Oregon:** Obwohl Kalifornien einen Gouverneur und eine Legislative hat, ist es im Wesentlichen eine direkte Demokratie. Die wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahrzehnte—zu Steuern, Haushalt, Umwelt und anderen Bereichen—wurden an der Wahlurne direkt durch eine von Bürgern initiierte Gesetzgebung entschieden.

Die Citizens Ballot-Initiative wurde Anfang des 20. Jahrhunderts von der Schweiz übernommen, um eine korrupte Legislative zu umgehen, die von den nach Westen expandierenden Eisenbahngesellschaften dominiert wurde, zusammen mit dem Referendum (zur Änderung der Gesetzgebung) und dem Rückruf von Beamten durch Volksabstimmung. In der ursprünglichen Ermächtigungsgesetzgebung von 1911 reichten Befürworter, die Unterschriften gesammelt hatten, die fünf Prozent der letzten landesweiten Abstimmung entsprachen, eine Petition an den Gesetzgeber ein, der dann 40 Tage Zeit hatte, die Maßnahmen durch die eigene zu ersetzen. Wenn die Legislative nicht aktiv wurde, ging die Maßnahme an die Menschen. Der Prozess wurde 1960 fallen gelassen, als die kalifornische Legislative ein Vollzeitjob wurde.

Gegenwärtige Anforderungen an die Qualifikation der Unterschriften liegen bei einer Zahl, die acht Prozent der vorherigen allgemeinen Wahlstimmen für den Gouverneur für eine Verfassungsänderung und fünf Prozent für eine gesetzliche Maßnahme entspricht. Initiativen sind auf ein einziges Thema beschränkt und erfordern die Vorlage des vollständigen Wortlauts des Gesetzesvorschlags, aus dem der Generalstaatsanwalt einen kurzen „Titel und Zusammenfassung“ schreibt, was am Wahltag auf dem Stimmzettel erscheint.

In der Staatsversammlung oder im Senat eingeleitete gesetzgeberische Maßnahmen werden in Ausschüssen erörtert und überprüft und geändert. Dieser Prozess, der als „zweite Lesung“ bezeichnet wird, kann die Gesetzesentwürfe stärken und damit einhergehende Probleme beseitigen.

Im Gegensatz dazu ist der Überprüfungsprozess für bürgerliche Abstimmungsmaßnahmen völlig unzureichend und führt manchmal dazu, dass Initiativen verabschiedet werden, die einer rechtlichen Kontrolle nicht standhalten. Das geschah mit Proposition 8, mit der

<sup>83</sup> Pierre Cormon, *Swiss Politics for Complete Beginners* (Geneva: Editions Slatkine, 2015).

die gleichgeschlechtliche Ehe verboten wurde, und Proposition 187, mit der öffentliche Dienste für Einwanderer beschränkt wurden, die illegal hier sind. Beide Maßnahmen gewannen bei den Wahlen, wurden aber später von den Gerichten verworfen.

Die bürgerliche Gesetzgebung hat auch zu einem dysfunktionalen Gewirr der Finanzpolitik geführt. Nehmen wir den wegweisenden Fall von Proposition 13, der 1978 entschieden wurde. Weil die Grundsteuern gesperrt waren und die Ausgaben für Schulen und öffentliche Dienstleistungen weiter stiegen, waren Defizite unabwendbar.

Und es gab Proposition 55, die 2016 verabschiedet wurde und Kalifornien mit einem Steuersystem zurückgelassen hat, das so stark von einer winzigen Basis wohlhabender Steuerzahler abhängig ist, dass das Budget äußerst abhängig von Konjunkturzyklen ist. Nur ein Prozent der Einwohner des Staates zahlt heute fast 50 Prozent aller Einkommens- und Kapitalertragssteuern, die die Haupteinnahme der allgemeinen Kapitaleinnahmen darstellen. Das hat dazu geführt, dass ein wirtschaftlicher Abschwung zu einem Rückgang des Budgets um bis zu 25 Prozent führen kann.

Wahlmaßnahmen haben sich im Laufe der Jahre leicht als von besonderem Interesse geleitet erwiesen. Immobilien-, Tabak- und Ölinteressen sowie einige Gewerkschaften führen Maßnahmen ein, um ihre Beute unter dem Deckmantel des Gemeinwohls zu schützen. Ein Beispiel dafür war die Proposition 23 von 2010. Eine Wahlmaßnahme mit dem irreführenden Titel „Die Jobinitiative für Kalifornien“ wurde durch größtenteils nicht-staatliche Ölinteressen gesponsert, um die Gesetzgebung zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen rückgängig zu machen. Am Ende stimmte die Öffentlichkeit glücklicherweise gegen die Maßnahme. Aber 75 Millionen Dollar, ein Rekord zu dieser Zeit, wurden von den gegnerischen Seiten im Wahlkampf ausgegeben, um die Wähler

auf die eine oder andere Seite zu ziehen.

Trotzdem sind Wahlmaßnahmen wirkungsvolle Instrumente, wenn sie funktionieren. Auf der anderen Seite haben die Kalifornier Initiativen verabschiedet, die die Manipulation beenden, indem sie die Umverteilung auf Bürgerkommissionen verlagerten und das durchbrach den Parteienstau, weil sie nur eine einfache Mehrheitsabstimmung über die Budgets benötigten.

beenden, indem sie die Umverteilung auf Bürgerkommissionen verlagerten und das durchbrach den Parteienstau, weil sie nur eine einfache Mehrheitsabstimmung über die Budgets benötigten. Initiativen haben auch zu weitreichenden Umweltgesetzen geführt, um die Küste zu schützen und den Klimawandel anzugehen.

Bei der Behebung von Problemen mit dem Initiativprozess zur Einführung des deliberativen Filters einer „zweiten Lesung“ wurden einige Fortschritte erzielt. Die vom Think Long Committee

des Berggruen-Instituts geförderte Gesetzgebung, die 2014 verabschiedet wurde, änderte das Initiativgesetz des Staates zum ersten Mal seit 40 Jahren und forderte den Außenminister auf, den Gesetzgeber zu benachrichtigen, wenn 25 Prozent der qualifizierten Stimmen für eine Wahlmaßnahme gesammelt wurden. An diesem Punkt kann der Gesetzgeber versuchen, mit Sponsoren zusammenzuarbeiten, um Mängel und unabsichtliche Konsequenzen zu beseitigen, oder sogar beschließen, die Angelegenheit eher durch Gesetzgebung als durch eine Initiative zu verfolgen, wenn die Sponsoren zustimmen. Der Gesetzgeber ist außerdem verpflichtet, spätestens 131 Tage vor dem Datum der bevorstehenden Wahl Anhörungen zum Thema der Maßnahme durchzuführen.

Nach dem Gesetz können Sponsoren ihre Maßnahme innerhalb der Frist von 131 Tagen vor der Abstimmung zurückziehen, wenn sie es schaffen, einen Konsens zur Gesetzgebung auszuhandeln. Dieser Prozess hat bereits dazu geführt, dass in der Gesetzgebung wegweisende Mindestlohn- und digitale Datenschutzgesetze erlassen wurden, die beide als Wahlvorschläge begannen, aber stattdessen vom Gesetzgeber umgesetzt wurden.

Die organisierten Sonderinteressen nutzten jedoch schnell die Lücken in diesem Gesetz und ermöglichen eine virtuelle „Erpressung“ des Gesetzgebers durch einige Wahlsponsoren, wie die Limonade-Unternehmen 2018, die sich weigerten, eine Initiative zurückzuziehen, die 2/3 der Stimmen zu allen lokalen Steuern und Gebühren erforderlich gemacht hätten (was lokale Regierungshaushalte zerstört hätte), bis der Gesetzgeber zugestimmt hatte, ihnen ein 12-monatiges Moratorium für lokale Steuern auf zuckerhaltige Getränke zu gestatten.

Der beste Weg, um auf dieses Problem der Hebelwirkung des Gesetzgebers zu reagieren, besteht darin, weitere Kredite beim Schweizer System aufzunehmen, indem dem Gesetzgeber ermöglicht wird, eine Gegenmaßnahme auf den Stimmzettel zu setzen, wenn er keine Einigung mit einem Sponsor erzielen kann, dessen Maßnahme er für gegen das öffentliche Interesse gerichtet betrachtet.

Derzeit kann der Gesetzgeber das mit einer 2/3-Mehrheit tun. Wir schlagen vor, dass eine 2/3-Mehrheit bei Verfassungsänderungen beibehalten werden soll, aber bei einfachen Gesetzeseingaben eine einfache Mehrheit reichen soll. Wie im Schweizer System würden diese konkurrierenden gesetzgeberischen Maßnahmen neben der Maßnahme des Sponsors mit drei Optionen für den Wähler auf dem Stimmzettel stehen. Sie könnten entweder ihre Präferenz für a oder b oder c wählen - oder alle ablehnen.

Bis 2019 waren von Unternehmen gesponserte Initiativen, die darauf abzielten, den Gesetzgeber unter Druck zu setzen, gängige Praxis. In dem Jahr kündigten Uber, Lyft und weitere Fahrdienst-Vermittler an, dass sie Wahlinitiativen gegen AB5 einreichen würden, eine Gesetzesvorlage, die von einigen privatwirtschaftlich organisierten Arbeitsgruppen unterstützt wird, die Fahrer als Angestellte definieren würden. Die Initiative würde stattdessen tragbare Vorteile bieten, einen Mindestlohn von 21 USD pro Stunde, Verhandlungen im gesamten Fahrdienst-

Vermittler-Sektor statt in einzelnen Firmen und die Definition von Fahrern als eine Kategorie - „Lohnabhängiger“ - im Gegensatz zu Angestellten. Was auch immer man von diesem konkurrierenden System hält, diese zunehmend gewohnheitsmäßige Benutzung der Bürgerinitiative durch Unternehmen, die im Widerspruch zur Gesetzgebung stehen, lässt die Bürger völlig aus - umso mehr Grund für die nachstehenden Vorschläge, Bürgerprüfungsgremien für Wahlvorschläge einzuführen, damit die Stimme des allgemeinen öffentlichen Interesses ebenfalls gehört wird.

Zwei weitere Reformschritte scheinen sinnvoll. Der erste besteht darin, dass von der Öffentlichkeit bei jeder Initiative eine 2/3-Mehrheit gefordert wird, womit eine 2/3-Schwelle aufgebaut wird, um Maßnahmen entweder gegen den Gesetzgeber zu ergreifen oder eine Initiative aufzustellen. So wie es jetzt ist, bedeutet es, dass nur etwas mehr als 10 Prozent der registrierten Wähler Gesetze und Richtlinien für die ganze politische Gemeinschaft festlegen können, einschließlich der Stimmen für die 2/3-Forderung, um die zugelassene Maßnahme zu ändern, wenn sich 20 Prozent der registrierten Wähler als stimmberechtigt herausstellen und eine Mehrheit die Maßnahme verliert oder gewinnt. Bei der zweiten Reform sollte erwogen werden, die Abstimmung über Wahlinitiativen, insbesondere Verfassungsänderungen, für alle Bürger obligatorisch zu machen. Daher würde eine solche Abstimmung „den Willen des Volkes“ eher widerspiegeln als bisher.

Ein weiterer guter nächster Schritt für Kalifornien wäre die Einführung von bürgerlichen Überprüfungsgremien, wie sie bereits in Oregon bestehen. Der Staat fordert eine zufällig gewählte Gruppe von Wählern sowie Experten auf, sich das Für und Wider einer Wahlmaßnahme anzuhören, um sich über die Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahme zu informieren. Das Gremium, das der Form von politischen Jurys oder einer Bürgerversammlung nahekommt, würde dann seine Ergebnisse der Öffentlichkeit anhand einer im Wählerhandbuch veröffentlichten Zusammenfassung mit 750 Wörtern präsentieren. Wenn Wähler zur Wahl gehen, haben sie den Vorteil, von den desinteressierten Überlegungen einer Gruppe ihrer Mitbürger informiert zu werden.

Derzeit wird der Oregon-Prozess von privaten Stiftungen finanziert, ein Modell, dem Kalifornien in einem ersten Schritt folgen könnte. Letztendlich sollten diese Gremien jedoch im Rahmen der regulären Wahllandschaft im Büro des Außenministers institutionalisiert werden.

Eine andere Alternative könnte darin bestehen, dass der Gouverneur oder der Sprecher der Versammlung, oder das Pro Tem des Senats den Außenminister auffordert, den Staatssekretär

anzurufen, um zu einem gegebenen kontroversen oder heißen Thema für eine Wahlinitiative eine Bürgerversammlung/Jury zu organisieren, sobald 25 Prozent der qualifizierten Unterschriften gesammelt sind. Dies würde aus einer nur pro forma „öffentlichen Anhörung“, an der hauptsächlich Insider und an sich selbst interessierte Stakeholder beteiligt sind, eine strenge Beratung in zweiter Lesung machen, die durch eine unparteiische Bürgergruppe durchzuführen ist. Wenn dies zu Beginn des Prozesses erfolgt, kann sie Gesetzgeber und Sponsoren bei ihren Verhandlungen und bei der Behebung von Fehlern und unbeabsichtigten Konsequenzen informieren. Wenn die Verhandlungen zwischen Sponsoren und Gesetzgebern nicht erfolgreich sind und die Maßnahme zur Abstimmung übergeht, erscheint auf dem Stimmzettel neben dem Titel und der Zusammenfassung der Maßnahme des Sponsors sowie der alternativen Maßnahme des Gesetzgebers eine Zusammenfassung der Überprüfung der Bürger, falls sie sich für eine Festlegung auf dem Stimmzettel entscheiden.

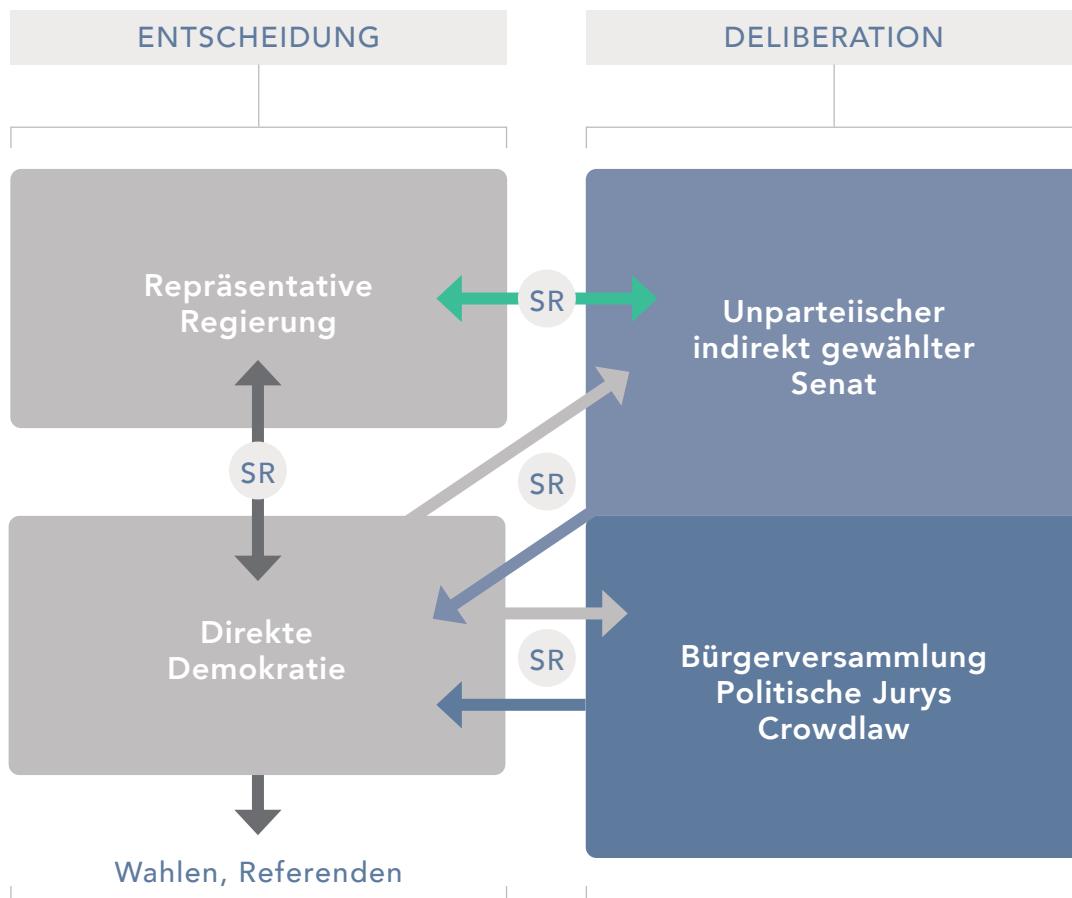
Letztendlich wäre das Ziel, den gegenwärtigen Senat (40 Mitglieder) und die Versammlung (80 Mitglieder) in einem Unterhaus zusammenzufassen und die Größe der Bezirke zu verringern, damit ein engeres Engagement zwischen Gesetzgebern und Wählern besteht. Ein neuer indirekt gewählter Senat würde durch Ernennung einer Kombination aus vor Ort gewählten Beamten, dem Gouverneur und der gesetzgebenden Führung auf der Grundlage der Kriterien des Fachwissens und der Erfahrung gebildet, um im Unteraus ansässig auch als ständiges Gremium für die „zweite Lesung“ von bürgerlichen Wahlinitiativen zu dienen. Dieses ständige Gremium kann durch Hinzufügen einer rotierenden Mitgliedschaft von Bürgern verbessert werden, die durch ein Lotterieverfahren ausgewählt wurden, um für einen begrenzten Zeitraum ihren Dienst zu verrichten.

Die ernannten Mitglieder dieses Gremiums würden acht Jahre lang dienen, um es von Wahlzyklen abzuschirmen und um gut aufgestellt zu sein, damit es als "Denkfabrik" sowohl Bürgerinitiativen gründlich prüfen und verbessern als auch Gesetze initiieren könnte, um auf ein Engagement vom Typ Crowdlaw zu reagieren und die Anliegen und Prioritäten der Bürger festzulegen.

Während dieses Gremium über Maßnahmen nachdenken und diese vorschlagen würde, müsste die endgültige Entscheidung entweder vom gewählten Gesetzgeber oder von der Öffentlichkeit an der Wahlurne bestätigt werden.

Das folgende Schaubild zeigt eine vorgeschlagene Entwurfsvorlage anhand des oben beschriebenen Beispiels von Kalifornien.

## KONSTITUTIONNELLES DESIGN FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER



Übernimmt unabhängige Institutionen:  
Gerichte, Wahlkommission, Aufsichtsbehörde  
(einschließlich digitaler Medienplattformen)

ZWEITE LESUNG

**ANHANG C:**  
RENOVIERUNG DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN

---

# DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE/BÜRGERHAUS DES EU-PARLAMENTS

Michael Cottakis

Die Europäische Bürgerinitiative ist seit 2011 in den Büchern und soll dazu beitragen, das „Demokratiedefizit“ zwischen EU-Bürgern und ihren gesetzgebenden Körperschaften in Brüssel - dem EU-Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat zu beheben.



Aufgrund der hohen Schwelle für das Sammeln von Unterschriften (eine Million aus 27 Staaten in einem Jahr), der Fähigkeit der gesetzgebenden Europäischen Kommission, Initiativen als außerhalb ihrer „Zuständigkeit“ liegend zu ignorieren oder abzulehnen und das Fehlen einer Zivilgesellschaft, die auf Europäischer statt auf nationaler Basis aufgebaut ist, hat die Europäische Bürgerinitiative (EBI) bisher als Mechanismus für bürgerliches Engagement versagt. Von den vier Initiativen, die in den letzten acht Jahren die Kriterien zur Qualifikation erfüllten, hat keine andere gesetzgeberische Folgemaßnahme in der Europäischen Kommission als eine Empfehlung für eine weitere „Bewertung“ stattgefunden.

Ich empfehle die folgenden Schritte, um die EBI zu einem tragfähigen Angebot zu machen:

- Reduzierung des Schwellenwerts für qualifizierte Unterschriften auf 750.000 über zwei Jahre statt 1 Million in einem Jahr, während die komplexen Registrierungsanforderungen für „Unterstützungsbekundungen“ auf ein einfaches System mit elektronischen Unterschriften reduziert wird;
- Einsatz von Crowdsourcing-Plattformen wie Crowdcity, damit die Bürger über Vorschläge diskutieren und entscheiden können, die im Rahmen der EBI vorgebracht werden sollen;
- Aufbau zivilgesellschaftlicher Partnerschaften auf europäischer Ebene mit europaweiten NGOs, die nicht auf Finanzierungen aus nationalen Quellen angewiesen sind - ein Binnenmarkt für NGOs;
- Verabschiedung eines „Gesetzes über den europäischen Bürger“, das eine Debatte und eine vorläufige Abstimmung im EU-Parlament erfordert, sobald eine bestimmte Unterschriftenschwelle erreicht ist;
- Einführung eines Pilotprojekts zum „institutionellen Bürgerpakt“, der in Bereichen mit Zuständigkeit der Europäischen Kommission nachweislich gesetzgeberische Ergebnisse erzielt oder die Maßnahmen in ein Referendum überführt, sobald eine höhere Unterschriftenschwelle erreicht ist;
- Schließlich die Einrichtung einer Ständigen Bürgerversammlung als eine „zweite Kammer“ des Europäischen Parlaments

**ANHANG C:**  
RENOVIERUNG DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN

---

# DIGITALE TECHNOLOGIE UND REGIERUNG

Jamie Susskind

In der Vergangenheit waren Politik und Theologie eng miteinander verbunden. Politische Anführer beanspruchten göttliche Autorität. Erfolg im Amt wurde als Produkt göttlicher Inspiration gesehen. Es wurde angenommen, dass das Scheitern der Preis für göttliches Missfallen ist. Erfolg wurde als Geschenk von Gottheiten, Geistern und Sternen betrachtet.

In der Neuzeit wurde die Regierungsarbeit weniger als Spielzeug unsichtbarer Kräfte als vielmehr als Feld irdischer Bemühungen angesehen. Rationale Analyse, politische Vernunft und methodische Verwaltung ersetzen nach und nach die Religion als Grundlage politischer Legitimität. Auf Revolutionen in Amerika, Frankreich und anderswo folgten intensive Phasen der Rationalisierung und Reorganisation. Sprachen wurden standardisiert. Vereinheitlichte Gewichte und Maße wurden ausgegeben. Codes und Verfassungen - nummeriert, systematisch, lexikalisch konsistent - wurden eingeführt, um der Regierungsarbeit Präzision und Struktur zu verleihen. 1922 konnte der Soziologe Max Weber das „Präzisionsinstrument“ der *Bürokratie* - „Geschwindigkeit, Eindeutigkeit, Kenntnis der Akten, Kontinuität, Diskretion... Einheit“ - als die damals fortschrittlichste Methode der sozialen Organisation anpreisen.

Fast ein Jahrhundert später erleben wir eine weitere Veränderung in der Art und Weise, wie Menschen zusammenleben. Die digitale Technologie hat begonnen, die Natur unseres kollektiven Lebens grundsätzlich zu ändern. Es entstehen neue politische Formen, die bisher noch nicht gesehen wurden. Mit dieser Empfehlung sollen drei Möglichkeiten aufgeführt werden, wie sich die Politik ändern kann. Die Erste betrifft den demokratischen Prozess. Der Zweite betrifft die öffentliche Verwaltung. Der Dritte betrifft die Stärkung der Gesetze. Das ist keine umfassende Übersicht, auch nicht zu diesen Themen. Es soll nur die Art der Probleme veranschaulichen, mit denen Politikwissenschaftler und Technologen derzeit

konfrontiert sind. Eine detaillierte Betrachtung der Entwicklungen in der digitalen Technologie und ihrer philosophischen Implikationen ist zu finden in *Future Politics: Living Together in a World Transformed by Tech* (Jamie Susskind, Oxford University Press: 2018).

## DIE DIGITALE LEBENSWELT

Drei wichtige Entwicklung geschehen gleichzeitig:

1. **Zunehmend leistungsfähige Systeme:** eine wachsende Anzahl lebender Systeme kann Aufgaben ausführen, von denen früher angenommen wurde, dass sie bewusste, kreative Menschen erfordern. Viele dieser Systeme werden als „Künstliche Intelligenz“ (KI) bezeichnet.
2. **Zunehmend integrierte Technologie:** Die Technologie beschränkt sich nicht mehr nur auf Desktop-Computer oder die Glastafeln, die wir an unserer Seite tragen. Zunehmend verteilt sie sich in der physischen Welt um uns herum. Städte des 21. Jahrhunderts werden mit Sensoren, Schnittstellen und Rechenleistung, mit Milliarden von (vorher leblosen) Objekten, die miteinander und mit ihrem menschlichen Benutzer verbunden sind, dicht sein. Die Unterscheidung zwischen Cyberspace und „realem“ Raum wird unwichtiger.
3. **Zunehmend quantifizierte Gesellschaft:** Menschen generieren alle zwei Stunden ungefähr so viele Daten wie seit Beginn der Zivilisation bis 2003 - und die Rate nimmt exponentiell zu. In der Vergangenheit wurden die meisten menschlichen Aktivitäten vergessen und gingen verloren, sobald sie geschehen waren. In Zukunft wird die menschliche Erfahrung - was wir sagen, wohin wir gehen, was wir tun, was wir kaufen, wie wir uns fühlen, wen wir kennen - zunehmend eingefangen und als Daten gespeichert.

Es ist in erster Linie nicht notwendig, auf die möglichen Herausforderungen der künstlichen allgemeinen Intelligenz einzugehen - jene KI-Systeme, die über Bewusstsein und Kreativität verfügen oder die über viele Bereiche hinweg wie Menschen ‚denken‘ oder buchstäblich handeln können. Vielleicht werden wir eines Tages Roboter ins Parlament wählen oder den allgemeinen Willen des Volkes einer Superintelligenz unterwerfen. Aber so weit sind wir noch nicht - nicht einmal annähernd. Es ist daher ratsam, konservativ vorzugehen, sodass sich die KI in einer Reihe begrenzter Bereiche weiterentwickelt mit unterschiedlichen Systemen, die zunehmend in der Lage sind,

diskrete Aufgaben zu erfüllen. Die Aufgabe von Politikwissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern ist es, herauszufinden, wie sich solche Systeme auf die Institutionen von Regierungen und Politik auswirken können, die wir aus der Vergangenheiten geerbt haben - und die Konzepte und Argumente zu entwickeln, die zur Analyse und Kritik solcher Auswirkungen nötig sind.

### Digitale Technologie und Politik

Warum sollten wir politische Konsequenzen aus dem technologischen Wandel erwarten?

Der Gedanke ist verlockend, dass sich Politik möglicherweise von anderen Bereichen unterscheidet, die durch Technologie verändert werden: Handel, Unterhaltung, Verkehr, soziales Leben, Erziehung und ähnliches. In Wirklichkeit ist Politik aber eher sensibler gegenüber dem technologischen Wandel. Das liegt an der engen Verbindung zwischen (i) der Art und Weise, wie wir unsere Informationen sammeln, speichern, analysieren und kommunizieren und (ii) der Art und Weise, wie wir unser Leben strukturieren.

In der Vergangenheit wurden Revolutionen bei den Informations- und Kommunikationstechnologien üblicherweise von politischen Revolutionen begleitet. Tatsächlich war Politik, wie wir sie verstehen, vor der Erfindung der Sprache nicht möglich. Und die ersten Reiche wurden kurz nach der Erfindung der Schrift bekannt - zu seiner Zeit die fortschrittlichste Informations- und Kommunikationstechnologie. In *Empire and Communications* (1950) stellt Harold Innis fest, dass die Reiche in Ägypten, Persien und Rom alle „essentielle Produkte der Schrift“ waren. Fast 5.000 Jahre später wurde die Erfindung der Druckerpresse in Europa von seismischen politischen Unruhen begleitet, da neue und subversive Ideen mit beispieloser Geschwindigkeit und Genauigkeit verbreitet wurden. (siehe Elizabeth Eisenstein: *The Printing Press as an Agent of Change*: 2009).

Im 20. Jahrhundert entwickelten sich Bürokratie und Technologie Hand in Hand und der Apparat der Regierung wuchs zunehmend abhängig von der effektiven Sammlung, Speicherung und Kommunikation von Informationen. Es ist kein Zufall, dass die Lochkarten und Tabellenmaschinen, mit denen die US-Volkszählung von 1880 durchgeführt wurde, die technologische Grundlage für die spätere International Business Machines Corporation - IBM - bildeten. Technologischem Fortschritt folgen oft Änderungen im politischen Bereich.

Welche Änderungen können wir für die Zukunft erwarten?

### DER DEMOKRATISCHE PROZESS

Das Internet hat bereits dazu geführt, dass sich der demokratische Prozess auf verschiedene Weise weiter entwickelt hat: wie Parteien Aktivisten mobilisieren, wie Analysten die öffentliche Meinung zusammenfassen, wie die Bürger mit Politikern interagieren und die Regierungen Lobbyarbeit betreiben, welche Instrumente zur Überwachung der politischen Instrumente eingesetzt werden uns so weiter. Aber wenn wir die beiden grundlegenden Elemente des demokratischen Prozesses untersuchen, wie wir ihn derzeit verstehen—*Deliberation* und *Entscheidungen*—ist es möglich, in Zukunft wesentliche Änderungen zu erkennen.

*Deliberation* ist der Prozess, bei dem Mitglieder einer Gemeinschaft politische Fragen diskutieren, um Lösungen zu finden, die von allen (oder den meisten) vernünftigen Menschen akzeptiert werden können. Das Internet hat bereits die Art der Foren revolutioniert, die wir für Beratungen verwenden. Für normale Bürger findet ein wachsender Anteil des Sammelns und des Debattierens politischer Nachrichten auf digitalen Plattformen statt, die privaten Einrichtungen gehören und von diesen kontrolliert werden. Das hat seine Vorteile, aber die Risiken werden auch deutlich: algorithmische Polarisierung, soziale Fragmentierung und die Verbreitung von ‚Fake News‘. Eine weitere Ursache für wachsendes Unbehagen sind die privat getroffenen Feststellungen darüber, wer am Beratungsprozess teilnehmen darf (und wer blockiert oder verboten ist) und was gesagt werden darf (und was verboten ist). Jedes Mal, wenn eine umstrittene Persönlichkeit des öffentlichen Lebens aus einem sozialen Netzwerk verbannt wird, wird das Verbot mit den gleichen Refrains von Spott und Zustimmung beantwortet, was normalerweise nach vorhersehbaren Parteilinien erfolgt.

Mit dem Blick auf die Zukunft ist es völlig unvorhersehbar, dass Menschen nicht mehr die einzigen Teilnehmer ihrer eigenen deliberativen Prozesse sind. KI-Systeme - manchmal auch Chatbots genannt - können sich zunehmend mit Menschen mit natürlicher Sprache unterhalten. Die meisten ihrer politischen Interventionen sind grob und beschränken sich auf Slogans wie „#LockHerUp“ oder „#MAGA“. Und sie „denken“ nicht so wie Menschen. Aber sie haben bereits spürbare Auswirkungen auf den politischen Diskurs. Von ungefähr einem Fünftel aller Tweets, in denen etwa die US-Präsidentenwahl von 2016 diskutiert wurde, und einem Drittel des Twitter-Verkehrs in Bezug auf das Brexit-Referendum von 2016 wird vermutet, dass sie von digitalen Systemen generiert wurden. Im Vorfeld der US-amerikanischen Halbzeit der Präsidentschaft 2018 wurden circa 60 Prozent der Online-Chats über „die Karawane“ der mittelamerikanischen Migranten von Chatbots initiiert. In den Tagen nach dem Verschwinden des Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 explodierten arabischsprachige soziale Medien geradezu mit der Unterstützung für den saudischen Kronprinz Mohammed bin Salman, der Gerüchten zufolge den Mord angeordnet hat. An einem Tag wurde der Satz „Wir alle haben Vertrauen in Mohammed bin Salman“ in 250.000 Tweets und „Wir müssen zu unserem Anführer stehen“ 60.000 mal veröffentlicht, gemeinsam mit 100.000 Nachrichten, mit denen die Saudis angefeuert wurden: „Folge nicht den Feinden der Nation.“ Die Mehrzahl dieser Nachrichten wurde von Chatbots generiert.

Es ist wichtig zu erkennen, dass Bots in der Zukunft in der Lage sein werden, auf eine Weise zu liberalisieren, die mit der menschlichen Raffinesse konkurriert - und diese sogar übertrifft. Letzten Sommer erreichte ein Bot Berichten zufolge bei der klinischen Prüfung auf Zulassung am Royal College of General Practitioners in Großbritannien eine Punktzahl von 81 Prozent. Die durchschnittliche Punktzahl von menschlichen Doktoren lag bei 72 Prozent. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass uns KI-Systeme in der Zukunft in unserer Fähigkeit zu debattieren übertreffen werden, und das nicht nur wegen dem trostlosen Zustand des politischen Diskurses. Und die Bots von morgen werden Gesichter und Stimmen, Namen und Persönlichkeit haben - alle auf eine maximale Überzeugungskraft ausgelegt. Frühe „Deepfake“-Videos - in denen Politiker gezeigt werden, wie sie Worte sprechen,

die sie nie gesagt haben - zeigen das frühe Potenzial für die Synthese überzeugender menschlicher Sprache mit nichtmenschlichen Akteuren.

Das offensichtliche Risiko besteht darin, dass die Bürger aus ihrem eigenen politischen Diskurs verdrängt werden, indem es ihnen mit schnellen Systemen erleichtert wird, die schwachen Beiträge ihrer menschlichen Schöpfer beiseite zu schieben. Realistisch gesehen würde der fähigste dieser Bots höchstwahrscheinlich den reichsten Akteuren gehören und von ihnen kontrolliert werden, deren Interessen unweigerlich mit einem größeren Anteil des öffentlichen Diskurses belohnt würden.

Eine positivere Aussicht ist, dass Bots öffentlich eingesetzt werden können, was uns zu einem konstruktiveren, besser informierten und ausgewogeneren Dialog veranlasst und antriebt. Entscheidend ist daher, (i) wie diese Systeme konstruiert sind, (ii) wem sie gehören und wer sie kontrolliert und (iii) zu welchem Verwendungszweck sie zugelassen werden. (Zum Beispiel soll das von Senatorin Dianne Beilstein im US-Senat eingereichte Gesetz zur Offenlegung und zur Rechenschaftspflicht bei Bots Kandidaten und Parteien verbieten, Bots zu verwenden, die dazu konstruiert wurden, menschliche Aktivitäten in der öffentlichen Kommunikation nachzuahmen oder zu replizieren. Es würde auch politische Aktionskommittees (PACs), Kooperationen und Gewerkschaftsverbände stoppen, Bots zu verwenden, um Botschaften zu verbreiten, in denen Kandidaten unterstützt werden.)

Abgesehen von der Deliberation könnte die digitale Technologie unsere *Entscheidungen* ändern, d.h. den Abstimmungsprozess selbst.

Der Begriff der direkten Demokratie - seit Jahrhunderten aufgrund der Größe und Komplexität moderner Politik abgelehnt - ist keine Fantasie mehr. Es ist möglich, wenn auch nicht unbedingt wünschenswert, dass zukünftige Bürger in einem endlosen Prozess des plebisitären Engagements jeden Tag über mehrere Richtlinien abstimmen können, indem sie Smartphones verwenden oder was auch immer diese ersetzt. Es wird den Menschen auch möglich sein, ihre Stimme zu bestimmten Themen an andere zu delegieren, denen sie vertrauen - zum Beispiel, damit ein Konsortium von Architekten und Stadtplanern über Fragen der Stadtgestaltung abstimmen kann. Das ist die so genannte ‚Liquid Democracy‘. Wie Pedro Domingos (*The Master Algorithm*, 2015) vorgeschlagen hat, ist es langfristig gesehen möglich, sich ‚Demokratien‘ vorzustellen, in denen KI-Systeme hunderte oder tausende Male am Tag im Namen von Bürgern abstimmen. Wie könnte man die Menschen besser vertreten, so könnte das Argument lauten, als durch den Einsatz von Systemen, die (i) Daten analysieren, die ein genaues Portrait des täglichen Lebens, der Interessen und Umstände des Bürgers liefern und (ii) die anhand der Werte, die ihnen mitgeteilt und mit denen sie beauftragt wurden, konsequent für sie abstimmen? Ein solcher Prozess könnte den überzeugenden Anspruch erheben, ‚demokratischer‘ zu sein als einer, der es den Bürgern lediglich erlaubt, alle paar Jahre ein Häkchen in ein Kästchen zu setzen, um aus einer Handvoll Kandidaten zu wählen.

Mehr Demokratie ist natürlich nicht immer besser. Wir möchten zum Beispiel nicht, dass unsere Wahl der Krebsbehandlung von der Menge und nicht von einem einzigen ausgebildeten Onkologen abhängt. Theoretiker in der modernen liberalen Tradition haben lange versucht, die richtigen Grenzen für die Entscheidungen des Volkes zu finden - mit Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, die den ungehinderten Willen

der *Demos* sorgfältig einschränken. Aber der Fall ist nicht geschlossen. Im Gegenteil, da die Technologisierung die Demokratisierung von mehr Aspekten des öffentlichen Lebens ermöglicht, behaupten manche Stimmen wahrscheinlich, dass mehr Demokratie zu haben *immer* besser ist. Diese Behauptung dürfte andererseits wieder eine Bruchlinie für mehrere neue politische Spaltungen bieten.

## ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Ein Großteil der Regierungsgeschäfte besteht darin, dass Beamte Entscheidungen ohne unmittelbare demokratische Kontrolle treffen und umsetzen. In ihrer Gesamtheit sind solche Entscheidungen von großer sozialer Bedeutung. Sie prägen unsere Interaktion mit dem Staat und unsere Erfahrung als Bürger. Eine solide öffentliche Verwaltung - effiziente und informierte Entscheidungsfindung, gute Aufzeichnungen, angemessene Rechenschaftspflicht, keine Korruption, gerechte Verteilung der Ressourcen, ordentliche Ausübung der Diskretion - ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Gesundheit einer Nation. Welche Rolle könnte die Technologie spielen?

In Wahrheit vertrauen wir digitalen Systemen bereits wichtige Entscheidungen an. Algorithmen handeln mit Aktien und Wertpapieren in unserem Namen. Maschinelle Lernsysteme diagnostizieren unseren Lungen- und Hautkrebs. Es sollte grundsätzlich nicht umstritten sein, dass digitale Systeme eine Rolle in der Regierungsarbeit spielen können: wenn solche Systeme (zum Beispiel) besser in der Lage sind, die Wasserversorgung einer Stadt zu verwalten, ihre Verkehrsströme zu regulieren, die Einhaltung von Steuervorschriften zu überwachen, ihren Besitz zu überwachen, Sozialversicherungsleistungen zu verwalten und dergleichen, warum sollten sie dann nicht genutzt werden? Es wäre eine willkommene Abwechslung von der Anwendung solcher Technologien nur zur Erzielung von Gewinn. Man kann vernünftigerweise voraussagen, dass das ‚Präzisionsinstrument‘ der Bürokratie mit der Zeit durch das überlegene System abgelöst wird.

Was ist mit Entscheidungen, die moralische oder politische Urteile enthalten? Ist es wünschenswert, dass Algorithmen Entscheidungen über die Verteilung lebenswichtiger sozialer Güter oder den Bereich der individuellen Freiheit treffen (solche Entscheidungen werden nicht immer den Menschen überlassen)? Eine Antwort ist, dass sie das bereits tun. In den meisten modernen Volkswirtschaften spielen Algorithmen eine bedeutende und wachsende Rolle bei der Bestimmung: (i) ob und zu welchen Bedingungen Einzelpersonen eine Versicherung erhalten, (ii) ob und zu welchen Bedingungen Menschen und Unternehmen Zugang zu Hypotheken und Krediten haben, (iii) der Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeiten (es wird gesagt, dass 72% der Lebensläufe nicht mehr mit menschlichen Augen gelesen werden) und (iv) der angemessenen Dauer der Haftstrafen für Straftäter. Da einige (wenn auch keineswegs alle) dieser algorithmischen Verwendungen eher aus dem privaten Sektor als aus dem Staat stammen, werden sie manchmal als ‚bloß‘ kommerziell und daher unpolitisch charakterisiert. Aber die Art und Weise, wie diese Algorithmen produziert werden, die Daten, auf die sie angesetzt werden, und die Werte, die sie verkörpern, sind keine Angelegenheiten der Unternehmenspolitik und sollten auf keinen Fall als solche behandelt werden. Sie bestimmen die Rechte der Bürger und ihren Zugang zu sozialen Gütern. Sie sind zweifellos von politischer und moralischer Bedeutung. Es ist die Quintessenz einer politischen

Frage, ob die Funktionsweise solcher Algorithmen dem freien Markt überlassen werden sollte (häufig im Nebulösen der ‚Black Box‘) oder vollständig vom Staat übernommen werden oder vielleicht nur vom Staat oder von öffentlichen Stellen, die mit regulatorischen Funktionen arbeiten, überwacht werden sollten.

Es besteht natürlich die berechtigte Sorge, dass Systeme nicht unabhängig moralische Entscheidungen treffen sollten - auf eine Weise, mit der wir möglicherweise nicht einverstanden sind oder die wir gar nicht verstehen. Hinter jedem digitalen System steht aber ein menschlicher Designer, Eigentümer oder Controller, der letztendlich die moralische Richtung entscheidet (oder auch nicht entscheidet), der dieses System folgen muss, entweder durch die Art und Weise, wie es konstruiert ist, oder durch die Daten, auf die es angesetzt ist. Der Inhalt solcher Entscheidungen und die Prozesse, nach denen wir diese treffen, erfordern die genaueste politische Kontrolle. Wir befinden uns noch nicht in einer Welt moralisch autonomer KI-Systeme, obwohl die Reise dorthin geht. Das Bedürfnis nach Transparenz und Rechenschaftspflicht wird entsprechend der Anzahl und Bedeutung der von der Technologie übernommenen Funktionen zunehmen. Technologiefirmen und Regierungsbehörden müssen freiwillig oder auf andere Weise über die Funktionsweise ihrer Algorithmen und die Verwendung Bericht erstatten, damit die Bürger ihre Beziehung zu den sie regierenden Kräften besser verstehen können. Von einigen maschinellen Lernsystemen wird manchmal gesagt, dass die Entscheidungen, die sie treffen, wirklich außerhalb der Kontrolle oder des Verständnisses ihrer Schöpfer liegen. Selbst die besten Ingenieure können nicht erklären, warum sie tun, was sie tun. Wenn das so ist, dann gibt es ein starkes prinzipielles Argument, dass solche Systeme überhaupt nicht in der Arbeit der öffentlichen Verwaltungen verwendet werden sollten. Das Gleiche gilt auch für Systeme, deren Entscheidungsprozesse nicht ausreichend erklärt oder beschrieben werden können.

Eine fortwährende Sorge ist, dass das Ersetzen der Bürokratie durch die Technokratie den Bürgern im Umgang mit dem Staat die ‚menschliche Note‘ entziehen könnte. Diese Angst ist nicht neu. Aber das ist auch nicht unbedingt bestimmd für das Thema. Erstens kann man bezweifeln, dass die Bürokratie (nach dem Verständnis Webers) selbst besonders human ist. Viele Regierungsorgane, ganz zu schweigen von einzelnen Bürokraten, sind nicht hilfreich, unzugänglich und harträckig. Zweitens würden viele Bürger auf jeden Fall Effizienz der menschlichen Note vorziehen: Ich würde es vorziehen, wenn meine Sozialversicherungszahlungen pünktlich über ein gesichtloses Blockchain-System verteilt würden, als verspätet durch einen freundlichen aber inkompetenten Beamten. Schließlich - was noch radikaler ist - ist der so genannte ‚menschliche Aspekt‘ möglicherweise nicht mehr lange ausschließlich dem Menschen vorbehalten. KI-Systeme sind zunehmend in der Lage, unsere Emotionen zu lesen und auf raffinierte Weise darauf zu antworten. „Künstliche emotionale Intelligenz“ und „Affective Computing“ entwickeln sich in atemberaubender Geschwindigkeit.

## DURCHSETZUNG DES GESETZES

Ein dritter Bereich, in dem die digitale Technologie voraussichtlich die Arbeit der menschlichen Selbstverwaltung verändern wird (und der letzte Bereich, der in diesem Papier berücksichtigt wird), ist die Durchsetzung des Gesetzes.

Viele Kommentare haben sich auf die Probleme der ständigen Überwachung und Datenerfassung konzentriert - und die Probleme sind zweifellos erheblich - aber auf lange Sicht fehlt häufig ein Thema. Da wir uns immer mehr bei unseren täglichen Grundbedürfnissen und -funktionen auf digitale Technologie verlassen, werden wir zunehmend den Regeln und Gesetzen unterliegen, die in solchen Technologien kodiert sind. Das beste frühe Beispiel ist die Technologie zur Verwaltung digitaler Rechte, die es bereits fast unmöglich gemacht hat, bestimmte Urheberrechtsverletzungen zu begehen. Mit Blick auf die Zukunft ist ein selbstfahrendes Auto, das sich weigert, das gesetzliche Tempolimit (oder ein vom Hersteller eingestelltes Limit) zu überschreiten, ein ganz anderes sozio-rechtliches Konstrukt als ein von Menschen gesteuertes Fahrzeug, das möglicherweise zu schnell gefahren wird, so dass möglicherweise (aber nicht unbedingt) eine Strafe erfolgen kann. Um eine von Lawrence Lessig in einem anderen Kontext eingebrachte Analogie zu verwenden, ist es der Unterschied zwischen einer verschlossenen Tür und einer Tür mit dem Hinweis „Nicht eintreten.“

Digitale Technologie eröffnet nicht nur die Aussicht, Gesetze selbst durchzusetzen, sondern auch auf Gesetze, die *selbstanpassend* sind. Ein selbstfahrendes Fahrzeug kann abhängig von der Tageszeit, den Wetterbedingungen, dem Verkehr und der Identität des Fahrgastes veränderlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen unterliegen.

Rechtswissenschaftler haben seit langem erkannt, dass im „Cyberspace“ *der Code das Gesetz* ist. Die im Code enthaltenen Regeln, die ein Programm oder eine Plattform darstellen, gelten (normalerweise) als unzerbrechliche Handlungsbeschränkungen. Auf ein Dokument kann ohne das richtige Passwort nicht zugegriffen werden; ein Tweet darf nicht länger als 280 Zeichen sein. Das Gebot, dass der Code Gesetz ist, muss jetzt aktualisiert und erweitert werden, um (i) die Tatsache zu berücksichtigen, dass der Code nicht mehr nur auf den „Cyberspace“ beschränkt ist (siehe das Beispiel des selbstfahrenden Autos) und (ii) der Code wird immer dynamischer und „intelligenter“ sein, statt eine unveränderliche Architektur, wie in der Vergangenheit.

Der Code stellt daher eine neue und seltsame Form der Macht dar, die dem Staat zugute kommt - wenn Gesetze im Code enthalten sind -, aber auch den privaten Einheiten, die diesen Code schreiben und die wählen können, welche *zusätzliche* Regeln sie durchsetzen möchten.

Die Reise der Menschheit in die Zukunft markiert ironischerweise sowohl eine Umkehrung als auch einen Fortschritt: zu einer Zeit, in der wir unsere politischen Angelegenheiten mächtigen unsichtbaren Kräften anvertrauen, deren Funktionsweise wir nicht immer behaupten können zu verstehen. Man kann nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass die zu erwartenden Konsequenzen entweder völlig harmlos oder aber bösartig sind: entscheidend ist, wie die betreffenden Technologien entwickelt werden, wem sie gehören und wer sie kontrolliert und für welche Zwecke sie eingesetzt werden. In welchem Ausmaß sollte unser Leben von leistungsfähigen digitalen Systemen abhängig gemacht werden - und zu welchen Bedingungen? Das ist die zentrale politische Frage in diesem Jahrhundert.

**BESONDERER DANK GILT**

Sir Roger Scruton

1944-2020

---

Philosoph, Autor und Mitarbeiter  
des Projekts des Berggruen-Instituts  
Erneuerung der Demokratie im digitalen Zeitalter



Ideas for a changing world

@berggruenInst

[www.berggruen.org](http://www.berggruen.org)

Bradbury Building

304 S. Broadway, Suite 500  
Los Angeles, CA, 90013, USA